

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2017.

Demokratiezentrum Baden-Württemberg Sinja Wernz, Wolfgang Antes

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse in Baden-Württemberg

Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2017.



Schneider Verlag Hohengehren GmbH

Impressum

Demokratiezentrum Baden-Württemberg Landeskoordinierungsstelle Jugendstiftung Baden-Württemberg Schloßstr. 23 74372 Sersheim

Konzeption: Wolfgang Antes

Redaktion und Umsetzung: Sinja Wernz

Lektorat: Marcus Fuchs

Design: Oliver Müller – Visuelle Kommunikation

Tel.: 07042/8317-47
Fax: 07042/8317-40

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de

Bildnachweis: S. 1, 10 und 141: ydontu; S. 23: Recherche Nord; S. 24: Jan Roeder; S. 25: L.Teidelbaum; Motive für Piktogramme: justinroque / Thinkstock – iStock;

In Zusammenarbeit der Fachstellen im Demokratiezentrum Baden-Württemberg sowie unter Mitwirkung von Günter Bressau, Sara Jantzen, Danijel Paric, Lina Patzwahl, Nina Repky, Judith Rühle, Asiye Sari-Turan, Angelika Vogt, Katja Wörner.









Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier (chlor- und säurefrei hergestellt).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-8340-1871-7

Schneider Verlag Hohengehren, 73666 Baltmannsweiler

Homepage: www.paedagogik.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert werden.

Schneider Verlag Hohengehren, Baltmannsweiler 2018.
 Printed in Germany. Druck: Appel & Klinger, Schneckenlohe

Inhaltsverzeichnis

6	Einleitung								
12	Hintergrund – Fachstellen informieren								
12	Baden-Württemberg im "virtuell-reellen" Visier der "Identitären Bewegung" in 2017								
16	Neonazistische Parteien im Wahljahr 2017 im Dämmerzustand								
19	Die Meldestelle respect!								
22	LEUCHTLINIE 2017 – An der Seite Betroffener von rechter Gewalt								
25	Radikalisierung macht an der Grenze nicht Halt								
27	Neosalafistische Radikalisierung und deren Herausforderungen								
30	Angebote der Extremismusdistanzierung								
33	Übersicht zu den ausgewerteten Vorfällen und Ereignissen in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus								
38	Folgerungen								
39	Regionale Regelstrukturen stärken – Bildungsangebote ausbauen								
41	Darstellung der ausgewerteten Vorfälle und Ereignisse 2017								
42	Januar								
50	Februar								
57	März								
63	April								
68	Mai								
75	Juni								
81	Juli								
85	August								
91	September								
98	Oktober								
103	November								
105	Dezember								
110	Quellen								
Land	eskoordinierungsstelle	Gefördert durch	und		im Rahmen des Bundesprogramms				
	/ SHEIDING	Baden-Württemberg		Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Demokratie leben!				

Das Demokratiezentrum wird gefördert vom Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms "Demokratie leben!".

Herausforderungen für die Gesellschaft der Vielfalt

Antidemokratische Vorfälle und Ereignisse, gegliedert nach den Bereichen Rechtsextremismus, religiös begründeter Extremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 2017. Eine Auswertung von Medienberichten sowie der Bundes- und Landesdrucksachen.



Sinja Wernz

Landeskoordinierungsstelle Demokratiezentrum Baden-Württemberg in der Jugendstiftung Baden-Württemberg Wie in den vorangegangenen Jahren, blieben auch 2017 in Baden-Württemberg Zwischenfälle nicht aus, die den grundgesetzlich verbrieften Werten der Gleichheit und Unversehrtheit aller Menschen diametral entgegenstehen. Brandanschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete, Bedrohungen und gewaltsame Übergriffe auf Andersdenkende und die Verunstaltung öffentlicher Orte mit nationalsozialistischer Symbolik – all das muss in einem Rechtsstaat Anlass zur Besorgnis geben.

Der vorliegende Bericht gibt eine Übersicht zu den in Baden-Württemberg im Jahr 2017 aufgefallenen antidemokratischen Vorkommnissen und Ereignissen, die in Zusammenhang mit antidemokratischen Ideologien stehen. Darüber hinaus stellen die im Demokratiezentrum Baden-Württemberg angesiedelten Fachstellen mit ihrer jeweils spezifischen Expertise in einleitenden Beiträgen ihre Einschätzungen zur Situation extremistischer Entwicklungen im Land Baden-Württemberg dar und machen Vorschläge für die künftige Präventionsarbeit.

Fachlich Interessierte, zivilgesellschaftlich Engagierte und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger erhalten dadurch einen Einblick über Vorfälle und Ereignisse in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus. Darüber hinaus bietet der vorliegende Bericht eine wichtige Grundlage für lokale Akteure in der Fläche, indem mit Hilfe einer vergleichenden Übersicht wertvolle Anhaltspunkte für die tägliche Arbeit zur Verfügung gestellt werden.

Bei den Formulierungen im Bericht werden stets alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten berücksichtigt. Aus Gründen der Lesbarkeit beschränken sich die Formulierungen aber auf die feminine bzw. maskuline Form.

Methodik und konzeptionelle Grundlagen

Das Demokratiezentrum Baden-Württemberg setzt sich tagtäglich für das Gelingen eines friedlichen Zusammenlebens aller Bürgerinnen und Bürger ein. Für eine

gezielte Demokratiearbeit und Extremismusprävention ist dabei auch die Ermittlung des Status quo aktueller Bedrohungen für die Demokratie essenziell.

Der Bericht gibt eine Übersicht zu antidemokratischen Akten und damit verbundenen Ereignissen, anhand derer feindselige Einstellungen von Personen gegen andere Individuen und Menschengruppen greifbar werden. Dabei wurden Vorfälle aufgenommen, die nach den Richtlinien des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI) zur Klassifikation von Beratungsfällen unter die festgelegten Kategorien fallen. Dazu gehören beispielsweise Rechtsextremismus, islamisch geprägter Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit sowie weitere Phänomene der sog. Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Das "Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" (im Folgenden: GMF), das von dem Bielefelder Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer entwickelt wurde¹, bildet die konzeptionelle Grundlage des vorliegenden Berichts. GMF bezeichnet vor diesem Hintergrund "die Abwertung und Ausgrenzung von sozialen Gruppen, die an Merkmalen wie Geschlecht, Nationalität, Ethnie, Religion, sexueller Orientierung, sozialer Herkunft oder auch ihrer physischen oder psychischen Konstitution festgemacht wird"².

Aufgrund einer sich kontinuierlich ändernden Bedarfslage im Bereich der Demokratieförderung und Extremismusprävention setzt der Bericht einen Schwerpunkt in den Bereichen rassistischer, antisemitistischer, fremdenfeindlicher, islamfeindlicher und religiös begründeter Vorfälle und Ereignisse. Darüber hinaus wurden auch Aktivitäten mit Be-

zug zu "Reichsbürgern", der "Identitären Bewegung" sowie der Parteien "Der III. Weg" und "Die Rechte" mit aufgenommen.

Die Abwertung und Ungleichbehandlung Andersdenkender oder -lebender ist Merkmal aller politisch extremen oder religiös extremistischen Strömungen. Über die Abgrenzung zu "Anderen" wird Identität gestiftet und die eigene Gruppierung überhöht. So sind Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus, Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, wesentliche Merkmale des Rechtsextremismus.

Der Bericht stellt die die zusammengetragenen Vorfälle und Ereignisse chronologisch nach Monaten geordnet dar. Eine geografische Kategorisierung der Vorfälle findet nicht statt, denn es handelt sich hier zumeist um überregionale, gesamtdeutsche, zuweilen sogar internationale bis globale Phänomene und Problemlagen, für die Gemeinde-, Landkreis- oder Bundesländergrenzen keine und Staatsgrenzen nur eine geringe Rolle spielen³.

Diese Überörtlichkeit trifft im Speziellen auch auf den gewaltbereiten (Neo-)Salafismus zu, der sich im regionalen Kontext mit bundesweiter Vernetzung etabliert, seine Ideologie jedoch aus Geschichten bzw. *Narrativen* speist, die auf die weltpolitische Lage abzielen⁴. Bei der Untersuchung von Vorfällen mit Bezug zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sowie zu den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und (Neo-)Salafismus muss dieser Hintergrund durchgängig präsent sein, da eine ansonsten mögliche Stigmatisierung bestimmter Regionen und Menschengruppen eine sachbezogene Debatte (weiter) erschweren würde.

¹ vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 2015.

² Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 33.

³ Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Strukturen der rechtsextremistischen Szene in Baden-Württemberg ab 1991. S. 20. http://www.verfassungsschutz-bw.de/site/lfv/get/documents/IV.Dachmandant/Datenquelle/Dokumente/2014_Enquete-Bericht/Bericht_Lfv_fur_Enquetekommission.pdf – Internetaufruf: 25.06.2018

⁴ vgl. Günther, Christoph; Ourghi, Mariella; Schröter, Susanne; Wiedl, Nina: Dschihadistische Rechtfertigungsnarrative und mögliche Gegennarrative. Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a. M., 2016 – HSFK Report, 2016/Nr.4.

Wesentliche Quellen der im vorliegenden Bericht dokumentierten Vorfälle und Ereignisse sind neben Meldungen regionaler Zeitungen aus Baden-Württemberg und deren Online-Plattformen auch Bundes- und Landtagsdrucksachen⁵. Neben Vorfällen mit strafrechtlicher Relevanz werden im Bericht nicht strafrechtlich relevante Vorkommnisse dargestellt. Denn auch sie stellen für die Arbeit des Demokratiezentrums im Bereich der primären Extremismusprävention und im Kontext der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wichtige Indikatoren dar⁶. Trotz einer umfangreichen Auswertung des zugrundeliegenden Ouellenmaterials ist von einer deutlich höheren Zahl von Aktivitäten und Vorkommnissen in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus auszugehen. Dieser Bericht kann demzufolge nur den Teil abbilden, der über öffentlich zugängliche Quellen auch für die Leserinnen und Leser nachzuvollziehen ist. Es ist von einer deutlich höheren Dunkelziffer auszugehen.

Das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Der sozialwissenschaftliche Terminus des "Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" geht auf eine Forschungsreihe mit dem Titel "Deutsche Zustände" zurück. In dieser analysierte Wilhelm Heitmeyer von 2002 bis 2012 Einstellungen der deutschen Bevölkerung. Das Hauptaugenmerk lag bzw. liegt dabei auf der Analyse von (problematischen) Entwicklungen in der Gesellschaft und der Berichterstattung über das Vorhandensein von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Konkret fallen unter GMF verschiedene Facetten des Rassismus, des Antisemitismus, der Trans- und Homophobie, die Abwertung von Obdachlosen, von Menschen mit Behinderung oder von Langzeitarbeitslosen sowie Sexismus und die unangemessene Einforderung von Etabliertenvorrechten. Zwischen diesen Elementen von GMF ist im Einzelfall keine trennscharfe Unterscheidung vorzunehmen, denn die Merkmale treten häufig auch kumuliert auf. Der Begriff "Syndrom" impliziert hierbei das gleichzeitige Vorliegen mehrerer unterschiedlicher Merkmale sowie eines gemeinsamen Kerns⁷. Gemein haben sie ihre definitorische Grundlage in der Infragestellung der Gleichwertigkeit von Menschen aufgrund ihrer (zugeschriebenen) Gruppenzugehörigkeit. Dies kann sich beispielsweise in Form von Vorurteilen, Diskriminierung bis hin zur Gewalt äußern. Heitmeyer bezeichnete GMF vor diesem Hintergrund als eine "Ideologie der Ungleichwertigkeit"⁸.

Andere, als fremd empfundene Gruppen (sog. *Outgroups*), werden auf der Basis einer Zuschreibung von Merkmalen abgewertet, wodurch die eigene Gruppe (*Ingroup*) positiv hervorgehoben wird. Hieraus werden soziale Hierarchien abgeleitet, die bedeutsame gesellschaftliche und soziale Funktionen für die jeweiligen Mitglieder der Gruppen haben⁹. Abwertende Haltungen machen sich dabei besonders bei Handlungen gegenüber Mitgliedern der *Outgroups* bemerkbar, also bei den als fremd empfundenen Menschen.

Wichtig ist: Haltungen der GMF treten nicht nur an sozialen Rändern des gesellschaftlichen Gefüges auf, sondern können bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreichen. Die Zielsetzung lautet deshalb, in den kommenden Jahren weitere Merkmale Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit noch stärker zu untersuchen, wobei Menschenfeindlichkeit grundsätzlich "dem basalen Prinzip einer

⁵ Bei der Auswahl der Quellen standen Seriösität und Überprüfbarkeit im Vordergrund. So wurden ausschließlich Meldungen regionaler Zeitungen aus Baden-Württemberg verwendet, die nach den üblichen journalistischen Qualitätsmerkmalen arbeiten. Wie beispielsweise die Belegung jedes Vorgangs durch zwei unabhängige Nachweise. Die Verwendung von Bundes- und Landtagsdrucksachen steht unter qualitätiven Gesichtspunkten außer Frage.

⁶ Für weiterführende Informationen siehe Knauer, Raingard: Prävention braucht Partizipation. In: KiTa spezial 3/2006, S. 1–6.

⁷ vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 2015, S. 16.

⁸ vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 3. Auflage, 2015, S. 18.

⁹ vgl. Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstel-lungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 33.

Demokratie, die sich an der Gleichwertigkeit von Menschen orientiert" 10 widerspricht.

Politischer Extremismus, Rechtsextremismus

Nach *Richard Stöss* beschreibt der Begriff des Rechtsextremismus ein "heterogenes Gemisch unterschiedlichster Begründungszusammenhänge und Sichtweisen" ¹¹, die er inhaltlich als "völkische[n] Nationalismus" zusammenfasst. Er hebt in diesem Phänomenbereich die Merkmale eines übersteigerten Nationalismus, die Ablehnung der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte bzw. eines parlamentarisch-pluralistischen Systems sowie die Befürwortung einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft hervor. Dabei unterscheidet Stöss die Einstellungs- von der Verhaltensebene. Letztere wird bedingt durch die Einstellungsebene und kann sich in Form einer Stimmabgabe für eine extrem rechte Partei über die Mitgliedschaft in einer extrem rechten Organisation bis hin zur Beteiligung an rechtsmotivierter Gewalt äußern¹².

Grundsätzlich gilt, dass sich das Phänomen "Rechtsextremismus" als sehr komplex darstellt. Jeder spezifische Vorfall kann somit nur in seiner individuellen Eigenart untersucht werden. Und konsequenter Weise müssen nicht alle Merkmale von Rechtsextremismus im Kontext eines konkreten Vorfalles auftreten, damit dieser als "rechtsextrem motiviert" gelten kann. Für eine Eingruppierung in diese Kategorie reicht vielmehr aus, wenn wesentliche Grundstrukturen rechtsextremer Orientierungen geteilt werden¹³.

Religiös begründeter Extremismus

Die Anwendung des GMF-Konzepts erscheint nicht nur im Bereich des Rechtsextremismus sinnvoll, sondern auch bei der Bewertung salafistischer Ideologien. Hinzu kommt: "Werden sogenannte islamistische oder salafistische Ideologien ebenfalls als Form der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit verstanden, verringert sich die Gefahr einer korrelativen Gleichsetzung von Religion und Ideologie. Gleichzeitig können zum Beispiel systematisch Ähnlichkeiten in den Ideologien der Ungleichwertigkeit sowohl von islamistischer als auch von islamfeindlicher Seite nachvollzogen werden."

Die im vorliegenden Bericht aufgeführten Vorfälle und Ereignisse im Bereich des religiös begründeten Extremismus belegen die Vielgestaltigkeit dieses Phänomens. Die größte Herausforderung geht dabei derzeit vom (Neo-)Salafismus aus, der als Triebfeder für religiöse Radikalisierungen angesehen werden kann¹⁵.

Grundlage für den Bericht ist die Einteilung der (neo-) salafistischen Szene in "politisch-missionarische" und "dschihadistische" Salafisten. Die erstgenannte Gruppe versucht durch missionarische und andere nicht gewalttätige, öffentlichkeitswirksame Aktivitäten eine Interpretation der islamischen Religion zu verbreiten, die Andersgläubige und auch andere Musliminnen und Muslime als "Ungläubige" abwertet, demokratische Wahlen und Parlamente als Gotteslästerung ablehnt und eine grundsätzliche Abgrenzung von der Gesellschaft propagiert. Dschihadistische Salafisten nutzen zusätzlich Gewalt, um diese Ziele zu erreichen¹⁶.

¹⁰ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 34.

¹¹ Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 3., aktual. Aufl. Berlin 2010. Hrsg. v. Nora Langenbacher. S. 20

¹² vgl. Stöss, Richard: Rechtsextremismus im Wandel. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 3., aktual. Aufl. Berlin 2010. Hrsg. v. Nora Langenbacher. S. 19-23.

¹³ vgl. Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze. Nomos Verlag, Baden-Baden, 2. Auflage, 2015, S. 20.

¹⁴ Qasem, Sindyan: Neue Haltungen gegen Unmut: Forderungen an eine gesamtgesellschaftliche Präventionsarbeit. In: Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islam-feindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2015, S 204.

¹⁵ vgl. BKA; BfV; HKE: Analyse der Radikalisierungshintergründe und -verläufe der Personen, die aus islamistischer Moti-vation aus Deutschland in Richtung Syrien oder Irak ausgereist sind. Zweite Fortschreibung 2016.

¹⁶ vgl. Wiktorowicz, Quintan: Anatomy of the Salafi Movement. In: Studies in Conflict & Terrorism 29 (2006, Nr. 3), S. 207–239.

Extremistische Gruppierungen in Baden-Württemberg

In den Berichten der einzelnen Fachstellen wurden die Schwerpunkte zum einen auf die Situation neonazistischer Parteien im Bundestagswahljahr 2017 gelegt. Zum anderen steht die sogenannte "Identitäre Bewegung" im Fokus, die mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen versucht, extrem rechte Positionen in der gesellschaftlichen Debatte zu verankern. Dass dies auch grenzübergreifend geschieht, wird in einem weiteren Beitrag veranschaulicht¹⁷.

Weiter wird auf die Gruppierung der "Reichsbürger" und "Selbstverwalter" eingegangen. Die Selbstverwalterund Reichsbürgerbewegung besteht zumeist aus Einzelpersonen oder Kleingruppen. Sie zeichnet sich durch die Ablehnung der Existenz und Legitimation der Bundesrepublik Deutschland und deren Institutionen aus. Hierbei stützen sich Selbstverwalter und Reichsbürger auf verschiedene Verschwörungstheorien¹⁸. Die Szene ist durch ein hohes Maß an Aktionismus geprägt. Viele Mitglieder weigern sich, Steuern oder Bußgelder zu bezahlen, leisten Widerstand gegen staatliche Maßnahmen, erstellen eigene Ausweispapiere oder rufen eigene Staaten aus¹⁹. Zudem wird versucht, Behörden, Gerichte oder Schulen mit dem Versenden von Faxen lahmzulegen.

In Baden-Württemberg gehören aktuell ca. 2500 Personen der Reichsbürger- und Selbstverwalterszene an²⁰. Davon lassen sich wiederum ca. 150 Personen auch der rechtsextremen Szene zuordnen. Die Nähe der Reichsbürgerszene zum rechtsextremen Spektrum erfolgt aufgrund spezifischer Merkmale, dazu gehören "geschichtsrevisionistische und antisemitische Einstellungen sowie die Ablehnung einer pluralistischen Gesellschaft"²¹. Außerdem zählen dazu Argumente für das Fortbestehen des Dritten

Reichs, das Leugnen der Existenz der Bundesrepublik Deutschland, ein dogmatischer Absolutheitsanspruch, eine identitäre Gesellschaftskonzeption und die Konstruktion von Feindbildern und Polarisierung²². Im vorliegenden Bericht werden die öffentlich gewordenen Aktivitäten im Zusammenhang mit Reichsbürgern aufgelistet.

Bei den Aktivitäten im Bereich des religiös begründeten Extremismus kann in Baden-Württemberg in den letzten Jahren vor allem ein Rückzug aus dem öffentlichen Raum hinein ins Private beobachtet werden.

Über die vorliegenden und nach engen Kriterien ausgewählten Vorfälle hinaus lassen sich auch deutliche Veränderungen in der öffentlichen Debattenkultur feststellen²³. Das Internet fungiert zunehmend als öffentlicher Raum: Begriffe wie "Hate Speech" und "Fake News" werden zusehends zu Begriffen der Alltagssprache.

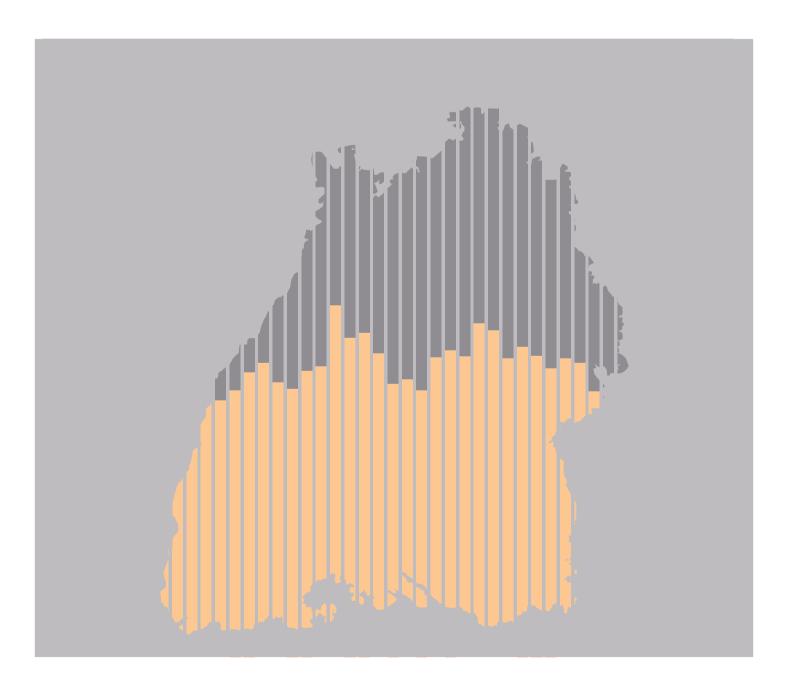
^{17, 18, 19, 20} vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Verfassungsschutzbericht 2017

²¹ Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg: Verfassungsschutzbericht 2017, S. 183.

²² vgl. Fiebig, Verena: Reichsbürger und Selbstverwalter als Zielgruppe für bestehende Ausstiegsprogramme? In Krimina-listik 4/2018, S. 221-227.

²³ Siehe Beschreibung der Kriterien und Quellen auf Seite 34ff.

Hintergrund – Fachstellen informieren



Baden-Württemberg im "virtuell-reellen" Visier der "Identitären Bewegung" in 2017

8

Arbnora Kastrati

mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)

Die Fachstelle "mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts" hat den Aufbau einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Kultur zum Ziel. Dies wollen wir durch langfristige Stärkung lokaler Akteure, in deren Auseinandersetzung mit extrem rechten Äußerungen und Handlungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und ihrer Vernetzung erreichen. Zu diesem Zweck bieten wir Beratung, Unterstützung und Informationen über die extrem rechte Szene an. Wir sind Ansprechstelle für Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen und Schulen, soziale Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Vereine und Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen, kommunale Verwaltungen und Kommunalpolitik, falls keine regionale Beratungsstelle vor Ort existiert.

Mag die sogenannte "Identitäre Bewegung" (IB) in den letzten Jahren von vielen noch als unerfreuliches, aber eher harmloses Internetphänomen abgetan worden sein, bescheinigte ihr im Jahr 2017 der Politikwissenschaftler Johannes Varwick sogar das Potenzial dafür, dass aus ihr eine Terrorgruppe hervorgehen könnte. Betrachtet man diesen Aspekt isoliert, so ginge die gesellschaftliche Wirkung unter. Den "Identitären" ist es vielmehr gelungen, als nicht zu unterschätzender politischer Akteur wahrgenommen zu werden.

Dieser Wandel in der Einschätzung dieser Gruppierung ist unter anderem auch mit ihren Aktionen im Jahr 2017 verbunden, wie ihre gegen Flüchtlinge und Seenotrettung gerichtete Schiffaktion im Mittelmeer oder die gescheiterte Erstürmung des Bundesjustizministeriums im Mai, welche viel gesellschaftliche Aufmerksamkeit auf sich zogen.

Auch in Baden-Württemberg machten die "Identitären" in 2017 durch verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen von sich reden. Zuletzt erregte die baden-württembergische "Identitäre Bewegung Schwaben" mit dem Aufruf zu Spenden für ein mögliches Zentrum der IB in Süddeutschland, ähnlich dem 2017 in Halle an der Saale entstandenen, das Medieninteresse. All dies bietet Anlass für eine nähere Betrachtung der IB und ihrer Aktivitäten in Baden-Württemberg in 2017.

Die "Identitäre Bewegung Deutschland"

Die "Identitäre Bewegung Deutschland" ist ein Verbund von Gruppierungen, der rassistische und antiliberale Ansichten vertritt und mit dem Ziel verbreiten will, diese zu enttabuisieren und gesellschaftsfähig zu machen. Sie hat ihren Ursprung in dem französischen sogenannten "Bloc identitaire", der seit 2012 Ableger in Deutschland und Österreich hat. Im Zentrum ihrer Weltsicht steht dabei das Theoriekonzept des Ethnopluralismus, dessen Kern eine Vorstellung von der ethnokulturellen Ungleichheit der "Völker" ausmacht. Demnach bilde jedes "Volk" isoliert voneinander in seinen "angestammten" Räumen eine eigene Kultur aus, welche die kollektive Identität eines "Volkes" und das Wesen der Identität jeder und jedes "Volksangehörigen" ausmache. Hierbei nimmt Europa als ein eigener "besonderer Kulturraum" eine wichtige Stellung für die IB ein. Die Bewahrung der Kultur eines "Volkes" erfordere ihrer Meinung nach

die Trennung der "Völker", auch in Form einer Rückführung von außereuropäischen Zugewanderten. In der Globalisierung und Modernisierung sehen die "Identitären" entsprechend eine fehlgeleitete und schädliche "Gleichmacherei" und einen "kulturellen Verfall". Dies gipfle in dem angeblichen durch die Zuwanderung bewirkten Bevölkerungsaustausch, der auf die physische und kulturelle Vernichtung der "indigenen" Bevölkerung hinauslaufe. Der von der IB propagierte Ethnopluralismus vermeidet somit eine biologische Begründung für Rassismus. Gleichzeitig sind diese gesellschaftlichen Idealvorstellungen von homogenen Völkern auch von heterosexistischen und antifeministischen Ansichten geprägt.

Davon ausgehend sehen sich die "Identitären" als die letzte Generation, die der Vernichtung der eigenen ethnokulturellen Identität noch Einhalt gebieten kann. Hierbei stellen sie sich als gewaltablehnend dar und distanzieren sich taktisch von der extremen Rechten. Tatsächlich kommt aber ein nicht unbeachtlicher Teil der Führungselite der IB aus extrem rechten Kreisen, wie der NPD-Jugend oder radikalen Burschenschaften, oder unterhält Kontakte dahin. Ihr Ziel ist es dabei, durch die Besetzung von Begriffen, Deutungen und Erzählungen die Debatten weiter nach rechts außen zu verschieben. Um sich Gehör zu verschaffen, setzen sie auf die geschickte, öffentlichkeitswirksame mediale Inszenierung von Aktionen, die ihre Weltsicht und ihre Forderungen transportieren. Gleichzeitig geben sie sich als junge, intellektuelle und angesagte Elite, die angeblich eine neue Bewegung anführt.

Die "Identitäre Bewegung Baden-Württemberg"

In Baden-Württemberg kommen die "Identitären", laut Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz für 2016, auf 80 Mitglieder. Strukturell ist die IB in Baden-Württemberg in zwei Regionalgruppen aufgeteilt, die IB Schwaben und die IB Baden. Die Regionalgruppen sind in Ortsgruppen aufgeteilt, deren Anzahl je nach Regionalgruppe stark variiert. Nach innen sind die Regional- und Ortsgruppen hierarchisch und von dominant agierenden Gruppenleitern organisiert. Was die Aktivität angeht, gibt es große Unter-

schiede zwischen den Regionalgruppen. Dies geht bereits aus der Zahl an "Gefällt mir"-Angaben für die jeweiligen Facebook-Seiten hervor, die für die IB Schwaben über 9.000 und für die IB Baden über 3.000 betragen. Dies sagt, wie die oben genannte Mitgliedszahl bereits verrät, kaum etwas über die Größe des tatsächlichen aktiven Mitgliedskreises aus, sondern vielmehr darüber, wie viel Aufmerksamkeit die Gruppen für sich generieren. Die IB Baden hat in Baden-Württemberg Ortsgruppen in Karlsruhe, Pforzheim, Freiburg, im Rhein-Neckar-Raum und seit Dezember 2017 auch im Hochrheingebiet.

Die IB Schwaben ist die aktivere Regionalgruppe, was sich sowohl an der Anzahl der Ortsgruppen und der Regelmäßigkeit der Treffen als auch an der Zahl und Häufigkeit der Aktionen zeigt. So fanden in 2017 Ortsgruppentreffen in Rottweil, Memmingen, Waiblingen, Tübingen, Stuttgart, Balingen, Friedrichshafen, Ulm, Heilbronn und Konstanz statt. Die Ortgruppentreffen fanden mit einzelnen Ausnahmen monatlich statt, wobei gegenüber 2016 eine Zunahme der Ortsgruppen und der Regelmäßigkeit ihrer Treffen erkennbar ist. Für eine Teilnahme an einem Ortsgruppentreffen und eine Mitarbeit ist dabei ein Vorgespräch notwendig. Der Treffpunkt der Ortsgruppen wird nur den bekannten Teilnehmenden mitgeteilt. Zusätzlich fanden im März und im November ortsgruppenübergreifende "Aktivistenwochenenden" der IB Schwaben statt, die aus Vorträgen und Kampfsporteinheiten bestanden und zu denen auch Funktionäre der IB aus anderen Bundesländern, wie das ehemalige Mitglied der NPD-Jugendorganisation Daniel Fiß, eingeladen wurden. Darüber hinaus fanden im Sommer Kampfsporttrainings in Tübingen und Lesekreise, in denen Bücher von neurechten Autorinnen und Autoren gelesen wurden, in Ulm und Tübingen statt. Hinzu kommen soziale Aktivitäten, wie z. B. Ausflüge, die den Gruppenzusammenhalt festigen sollen. Auffällig ist dabei vor allem die virtuelle Inszenierung eines gemeinschaftlichen Erlebens einer großen Zahl junger Menschen. Tatsächlich wird der Großteil der Aktivitäten der "Identitären" von einem kleinen Kreis besonders Aktiver durchgeführt. Dabei werden auf den veröffentlichten Fotos auch oft Frauen im Vordergrund abgebildet, um

den Eindruck zu erwecken, dass auch viele Frauen in der IB aktiv sind. Damit wird beabsichtigt, mehr Frauen zu gewinnen, da deren Anteil in der Realität gering ist. Gleichzeitig werden sie aber in dem 2017 aus der IB Tübingen hervorgegangenen antifeministischen Blog "radikal feminin" dazu angehalten, sich auf ihre "natürliche" Rolle als Ehefrauen und Mütter zu besinnen.

Aktionen in Baden-Württemberg in 2017

Die häufigste Aktionsform der IB Baden-Württemberg in 2017 stellte die Banner- oder Plakataktion dar. Am häufigsten wurden dabei Banner mit dem Logo der IB und oft auch kurzen Sprüchen an Brücken über die Autobahn gehängt. Sie sollen die Aufmerksamkeit einer großen Zahl an vorbeifahrenden Menschen gewinnen, Mitglieder für die "Identitären" werben und oft auch kurze Botschaften durch Bildsprache und bestimmte Codes verbreiten. Ähnliches gilt auch z. B. für die Banneraktion an der Außenfassade eines Einkaufszentrums in Karlsruhe oder an der Tübinger Universitätsmensa zu Beginn des Wintersemesters. Einige Banneraktionen zielten auch auf die Erregung des medialen Interesses ab. Dazu gehört zum Beispiel die Banneraktion in Konstanz, die mit der Verhüllung der Imperia-Statue, dem Wahrzeichen der Stadt, mit einem schwarzen Tuch gepaart war. Die mit Symbolen überladene Aktion beschwor rassistisch und sexistisch geprägte Bedrohungsszenarien herauf. Das Medienecho hierauf war groß. Bei anderen Aktionen der IB steht dagegen stärker die Selbstinszenierung in den sozialen Netzwerken im Vordergrund. So sollen Banneraktionen, wie die beim Heidelberger Schloss, einen spektakulären und "erobernden" Aktivismus suggerieren. Dies geschieht insbesondere durch professionelle Fotografietechniken und die überhöhende textliche Beschreibung und ideologische Rahmung der Aktionen in den sozialen Netzwerken. Hierbei werden oftmals Kommunikationsstrategien, Symbole und Diskurse linker Akteurinnen und Akteure übernommen und umgedeutet.

Dies gilt auch für eine andere beliebte Aktionsform der IB in Baden-Württemberg in 2017, und zwar die Straßen-

aktionen, die von Aktionsformen internationaler Nichtregierungsorganisationen inspiriert sind. Sie setzen noch stärker als Banneraktionen auf die Vermittlung politischer Botschaften und stellen meist Reaktionen auf bestimmte politische Geschehnisse oder Zustände dar. Beispielhaft hierfür ist die Straßenaktion von Aktivisten der IB Konstanz, welche sich mit Rettungswesten und Gummiboten vor einem Transparent mit der Aufschrift "Menschenhandel stoppen" auf den Boden legten. Diese Parole wird damit ihrem ursprünglichen Kontext entzogen und umgedeutet, wodurch die rassistische Botschaft der IB dahinter verharmlost und legitimiert wird. Dies geschah in 2017 auch in Form von Mahnwachen und aufgebauten Gedenkorten für Todesopfer, deren Schicksal auf die Zuwanderung zurückgeführt und damit der Regierung und anderen Politikerinnen und Politikern angelastet wird. Hierbei spielt die Aktivierung von rassistischen und politischen Feindbildern und Verschwörungsideologien durch eine emotionale Ansprache eine große Rolle.

Wie bei einer Pforzheimer Straßenaktion im Dezember, die sich auf den Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz im Jahr zuvor bezog, werden dabei oft auch Flyer zur Werbung von Mitgliedern verteilt. Die Verteilung von Flyern, Postkarten oder das Aufkleben von Stickern, wie etwa die Beklebung von Tierfutterbechern im Pforzheimer Wildpark, stellte die zweithäufigste Aktionsform der IB dar. Die Verteilung von Flyern erfolgte zum Teil in Zusammenhang mit Infoständen in städtischen Fußgängerzonen. Oft wurden auch Postkarten im Anschluss an Ortsgruppentreffen in Briefkästen geworfen.

Darüber hinaus fanden Kranzniederlegungen am Gefallenendenkmal in Rastatt und am Ehrenfriedhof in Heidelberg durch die "Identitären" statt, welche zelebriert und in den sozialen Netzwerken durch einen Vergleich mit anderen Ländern, in welchen den Gefallenen des Zweiten Weltkriegs auch gedacht würde, ideologisch eingeordnet wurden. Dies soll ein Gefühl der Ungerechtigkeit gegenüber den deutschen Gefallen auslösen, indem es die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg missachtet und damit einen Nationalstolz legitimiert. In Stuttgart, Ulm und

Meßkirch störten sie zudem Veranstaltungen von Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfern kurzzeitig. Mit derartigen Aktionen versuchen die "Identitären" ihren Anhängerinnen und Anhängern zu zeigen, wie rebellisch sie seien, und zugleich politische Gegnerinnen und Gegner zu verunsichern. Schließlich nahmen auch "Identitäre" aus Baden-Württemberg im Juni an der Demonstration der IB in Berlin, an der sich mehrere Hundert "Identitäre" beteiligten, sowie an der Demonstration des heterosexistischen Bündnisses "Demo für alle" in Wiesbaden teil.

Insgesamt sind damit für 2017 eine Zunahme des Organisationgsgrades auf der Ebene der Ortsgruppen und deren Treffen und eine Zunahme der Aktionen der "Identitären" in Baden-Württemberg feststellbar. Mögen die tatsächliche Mitgliedszahl der sogenannten "Identitären Bewegung" in Baden-Württemberg auch eher gering sein und ihre Aktivitäten durch einige Wenige bestimmt sein, so schaffen es die "Identitären" doch, überdurchschnittlich viel Aufmerksamkeit für sich zu generieren. Auf dieser Basis gelingt es ihnen, durch die professionelle Nutzung Sozialer Medien, ihre Ideologie in den gesellschaftlichen Diskurs einzuspeisen. Darin liegt ihre eigentliche Gefahr und es macht sie zu einer Herausforderung, der sich die menschenrechtsorientierte Demokratiearbeit in Baden-Württemberg auch in 2018 stellen muss.

Literatur

Camus, Jean-Yves: Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge. In: Hentges, Gudrun / Nottbohm, Kristina / Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.): Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog. Reihe: Europa – Politik – Gesellschaft. Springer Verlag, Wiesbaden, 2017, S. 233-247.

Sieber, Roland: Von "Unsterblichen" und "Identitären" – Mediale Inszenierung und Selbstinszenierung der extrem Rechten. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten. Springer Verlag, Wiesbaden, 2. Aufl. 2016, S. 365-375.

Weiß, Volker: Bedeutung und Wandel von "Kultur" für die extreme Rechte. In: Virchow, Fabian / Langebach, Martin / Häusler, Andreas (Hrsg.): Handbuch Rechtsextremismus. Edition Rechtsextremismus. Springer Verlag, Wiesbaden, 2016, S. 441-469.

Arbnora Kastrati

mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)

Siemensstraße 11 70469 Stuttgart

Tel.: 0711 / 89 69 15 - 26 Fax: 0711 / 89 69 15 - 88 E-Mail: a.kastrati@lago-bw.de

www.lago-bw.de

Neonazistische Parteien im Wahljahr 2017 im Dämmerzustand



Andreas Hässler

mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)

Die Fachstelle "mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts" hat den Aufbau einer menschenrechtsorientierten, demokratischen Kultur zum Ziel. Dies wollen wir durch langfristige Stärkung lokaler Akteure, in deren Auseinandersetzung mit extrem rechten Äußerungen und Handlungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und ihrer Vernetzung erreichen. Zu diesem Zweck bieten wir Beratung, Unterstützung und Informationen über die extrem rechte Szene an. Wir sind Ansprechstelle für Einzelpersonen, Jugendeinrichtungen und Schulen, soziale Einrichtungen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke, Vereine und Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Unternehmen, kommunale Verwaltungen und Kommunalpolitik, falls keine regionale Beratungsstelle vor Ort existiert.

Das Wahljahr 2017 war hart für die neonazistischen Parteien in Baden-Württemberg und im Rest der Republik. Obwohl ihre Themen durch Pegida, AfD und Co. auf breiter Basis diskutiert werden, zahlte sich das polarisierte gesellschaftliche Klima für sie nicht aus. Auch abseits der Wahlen wollte den neonazistischen Parteien nicht wirklich viel gelingen. Allein der Start verlief erleichternd für sie.

Auch ohne Verbot fast tot?

Am 17. Januar verkündete das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe sein Urteil im Parteiverbotsverfahren gegen die NPD. Das Gericht stellte fest, dass die Partei in ihrem Wesenskern verfassungsfeindlich sei. Dennoch erfolgte kein Verbot. Die NPD sei schlicht zu unbedeutend, um ihre Ziele zu erreichen. Beobachterinnen und Beobachter rechnen nun mit einer erneuten Radikalisierung der Partei.

Blickt man auf die Situation in Baden-Württemberg, so bestätigt sich die Einschätzung des Gerichts. Die NPD im Ländle befindet sich in einer prekären Lage. Ihre Aktivitäten wie Stammtische, Vortragsveranstaltungen oder Feste finden in der Regel im eigenen Kreis statt. In der Öffentlichkeit war die Partei trotz des Wahlantritts zur Bundestagswahl kaum wahrzunehmen. Weder im realen Leben noch online. Allein in Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis) schaffte es die NPD, zusammen mit der Partei "Die Rechte" eine Demonstration zu organisieren, zu der rund 50 Teilnehmende aus unterschiedlichen Bereichen des rechten Spektrums kamen. Symptomatisch für die Partei ist der Ausfall einer Wahlkampfveranstaltung am 19. August in Rottweil wegen einer Panne des Parteibusses. Funktionäre wie der Landesvorsitzende Janus Nowak (Kreis Böblingen) und der Spitzenkandidat Dominik Stürmer (Ostalbkreis) dürften weithin unbekannt geblieben sein. Dafür geriet der Konstanzer Kreisvorsitzende der Partei in die Schlagzeilen, weil er im Januar an einem Angriff auf einen jungen Punker beteiligt war.

Von den laut Homepage 20 existierenden Kreisverbänden ist lediglich der Kreisverband Rhein-Neckar nach außen hin mit Aktionen präsent. So verwundert es nicht, dass die Partei bei der Bundestagswahl mit 15.745 Stimmen nicht einmal die 0,5-Prozent-Hürde erreichte, ebenso wenig auf Bundesebene. Ein schwerer Schlag für die finanziell angeschlagene Partei, die die Wahlkampfkostenerstattung sicher bräuchte. Die NPD geht aus dem Jahr 2017 heraus, wie sie ins Jahr

gestartet ist. Sie ist angesichts von leeren Parteikassen, Personalmangel und Richtungsstreitigkeiten mit ihrem Überleben beschäftigt.

"Die Rechte" und "Der III. Weg"

In den vergangenen Jahren gründeten sich mit "Die Rechte" (2012) und "Der III. Weg" (2013) zwei Parteien, die ebenfalls dem neonazistischen Spektrum zuzurechnen sind. Allerdings trat nur "Die Rechte" zur Bundestagswahl an. Schwerpunktgebiet dieser Partei ist der Raum um Rastatt, Karlsruhe und Pforzheim. Der Landesverband Baden-Württemberg war bundesweit der einzige, der sich um die Gunst der Wählerinnen und Wähler bemühte. Erfolglos. Trotz mehrerer Infostände und Flyeraktionen im Großraum Karlsruhe erhielt die Partei schlappe 0,0 Prozent. Für "Die Rechte" dürfte das Ergebnis verschmerzbar gewesen sein, geht es ihr doch weniger um Wahlerfolge als um die Verbreitung ihrer Ideologie. Außerdem schlüpfen ehemals parteifreie Kameradschaften bei der "Rechten" unter den Schutz des Parteienprivilegs, welches sie vor Verboten schützt. Das zweite Großprojekt der "Rechten" in 2017 richtete sich insbesondere an jene: eine Großdemonstration unter dem Motto "Tag der deutschen Zukunft" (TddZ). Diese seit 2009 jährlich stattfindende Demonstration mit bundesweiter Strahlkraft für die extrem rechte Szene fand am 3. Juni in Karlsruhe statt. Gemeinsam mit dieser Szene organisierte "Die Rechte" den TddZ und mobilisierte bundesweit für diese Veranstaltung. Konzerte im benachbarten Frankreich und im Rhein-Neckar-Kreis sollten subkulturell geprägte Neonazis motivieren, am TddZ mitzumarschieren. Im Vorfeld sorgte die Partei mit dem Antritt von zwei Kandidaten zu Bürgermeisterwahlen in Au am Rhein und Sinzheim (beide Kreis Rastatt) für Aufsehen. Trotz ihrer aussichtslosen Kandidatur bot sich ihnen eine Bühne für ihre rassistische Ideologie und zur Bewerbung ihrer Demonstration. Dennoch unterschritt die Zahl der Teilnehmenden beim TddZ deutlich ihre Erwartungen. Liefen 2016 in Dortmund noch 900 Neonazis mit, waren es dieses Mal nur ca. 300 extrem Rechte, denen sich etwa 3.000 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten entgegenstellten. Des Weiteren sorgten die Auflagen der Behörden für konstant hohen Blutdruck beim Versammlungsleiter und Bundesvorsitzenden Christian Worch, da neun von zehn Rednerinnen und Rednern wegen einschlägiger Delikte nicht anerkannt worden waren.

Im Nachgang beklagte die Partei den szeneinternen Zwist, bei dem "Parteigräben und persönliche Abneigungen" eine breitere Mobilisierung verhindert hätten. Nachdem Worch Ende Oktober trotz Wiederwahl seinen Vorstandsposten bei der "Rechten" aufgrund strategischer Differenzen niederlegte, dürfte in Zukunft auch von dieser Partei ein radikaleres Auftreten zu erwarten sein.

Anders als NPD und "Die Rechte" zeigte "Der III. Weg" kein Interesse an einer Wahlteilnahme. Er versteht sich vielmehr als Sammelbecken für die "Elite" des Neonazi-Spektrums. die sich enttäuscht von der NPD abwendet. Trotz dünner Personaldecke war "Der III. Weg" 2017 vergleichsweise umtriebig. Bis Ende Oktober des letzten Jahres organisierte er seine Anhängerinnen und Anhänger im "Stützpunkt Württemberg". In der Bodenseeregion, im Kreis Göppingen sowie im Großraum Freudenstadt versuchte die Partei mit Flyerverteilungen und Kleinaktionen auf sich aufmerksam zu machen. Mitglieder des "III. Wegs" fielen aber auch durch Gewalttaten auf. So prügelten sie sich in Göppingen am Rande einer Zirkusveranstaltung mit Zirkusmitarbeitenden. Zwar scheint der "Stützpunkt Württemberg" seit Ende Oktober nicht mehr offiziell zu existieren, dafür deutet sich aber eine Umorientierung in die Region um Heilbronn an.

AfD-Erfolg kostet Stimmen

Die aktuelle Schwäche der neonazistischen Parteien hat neben den personellen und finanziellen Problemen vor allem einen Grund: der Erfolg der AfD. Indem die AfD Themen der extremen Rechten aufgreift, gelingt es ihr, Wählerinnen und Wähler mit flüchtlingsfeindlichen, rassistischen oder heterosexistischen Einstellungen auf Kosten von NPD und Co. für sich zu gewinnen. Innerhalb der AfD stoßen derartige Inhalte auf Akzeptanz. Sie führen zwar zu "Kontroversen" innerhalb der Partei, wie die Antisemitismus-Debatte um den Abgeordneten Wolfgang Gedeon (Wahlkreis Singen)

zeigt, bleiben aber in aller Regel ohne Sanktion. Das Partei-ausschlussverfahren gegen Gedeon wurde im Dezember 2017 eingestellt. Bei der Bundestagswahl erreichte die AfD in Baden-Württemberg 12,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler, was in etwa ihrem Bundesergebnis entspricht. Ihre besten Ergebnisse erhielt sie in den Wahlkreisen Pforzheim und Heilbronn, aber auch in einigen ländlich geprägten Kreisen erzielte sie überdurchschnittliche Ergebnisse. Im Vergleich zur Landtagswahl 2016 entfielen knapp 80.000 Wählerstimmen weniger auf die Partei. Dieser Rückgang ist eher als moderat zu werten.

Totgesagte nicht unterschätzen

Auch wenn das Jahr 2017 für neonazistische Parteien kein Erfolg war und auch andere Parteien des rechten Spektrums wie etwa die "Deutsche Mitte" oder "Bürgerrechtsbewegung Solidarität" (BüSo) erfolglos blieben, wäre es verfehlt, sich zurückzulehnen. Die NPD hat bereits mehrere Krisen überleht und sich immer wieder restrukturieren können. Sie bleibt nach wie vor die wichtigste Partei des neonazistischen Spektrums, da sie als einzige über bundesweite Strukturen verfügt. Während die Zukunft von "Die Rechte" eher vage ist, setzt "Der III. Weg" bundesweit auf Strukturausbau. Hinzu kommen extrem rechte Akteurinnen und Akteure, die abseits von Parteien aktiv sind. Angesichts des Einflusses der AfD auf gesellschaftliche Debatten und ihres Einzugs in den Bundestag sieht der baden-württembergische Pressesprecher der NPD Jürgen Schützinger das Ergebnis der Wahl gelassen. Seiner Meinung nach befinde man sich "Rechts auf der Überholspur". In seiner Partei hofft man für die Zukunft auf enttäuschte AfD-Wählerinnen und AfD-Wähler, denen die Partei nicht mehr radikal genug erscheint.

Andreas Hässler

mobirex – Fachstelle Mobile Beratung gegen Rechts Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e. V. (LAGO)

Siemensstraße 11 70469 Stuttgart

Tel.: 0711 / 89 69 15 - 23 Fax: 0711 / 89 69 15 - 88 E-Mail: a.haessler@lago-bw.de

www.lago-bw.de

Die Meldestelle respect!

8

Stephan Ruhmannseder

Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus" Jugendstiftung Baden-Württemberg

Die Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus" bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, Gruppen und Institutionen, die von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind oder sich aktiv dagegen einsetzen möchten.

Die Meldestelle respect! ist ein Projekt im Rahmen der Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus". Die Meldestelle will dafür sorgen, dass Drohungen, Rassismus und Volksverhetzung auch im Internet nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Neue Herausforderungen

Das Thema Hate Speech in den Sozialen Netzwerken ist durch das "Netzwerkdurchsetzungsgesetz" (NetzDG), das zum 1. Januar 2018 in Kraft trat, wieder in den Fokus medialer Berichterstattung und gesellschaftlicher Diskussion gerückt. Eine Entwicklung, die zu begrüßen ist – ganz gleich, welchen Standpunkt man im Hinblick auf die neue Gesetzgebung auch einnehmen mag. Eine Diskussion über eine effektive Bekämpfung von strafrechtlich relevanten Inhalten im Internet ist längst überfällig. Besonders deshalb, weil gerade eine Generation heranwächst, in der ein großer Teil der Kommunikation über die Sozialen Netzwerke stattfindet¹.

Für Gruppierungen, die junge Menschen für extreme, menschverachtende und rassistische Ideologien gewinnen wollen, bieten Social Media Plattformen neben der großen Reichweite den Vorteil einer (scheinbaren) Anonymität und einer häufig noch ungeklärten Rechtslage im Hinblick auf die Strafbarkeit bestimmter Aussagen. Das Risiko, für nach deutschem Recht strafbare Aussagen und Aktivitäten tatsächlich zur Rechenschaft gezogen zu werden, erscheint recht gering und leider ist diese Annahme auch nicht völlig von der Hand zu weisen. Facebook und Co. wirken wie ein rechtsfreier Raum.

Besonders im Zusammenhang mit einer weiteren Besonderheit der sozialen Netzwerke gewinnt dieses Phänomen an zusätzlicher Brisanz. Durch das Fehlen redaktioneller Kontrolle können dort jegliche Inhalte ungefiltert veröffentlicht werden. Den Wahrheitsgehalt der Information und die Glaubwürdigkeit der Quelle zu beurteilen liegt alleine bei den Nutzern². Auf Facebook-Seiten steht seriöse Berichterstattung gleichberechtigt neben sogenannten Fake News – gezielten Falschmeldungen, die aus unterschiedlichsten Gründen gestreut werden. Vor allem aber stellen sie ein sehr wirksames Instrument dar, mit dem

Die JIM-Studie misst jährlich den Medienumgang von Jugendlichen im Alter von 12 bis 19 Jahren in Deutschland. In dieser Altersgruppe besitzen demnach 97 Prozent aller Jugendlichen ein eigenes Smartphone und 69 Prozent einen eigenen Computer oder Laptop. 79 Prozent der Befragten besitzen darüber hinaus einen Mobilfunkvertrag mit einer Internetflatrate. Ihre tägliche Internetnutzung schätzen die Probanden auf 221 Minuten. Wobei im Hauptteil (38 Prozent) dieser Zeit mit anderen kommuniziert wird. Dazu werden die Sozialen Netzwerke und Online-Messenger genutzt.

Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): JIM-Studie 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-jähriger. Stuttgart, 2017, S. 6ff. PDF-Download JIM-2017: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2017/JIM_2017.pdf (Abruf: 20.03.2018).

² Immerhin 15 Prozent der Befragten halten in der JIM-Studie, in Fällen von widersprüchlicher Berichterstattung, das Internet, für die glaubwürdigste Quelle. 11 Prozent dieser Gruppe vertrauen dabei Facebook am meisten, 8 Prozent dem Videoportal Youtube.

Vgl.Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): JIM—Studie 2016. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart, 2016, S. 13ff. PDF-Download JIM-2016: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2016/JIM_Studie_2016.pdf (Abruf: 20.03.2018).

unreflektiertem Hass und menschfeindlichen Ideologien eine scheinbare Seriosität verliehen werden kann.

Wer extreme oder sogar rechtswidrige Aussagen verurteilt, wirkt wie ein Träumer, der die eigentlichen Realitäten nicht anerkennen will. Die eigentlichen Täter haben die Möglichkeit, sich zu Sprachrohren einer totgeschwiegenen Wahrheit zu stilisieren. Nicht umsonst spielen in diesem Zusammenhang auch alte und neue Verschwörungstheorien eine wichtige Rolle.

Prävention und Beratung im Bereich der extremen Rechten und des religiös begründeten Extremismus, wie sie das Demokratiezentrum Baden-Württemberg durchführt, muss folglich die Entwicklungen in den Sozialen Netzwerken verstärkt mit einbeziehen.

Neue Antworten

Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, wurde im Demokratiezentrum Baden-Württemberg, im Rahmen der Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus" das Programm Meldestelle respect! Gegen Hetze im Netz ins Leben gerufen. Neben Antworten auf die Problemstellungen Anonymität/Straffreiheit, ungeklärte Rechtslage und fehlende redaktionelle Kontrolle stand bei der Entwicklung des Konzepts vor allem die Frage der Beratung für betroffene Jugendliche und junge Erwachsene im Fokus.

Seit ihrem Onlinegang im Juli 2017 hat die Arbeit der Meldestelle gezeigt, dass es mit dem Instrument des Meldesystems möglich ist, effektive Lösungen für die neuen Herausforderungen zu finden.

Anoymität/Straffreiheit

Über das Meldesystem gingen 572 Meldungen seit dem Onlinegang im Juli 2017³ ein und wurden im Hinblick auf ihrer strafrechtliche Relevanz eingeschätzt. Aus den eingeschätzten Fällen ergaben sich 136 Strafanzeigen" hauptsächlich aus dem Bereich der §§ 130 StGB (Volksverhetzung) und 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen). Die Anzeigen erfolgen in der Regel an das Landeskriminalamt Baden-Württemberg.

Respect! fungiert dabei als Clearingstelle, die Meldungen filtert und damit vor allem den Meldenden Anzeigen erspart, die keine oder wenig Aussicht auf Erfolg haben. Durch diese Vorauswahl werden nur Fälle angezeigt, deren rechtliche Relevanz für tatsächliche Ermittlungen durch die Behörden ausreicht. Meldende erhalten immer eine Rückmeldung, mit der Einschätzung der jeweiligen Straftatbestände. Bei jedem weiteren Arbeitsschritt (Anzeige, Löschung etc.) erfolgt eine weitere Information per E-Mail.

Redaktionelle Kontrolle

Entsprechende Beiträge wurden den Anbietern der jeweiligen Netzwerke gemeldet und ihre Löschung eingefordert. Bei einer nicht erfolgten Löschung wurde diese, nach einer Frist, angemahnt. Bei 40 Beiträgen konnte so bereits die Löschung erreicht und somit ein weiteres "Teilen" der Beiträge verhindert werden. Weitere 96 Beiträge wurden bisher trotz Mahnung nicht gelöscht und warten auf eine Überprüfung ihrer Rechtswidrigkeit durch die zuständigen Dienststellen der Polizei. Ziel von respect! ist es, die Anbieter auf ihre Verantwortung für die in ihren Netzwerken geposteten Inhalte hinzuweisen und die Umsetzung von deutschem Recht auf den Plattformen einzufordern.

Rechtsicherheit/Beratung von Betroffen

Als ihre wichtigste Aufgabe versteht die Meldestelle allerdings die Kommunikation mit ihren Meldenden. In deren Verlauf im Einzelfall auch Beratungen erfolgen.

- 3 Stand 27.01.2018
- 4 Stand 27.01.2018

In 288 Fällen wurden Meldungen weder angezeigt noch zur Löschung vorgeschlagen. Der häufigste Grund dafür ist eine, nach Einschätzung der Meldestelle, nicht gegebene strafrechtliche Relevanz. Auch in diesen Fällen erhalten die Meldenden aber eine Rückmeldung, in der vor allem auf weitere Möglichkeiten, sich außerhalb des juristischen Weges gegen Hate Speech zu wehren, verwiesen wird. Respect! will dadurch auch ein Gespür für die Einschätzung von Hate Speech im Internet vermitteln. Es gilt hier, klar zu machen, dass nicht jeder Fall von Hass im Netz gleich ein Fall für Polizei und Staatsanwaltschaft sein muss. In vielen Fällen kann es notwendig und richtig sein, sich auf andere Art und Weise zu wehren.

Betroffene von persönlichen Beleidigungen, übler Nachrede oder Verleumdungen werden beim Erstatten einer Anzeige beraten und über Chancen und Risiken eines Zivilprozesses zur Entfernung entsprechender Posts aufgeklärt. Bei den Themen Cybermobbing und sexueller Missbrauch werden Meldende an entsprechende Beratungsstellen weiterverwiesen. Fälle von Kinderpornographie werden direkt an das Landeskriminalamt weitergeleitet und die Meldenden über den weiteren Fortgang der Ermittlungen in Kenntnis gesetzt. Die Meldenden haben immer die Möglichkeit, über das System Kontakt mit der Meldestelle aufzunehmen und weitere Fragen zu stellen.

Ausblick

Der permanente Kontakt mit den Meldenden muss weiter im Zentrum der Bemühungen stehen. Dieses Alleinstellungsmerkmal kann zu einer Transparenz und Glaubwürdigkeit beitragen, die der Kampf gegen Hass im Netz mehr braucht als alles andere. Nur so kann das notwendige Vertrauen entstehen, das durch eine fehlerhafte Kommunikation und populistische Ausschlachtung des NetzDG erheblich beeinträchtigt ist. Durch die persönliche Ansprache und Rückmeldung wird das System zudem langfristig eine wichtige Schnittstelle zu anderen, nicht digitalen Angeboten des Demokratiezentrums sein. Gerade in Fällen von strafrechtlich nicht relevanter Hate Speech können so wichtige Beratung und Hilfe angeboten werden.

Das NetzDG hat die Arbeit der Meldestelle auf eine neue juristische Grundlage gestellt. Um detailliert und seriös über positive wie negative Auswirkungen zu sprechen, ist es definitiv noch zu früh. Im Hinblick auf die Aufgabenstellung von respect! kann allerdings schon jetzt eine erhebliche Erleichterung der eigenen Arbeit prognostiziert werden. Besonders im Bereich der Löschanträge bei Providern werden Anfragen bereits schneller und besser bearbeitet. Dabei ist aber wichtig anzumerken, dass dies nur deshalb der Fall sein kann, weil Meldungen von respect! erst nach einer gründlichen Beurteilung der Vorfälle erfolgen. Die Effektivität des Gesetzes wird also auch von der Einrichtung weiterer Clearingstellen, nach dem Vorbild von respect!, abhängen.

Vertrauen in diese einzigartige Kombination von Clearing und Beratung zu schaffen, ist die wichtigste Aufgabe, die die Meldestelle respect! Gegen Hetze im Netz im Jahr 2018 haben wird.

Stephan Ruhmannseder

Fachstelle "kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus" Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162 74370 Sersheim

Tel.: 07042 / 8317 37 Fax: 07042 / 8317 40

E-Mail: ruhmannseder@jugendstiftung.de

www.jugendstiftung.de

LEUCHTLINIE 2017 – An der Seite Betroffener von rechter Gewalt



Dr. Jochen Kramer

Fachstelle LEUCHTLINIE Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

Das Team der Fachstelle LEUCHT-LINIE steht mit seinem Netzwerk allen Menschen in Baden-Württemberg als direkte Hilfs- und Anlaufstelle zur Seite, die von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt betroffen sind oder Zeugin bzw. Zeuge einer solchen Tat wurden. LEUCHTLINIE hilft, wenn Menschen bedroht, beleidigt und verleumdet wurden, wenn sie wirtschaftliche Schädigung erfahren haben oder gewalttätige Übergriffe auf die eigene Person erleben mussten. Die Beratung von LEUCHT-LINIE richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Betroffenen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Auskunft und Informationen bieten. etwa hinsichtlich einer polizeilichen Anzeige. Sie können juristische Unterstützung und Begleitung vermitteln oder psychotherapeutische Experten kontaktieren.

Das Beratungsangebot von LEUCHTLINIE richtet sich an Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg. Dass dieses Angebot auch 2017 gebraucht wurde, ist angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen leider nicht überraschend: Wir erleben das Erstarken von Rechtspopulismus, die Abwertung ganzer Gruppen von Menschen nimmt zu, Ausgrenzungsideologien gegen "die Muslime", "die Flüchtlinge" sind en vogue. Pauschalisierende, abwertende Haltungen und Einstellungen sind sichtbarer und hörbarer als noch vor wenigen Jahren. Das wurde auch in den Fällen deutlich, die LEUCHTLINIE 2017 bearbeitete.

Im Jahr 2017 ging das LEUCHTLINIE-Team insgesamt 173 Vorfällen nach. Auf 125 dieser Vorfälle wurde die Fachstelle über Medienrecherchen aufmerksam und versuchte, Kontakt zu den Betroffenen aufzunehmen. In den anderen 48 Vorfällen wurde LEUCHTLINIE über die Webseite, E-Mail, Telefon kontaktiert oder die Mitarbeiter_innen¹ wurden direkt persönlich angesprochen.

Die Einschätzung, ob die Betroffenen Opfer einer rechten Gewalttat wurden, basierte einerseits auf einer Beurteilung der Tatmotive und andererseits auf Hinweisen zur rechten Gesinnung der Täter_innen.



¹ Der Unterstrich (Gender Gap) wird von der Fachstelle LEUCHTLINIE verwendet als ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten. https://www.duden.de/rechtschreibung/Gendergap



Zu den Tatmotiven: Rechte Gewalt richtet sich gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen, die pauschal abgelehnt werden (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit; GMF). Ob die Gewalttaten rechtsmotiviert waren, wurde anhand der Zugehörigkeiten der Betroffenen, ihrer Einschätzung zur Tatmotivation und von Äußerungen der Täter innen eingeschätzt. Von den 173 Vorfällen schätzte die Fachstelle 120 als GMF motiviert ein, 16 als nicht GMF motiviert und bei 37 blieb dies unklar. Von den 120 GMF motivierten Vorfällen hatten – nach den vorliegenden Angaben – 70 einen fremdenfeindlichen, rassistischen oder muslimfeindlichen Hintergrund. 22 der Vorfälle richteten sich gegen politisch Andersdenkende, 15 der Vorfälle richteten sich gegen Personen auf Grund ihrer Rolle oder Funktion (z. B. Zeug innen). Andere Tatmotive, mit denen das Team vereinzelt konfrontiert war, waren Ablehnung von Menschen mit Behinderungen, von obdachlosen oder sozial benachteiligten Menschen, Menschen jüdischen Glaubens, Ablehnung von Sinti und Roma, homo- und transsexuellen Menschen sowie Sexismus.

Hinweise zur rechten Gesinnung der Täter_innen lagen in 77 der Vorfälle vor, das waren überwiegend Äußerungen der Täter_innen, das Tragen oder das Anbringen "rechter" Symbole oder es war ihre Zugehörigkeit zur rechten Szene bekannt. Hinweise darauf, dass eine Gewalttat rechtsmotiviert war oder von Täter_innen mit rechter Gesinnung verübt wurde, lagen bei insgesamt 122 Vorfällen vor. Die Gewalttaten, die in diesen Fällen begangen wurden, wurden eingestuft als Körperverletzungen (36 Vorfälle), Beleidigungen (36 Vorfälle), Sachbeschädigungen (30 Vorfälle), Bedrohungen/Nötigungen (23 Vorfälle), Diskriminierungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzt (AGG, 9 Vorfälle), Brandstiftungen (4 Vorfälle), versuchte Körperverletzungen (2 Vorfälle), versuchte Tötungen (2 Vorfälle), Tötungen (2 Vorfälle).

2017 wurden durch die Fachstelle insgesamt 87 Menschen beraten (43 davon weiblich, 42 männlich, 2 Personen unbekannten Geschlechts). Darunter waren 2 Kinder, 10 Jugendliche, 8 junge Erwachsene (bis 27), 48 Erwachsene über 27 im Erwerbsalter und 1 Senior_in. Das Alter von 14 beratenen Personen war nicht bekannt. Die Anliegen der Betroffenen waren sehr unterschiedlich. Sie wollten beispielsweise das Geschehene psychisch besser verarbeiten, Kraft schöpfen, Unterstützung beim Zurechtfinden im Hilfenetzwerk oder bei rechtlichen Fragen, eine Einordnung und Klärung des Geschehenen erreichen, gesellschaftliche Missstände sichtbar machen oder gesellschaftliche bzw. politische Veränderungen bewirken.

Auch im Jahr 2017 unterstütze der LEUCHTLINIE-Beirat die Arbeit der Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg durch fachliche Begleitung. Als Organisationen und Initiativen sind in diesem Beirat vertreten: der Verband Deutscher Sinti und Roma, die Initiative Schwarzer Menschen, die Islamische Glaubensgemeinschaft in Baden-Württemberg e. V., der Landesfrauenrat, die Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg, die Liga der freien Wohlfahrtspflege, das Landesnetzwerk LSBTTIQ, der Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderung Baden-Württemberg e. V., der Landesverband der kommunalen

Migrantenvertretungen Baden-Württemberg und das Büro und Aktionsnetzwerk der Vielfalt.

Sie alle setzen sich ein für ein friedliches Miteinander, für Toleranz und Offenheit in unserer Gemeinschaft. Und gleichzeitig vertreten sie eben auch jene gesellschaftlichen Gruppen, die von rechter Gewalt in besonderem Maße bedroht und betroffen sind. Und: sie gehören zu den Bevölkerungsgruppen, die aufgrund der aktuellen Wahlergebnisse und rechtspopulistischen Entwicklungen große Sorgen haben. Diese Tatsache wurde bei den Sitzungen des Beirates sehr deutlich formuliert. Es sind Sorgen vor einer Zunahme von offener Diskriminierung, von Islamophobie, von Rassismus, der Verrohung des Umgangstons und der Sprache – und vor neuer rechter Gewalt.

Tatsächlich wurde in den Beratungsgesprächen deutlich, dass das beschriebene Erstarken des Rechtspopulismus und die zunehmende pauschalisierende Abwertung bestimmter Bevölkerungsgruppen die Gefahr erhöhen, Opfer einer (weiteren) Gewalttat zu werden. Gleichzeitig verringern diese Entwicklungen die Bereitschaft, Betroffene von rechter Gewalt zu unterstützen: Ihnen wird verstärkt mit Misstrauen begegnet oder sie werden gar selbst zu Täter_innen erklärt. Dies wurde auch beim Fachtag "An der Seite der Betroffenen von rechter Gewalt" deutlich, den LEUCHTLINIE 2017 anlässlich des Bekanntwerdens des NSU vor sechs Jahren durchführte: Die Muster, die dazu geführt haben, dass der NSU lange unentdeckt bleiben konnte, sind auch heute wirksam.

Das Team von LEUCHTLINIE möchte deshalb jede Einzelne und jeden Einzelnen dazu auffordern,

- Berichte von Gewalttaten unbedingt ernst zu nehmen,
- Betroffene von k\u00f6rperlicher und psychischer Gewalt so zu unterst\u00fctzen, wie man das auch bei einer Person tun w\u00fcrde, die einem selbst nahesteht und die man sch\u00e4tzt,
- die Betroffenen zu ermutigen, sich an entsprechende Fachstellen zu wenden, beispielsweise die Polizei, den weißen Ring oder die Fachstelle LEUCHTLINIE.



Dr. Jochen Kramer

Fachstelle "LEUCHTLINIE"
Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e. V.

Reinsburgstraße 82 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 / 888 999 33 (Betroffenenberatung)

Tel.: 0711 / 888 999 30 (Fach- und Koordinierungsstelle)

Fax: 0711 / 888 999 20 E-Mail: info@leuchtlinie.de

www.tgbw.de

Radikalisierung macht an der Grenze nicht Halt

8

Angelika Vogt

Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus" Jugendstiftung Baden-Württemberg

Die Fachstelle "kompetent vor Ort. Gegen Rechtsextremismus" bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg bietet Beratung, Unterstützung und Entlastung für Menschen, Gruppen und Institutionen, die von rechtsextremen Äußerungen oder Handlungen betroffen sind oder sich aktiv dagegen einsetzen möchten.

Die Fachstelle begleitet Anlaufund Beratungsstellen in 23 Stadtund Landkreisen und führt gemeinsam mit den anderen Fachstellen im Demokratiezentrum zertifizierte Fortbildungen zur "kommunalen Beraterin bzw. zum kommunalen Berater Extremismusprävention" durch. Was machen extrem Rechte, wenn ihre Bewegungsräume in Offenburg, Lahr oder Rastatt eng werden? Welche Wege nimmt die rechtsextreme Musikszene, wenn Versammlungsorte auf der deutschen Seite geschlossen werden?

Extrem Rechte wissen genau, wie sie sich die offenen Grenzen zunutze machen und weichen ins nahegelegene Elsass aus, wenn es auf deutschem Boden kritisch wird. Dort fühlen sie sich weniger beobachtet. Auch das Problem von zunehmend rassistischen Haltungen findet sich im Elsass ebenso wie in Baden-Württemberg. Im Fokus steht dort allerdings die religiös begründete Radikalisierung junger Menschen.

Seit einigen Jahren gibt es eine grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen dem Demokratiezentrum Baden-Württemberg und zwei elsässischen Organisationen. Mit der Liga gegen Rassismus und Antisemitismus (Ligue Contre le Racisme et l'Antisémitisme, LICRA), Region Elsass, wurde ein international tätiger Partner gefunden, der bereits große Erfahrung in der Antirassismusarbeit und der Bekämpfung von Hate Speech im Internet mitbrachte. Und mit der Jugendhausgesellschaft des Nordelsass (Fédération Départementale des Maisons des Jeunes et de la Culture) ist ein Partner dabei, der Türen öffnen kann, um grenzübergreifende Projekte in Kommunen in der Region umzusetzen. In den europäischen Werten und den Menschenrechten findet sich eine tragfähige Basis, die Sprachbarrieren überwindet.

Ziele der Zusammenarbeit sind die Verbesserung des Informationsflusses zu extremen, demokratiefeindlichen Vorkommnissen, die grenzübergreifende Sensibilisierung hinsichtlich Rassismus und Radikalisierung sowie die gemeinsame Bekämpfung von Hate Speech im Internet.

In den ersten acht Monaten wurde in den grenznahen französischen Medien in mindestens fünf Artikeln über die Aufdeckung von Straftaten im Bereich des religiös begründeten Extremismus berichtet. Diese grenznahen Vorfälle sind im vorliegenden Monitoring-Bericht dargestellt.

Im Themenfeld Rechtsextremismus sind insbesondere zwei Meldungen von Bedeutung:

Im Februar wurde über eine angeblich private Feier im lothringischen Lengelsheim mit 300 bis 400 Personen berichtet, die mit rechtsextremen Parolen und entsprechender Kleidung auffielen. Häufig findet sich in solchen Versammlun-

gen die Musikszene der extrem Rechten wieder. Anfang Dezember wurde berichtet, dass die zur sogenannten "Identitären Bewegung" gehörende "Bastion Social" einen Ableger in Straßburg gegründet hat und eine Bar eröffnete. Es wird vorgegeben, dass der Versammlungsort dazu diene, soziale Zwecke zu verfolgen und Bedürftige zu unterstützen. Doch wird dabei eindeutig fremdenfeindlich und diskriminierend agiert, gemäß der Parole: "Wir vor den anderen". Auch in Baden-Württemberg tritt die sogenannte "Identitäre Bewegung" seit einigen Monaten verstärkt an die Öffentlichkeit und versucht zu mobilisieren.

In weiteren Artikeln wird von antisemitischen Äußerungen und Vorkommnissen im Elsass berichtet.

Für den Bereich des grenzüberschreitenden Extremismus konnten insgesamt zehn Vorfälle und Ereignisse ausgewertet werden. So sind es in jedem der aufgenommenen Phänomenbereiche fünf Meldungen. Die Darstellung der Vorfälle bezieht sich auf den Fachstellenbericht "Radikalisierung macht an der Grenze nicht Halt" in Kapitel 1 und zeigt ein charakteristische Merkmal von Rechtsextremismus, aber auch des religiösen Extremismus in Baden-Württemberg auf – die Kooperation extremistischer Gruppierungen über Landesgrenzen hinweg.

Die Mobilisierung demokratischer Kräfte ist beidseits des Rheins gefragt. Die gewachsene deutsch-französische Freundschaft ist eine solide Basis, um sich gemeinsam für die Demokratie starkzumachen.

Angelika Vogt

Fachstelle "kompetent vor Ort. gegen Rechtsextremismus" Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162 74370 Sersheim Tel.: 07042 / 8317 30

Fax: 07042 / 8317 40

E-Mail: vogt@jugendstiftung.de

www.jugendstiftung.de

Neosalafistische Radikalisierung und deren Herausforderungen



Jens Ostwaldt

Fachstelle "PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus"

Die Fachstelle "PREvent!on – Prävention von religiös begründetem Extremismus" entwickelt Maßnahmen, Strukturen und Strategien für die Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung junger Menschen im Kontext des religiös begründeten Extremismus. Die Fachstelle PREvent!on bietet Fach- und Beratungskompetenz und vernetzt relevante Akteure im Themenfeld der Präventionsarbeit.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass sich die neosalafistische Szene und damit auch die Herausforderungen die aus ihr für die Gesellschaft erwachsen, stetig verändern. Mit dem territorialen Zusammenbruch des sogenannten "Islamischen Staats" IS verliert vor allem das dschihadistische, also gewaltbereite neosalafistische Spektrum das zentrale Narrativ eines idealisierten Staates, der auf vermeintlich gottgegebenen Regeln aufgebaut ist. Dennoch verzeichnet vor allem der politische Salafismus in Deutschland stetigen Zustrom, sodass sich das von den Verfassungsschutzämtern registrierte Personenpotenzial auf derzeit ca. 10.800 Personen (Stand: Dezember 2017)¹ beläuft. Das entspricht einem Zuwachs von 500 Personen innerhalb von drei Monaten. Die Anzahl der gewaltbereiten Salafisten beträgt laut Verfassungsschutz deutschlandweit derzeit ca. 800 Personen. Unter diese Personengruppe fallen die meisten sogenannten "Gefährder", also Personen, denen jederzeit eine Gewalttat bzw. ein Anschlag zugetraut wird. Die Entwicklung in Baden-Württemberg verläuft analog zur gesamtdeutschen Entwicklung. Mit derzeit 750 politischen und ca. 120 dschihadistischen Salafisten stieg die Zahl der vom Verfassungsschutz beobachteten Personen in 2017 um 120 bzw. ca. 20 Personen an².

Zahlen sind das Eine. Das Andere sind die Herausforderungen, die sich in Zukunft aus einem solchen Wachstum und vor allem der Umstrukturierung der neosalafistischen Szene in Deutschland, vor dem Hintergrund globalpolitischer Veränderungen, für die Politik, die Zivilgesellschaft und auch die Sicherheitsbehörden ergeben. Manchmal lohnt es sich, einen Schritt zurückzugehen und einen Blick auf die letzten Jahre zu werfen.

Die drei Wellen neosalafistischer Radikalisierung

Bevor im Jahr 2003 die ersten neosalafistischen Prediger um Pierre Vogel und Ibrahim Abou Nagie auf den Plan traten, war "Salafismus" allenfalls islamwissenschaftlich gebildeten Menschen ein Begriff. Dies änderte sich mit großen Kundgebungen und öffentlichkeitswirksamen Auftritten charismatischer Prediger sehr schnell. Der Neosalafismus wurde mit Hilfe von Predigernetzwerken und Missionierungsaktivitäten, wie z. B. des 2005 gegründeten und mittlerweile

¹ Tagessschau.de (10.12.2017): "Zahl der Salafisten steigt deutlich". https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-137.html (Abruf: 09.03.2018).

² Heilbronner Stimme (11.12.2017): "Deutlich mehr Salafisten in Baden-Württemberg". http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Deutlich-mehr-Salafisten-in-Baden-Wuerttemberg;art19070,3954079 (Abruf: 09.03.2018).

verbotenen Vereins "Die wahre Religion", der die Koranverteilaktion "LIES!" umsetzte, zu einer fundamentalistischen Bewegung mit jugendsubkulturellem Charakter³. Diese Phase der Etablierung neosalafistischer Glaubensinhalte in Deutschland als deutschsprachiges Angebot einer vermeintlich islamischen Religionsausübung in jugendaffinem Gewand bezeichnet Volker Trusheim als die erste Welle des Neosalafismus in Deutschland⁴. Die zweite Welle erstreckte sich bis ins Jahr 2012 hinein. Die neosalafistische Szene hat sich in einem Jahrzehnt strukturell und qualitativ gewandelt. Die bis dato primär auf Mission und gesellschaftliche Einflussnahme fokussierte Ausrichtung der Szene wich einer zunehmenden gewaltaffinen Radikalisierung, die zu vermehrten Ausreisebewegungen vor allem junger Menschen in Richtung Somalia und Afghanistan führte. Die sich daran anschließende dritte Welle speist sich aus den Entwicklungen der ersten beiden Wellen. Das Narrativ, in einen vermeintlich islamischen Staat, zur Terrororganisation IS auszuwandern, verbindet sich mit radikalisierenden Strukturen in Deutschland zum sogenannten "homegrown terrorism", also der Radikalisierung junger Menschen, die zu großen Teilen die deutsche Staatsbürgerschaft haben und auch in Deutschland geboren wurden. Mit dem territorialen Zusammenbruch des IS wurde eine hohe Anzahl an nach Deutschland zurückkehrenden IS-Kämpfern erwartet. Diese Bewegung blieb jedoch bisher aus, sodass hier die Frage gestellt werden kann: Wird es eine vierte Welle neosalafistischer Radikalisierung geben?

Von der Kundgebung zum konspirativen Zirkel

Der Neosalafismus konnte noch bis vor wenigen Jahren vor allem durch öffentlichkeitswirksame Kundgebungen, wie z. B. am 23. März 2014 in Mannheim oder am 07. Juni 2014 in Freiburg, seine Auslegungen eines rückwärtsgewandten Islam verbreiten. Neosalafistische Strukturen wurden zusehends als



Die "LIES!"-Kampagne (oben) hat schon einen Nachfolger. Das Projekt "We love Muhammad" verteilt Biographien des Propheten Mohammed und versucht mit einer eigens entwickelten App vor allem jungen Menschen ihre Islaminterpretation niedrigschwellig näherzubringen.



Triebfeder für Radikalisierung erkannt, sodass die Sensibilität der Zivilgesellschaft und der Verfolgungsdruck der Sicherheitsbehörden kontinuierlich zunahmen. Wurden bis vor wenigen Jahren noch radikale Moscheen als Ort der Radikalisierung angesehen, vermied die Szene nun zusehends öffentliche Orte und zog sich in private Umgebungen und Räumlichkeiten zurück. Dies gilt vor allem auch für die neosalafistischen Hotspots in Baden-Württemberg. Es zeigte sich außerdem, dass sich die Szene auch phänotypisch an die neuen Gegebenheiten anpasste und vormals als unumgänglich markierte Kleidungsund Symbolpraktiken zugunsten erfolgreicher Missionsarbeit

³ Vgl. El-Mafaalani, Aladin: Salafismus als jugendkulturelle Provokation. Zwischen dem Bedürfnis nach Abgrenzung und der Suche nach habitueller Übereinstimmung. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Salafismus in Deutschland. Ursprünge und Gefahren einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung. Transcript, Bielefeld, 2014, S. 355–362.

⁴ Vgl. Trusheim, Volker: Die "dritte Welle"? Die Bedrohung durch den extremistischen Salafismus in Deutschland. In: Molthagen, Dietmar (Hrsg.): Handlungsempfehlungen zur Auseinandersetzung mit islamischem Extremismus und Islamfeindlichkeit. Arbeitsergebnisse eines Expertengremiums der Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, 2015, S. 245–257, hier: S. 256.

Hier könnten Sie den Download der Publikation anbieten: PDF-Download: http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12034-20151201.pdf (Abruf: 09.03.2018).

fallen ließ. So zeigte sich die Szene z. B. sehr pragmatisch, als sie für die Missionierung vor Wohnheimen für Geflüchtete auf klar der neosalafistischen Szene zuzuordnende äußerliche Merkmale (z. B. das weiße Gewand oder die Häkelkappe) verzichtete und stattdessen in Kapuzenpullis Stellung bezog.

Eine weitere zentrale Entwicklung der Szene ist die Diversifizierung in Kleinststrukturen. Ein bis in die späten 2000er Jahre kollektiver Zusammenhalt wurde in den letzten Jahren abgelöst durch eine Ausdifferenzierung in kleine Gruppen, die oftmals unabhängig voneinander und auch ohne Kommunikation untereinander existierten.

Die vierte Welle: Was kommt in Zukunft?

Die entscheidende Frage, wie sich die Szene in den nächsten Jahren entwickeln wird, ist zum aktuellen Zeitpunkt wohl von niemandem mit Sicherheit zu beantworten. Es sind mehrere Szenarien denkbar. Vor allem für die präventive Arbeit gegen neosalafistische Radikalisierung sind sie von großer Bedeutung, um sich auf zukünftige Herausforderungen einstellen zu können.

Die Szenarien reichen von einer Konsolidierung der Szene im Untergrund, die mittlerweile ein Personenpotenzial hat, das, davon kann man ausgehen, ein schnelles Verschwinden dieser Bewegung unwahrscheinlich erscheinen lässt, bis hin zur Verfestigung der Strukturen, die mit öffentlichkeitswirksamen Interessenvertretungen verbunden ist. Dieses letzte Szenario könnte, in der Theorie, mit einer Deradikalisierung der Szene bzw. einer Spaltung der Szene in gemäßigte, am gesellschaftlichen Diskurs interessierte und in radikale Neosalafisten einhergehen. Der zuvor zitierte Volker Trusheim geht z. B. davon aus, dass "in Betracht gezogen werden [muss; J.O.], dass also auch im Jahr 2022 noch eine erhöhte Gefahr der Inneren Sicherheit durch Salafisten möglich ist."5

Eine weitere Herausforderung stellt die Rückkehr derjenigen Menschen dar, die sich dem IS angeschlossen haben.

Bis vor wenigen Monaten wurde eine buchstäbliche Rückreisewelle erwartet, die bis zum jetzigen Zeitpunkt jedoch ausblieb. Von einem Großteil derjenigen, die sich aus Deutschland dem IS angeschlossen haben, fehlen bisher Informationen über den aktuellen Aufenthaltsort, sodass eine ausblickende Prognose schwerfällt.

Die möglichen Szenarien lassen sich in ihrer Vielzahl kaum fassen und stellen allesamt Hypothesen dar. Es zeigt sich jedoch, dass vor allem die Präventionsarbeit vor einer großen Herausforderung steht. Die Prävention von religiös begründetem Extremismus muss heutzutage in besonderem Maße in Wechselwirkung mit gesellschaftlicher Polarisierung gesehen werden: Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit auf der einen und neosalafistische Akteure auf der anderen Seite erfordern eine Präventionsarbeit, die über den Tellerrand hinausschaut und Konzepte entwickelt, die in der Lage sind, diese multilateralen Einflüsse abzubilden⁶.

Die Angebote des Demokratiezentrums Baden-Württemberg u. a. mit der Fachstelle PREvent!on qualifizieren Menschen dazu, Radikalisierungstendenzen von Jugendlichen zu erkennen und diesen in ihrem jeweiligen pädagogischen Alltag präventiv entgegenzuwirken. Unter www.demokratiezentrum-bw.de können die Angebote eingesehen und gebucht werden.

Jens Ostwaldt

Fachstelle "PREvent!on" Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162 74370 Sersheim Tel.: 07042 / 8317 11

Fax: 07042 / 8317 11

E-Mail: ostwaldt@jugendstiftung.de

www.jugendstiftung.de

⁵ Ebd., S. 257.

⁶ Vgl. Coquelin, Mathieu / Ostwaldt, Jens: Radikalisierung. Theoriemodelle für die Praxis. In: to appear (2018)

Angebote der Extremismusdistanzierung



Derya Şahan Mathieu Coquelin

Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Damit aus Haltungen kein Verhalten wird, bietet die Fachstelle Extremismusdistanzierung pädagogischen Fachkräften der Offenen und Mobilen Jugendarbeit fachliche Begleitung und Sensibilisierung im Themenfeld mit besonderem Fokus auf die Beziehungsarbeit an. Darüber hinaus sollen die bisher bestehenden Netzwerke zugänglich gemacht und erfolgreiche Modelle und Methoden geteilt werden. Der Ansatz folgt der Logik, dass präventive Angebote in das Alltagsangebot eingebunden werden müssen. Ziel ist es, lokale und regionale Unterstützungsbedarfe im Themenfeld von politischem oder religiösem Extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eventuell damit verbundener Gewalt zu erheben und Fachkräfte im Umgang mit diesen Themen zu stärken.

Die Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/Streetwork Baden-Württemberg e. V. (LAG) bietet Beratung und Qualifizierung für Fachkräfte der Offenen Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit. Damit aus Haltungen kein Verhalten wird, erfolgt eine fachliche Begleitung und Sensibilisierung im Themenfeld mit besonderem Fokus auf die Beziehungsarbeit. Der Zugang zu bestehenden Netzwerken und das Teilen erfolgreicher Modelle und Methoden spielen dabei eine wichtige Rolle. Inwieweit bisher angewendete Methoden und Arbeitsansätze aus der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen für religiös motivierten Extremismus adaptiert werden können, soll in diesem Zusammenhang in der Methodenentwicklung festgestellt werden.

Unser Ziel ist es, lokale und regionale Unterstützungsbedarfe im Themenfeld von politischem oder religiösem Extremismus, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und eventuell damit verbundener Gewalt zu erheben und Fachkräfte im Umgang mit diesen Themen zu stärken. Dabei sollen alltagseingelagerte Angebotsformen für die Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit erarbeitet werden, die Radikalisierungsprozessen entgegenwirken. Unsere Arbeit beruht auf einem pädagogisch präventiven Ansatz, bei dem wir vorbeugend und stärkend agieren und das demokratische Handeln der Personen in den Vordergrund stellen.

Ansätze aus der Radikalisierungsforschung dienen als Grundlage für unsere Arbeit. Die gefühlte oder tatsächlich erlebte Benachteiligung der Jugendlichen spielt eine große Rolle, da sie beispielsweise von salafistischer Propaganda genutzt wird oder von der sogenannten "Identitären Bewegung". Letztere macht das, indem sie konstruierte Bedrohungsszenarien wie die "Überislamisierung Deutschlands" nutzt. Es geht also darum, Teilhabe zu stärken und Gefühle der Abgeschiedenheit aufzufangen, um zu verhindern, dass sich die Jugendlichen von der Gesellschaft abwenden.

Es gibt zwei Arten von Faktoren, die unter anderem zur Radikalisierung führen. Zum einen Pull-Faktoren wie beispielsweise romantisch verklärte Narrative etwa vom Kriegerleben und von Männlichkeitsbildern. Da geht die Attraktivität von der Szene aus, weil sie ein besseres Leben verspricht. Dann gibt es Push-Faktoren: Alles, was die Jugendlichen aus der Gesellschaft herausdrängt, weil ihnen aus ihrer Sicht nur mangelnde Teilhabe gewährt wird. Die Jugendlichen, die etwa Benachteiligung und Diskriminierung erleben, identifizieren sich dann mit für sie attraktiven Gruppen, die Ihnen Teilhabe und Zugehörigkeit versprechen.

So bieten wir auf der einen Seite klassische Workshops und Vorträge, die aus einem Mix aus Sensibilisierung für das Thema, Übungen und Raum für

Austausch bestehen. Auf der anderen Seite stehen Angebote in einem Modul-Format, das step by step eingesetzt werden kann, beispielsweise auch von Streetworkern, die keinen festen Rahmen haben, in dem sie Jugendliche antreffen. Diese Module beinhalten Methoden, um miteinander ins Gespräch zu kommen, beispielsweise über "gut und böse" oder über das tagesaktuelle Geschehen. Sie beinhalten aktivierende Fragen, die eine Reflexionsfläche anbieten und Ambiguität – also das Erkennen alternativer Deutungsmöglichkeiten und der sich aus ihnen erschließenden Handlungsalternativen – fördern.

Unsere Bedarfserhebung im Jahre 2016 ergab einen Wissens- und Qualifizierungsbedarf in den Themenfeldern:

- Strukturen muslimischer Verbandsarbeit
- Basiswissen über den Islam / Strömungen im Islam
- Radikalisierungsprozesse
- Austausch über den Umgang mit Populismus
- Neosalafismus
- Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten
- Hintergrundinformationen zur sogenannten "Identitären Bewegung"

Im Jahr 2017 wurden diese Themen in vorhandene Angebote aufgenommen oder es entstanden neue Angebote wie: "Zusammen.Wachsen", "Allah und ich", "Populismus" oder das Planspiel zum Thema Radikalisierungsprozesse "Straight Ahead".

Mit unterschiedlichen Rahmungen fand eine Vielzahl von Veranstaltungen statt:

- 58 Workshops und Vorträge mit 1.357 Teilnehmenden
- 3 Fachtage für 194 Fachkräfte
- 5 Arbeitstreffen und 2 Jahrestagungen der LAG Mobile Jugendarbeit mit 240 Fachkräften
- Vorstellung der Angebote des Demokratiezentrums für 2.269 Personen

Die FEX war kontinuierlich bei unterschiedlichen Veranstaltungen und Arbeitstreffen der LAG Mobile Jugendarbeit und in deren Gremien präsent, um Netzwerke im Arbeitsfeld Extremismusdistanzierung zu erschließen und zu stärken.

Darüber hinaus führten wir eine Vielzahl an individuellen Beratungen durch. Von der Unterstützung der Schulsozialarbeit, die in Einzelfällen eine Einschätzung zu einer speziellen Situation anforderte, bis zu Anfragen nach Hilfestellung bei der Planung von Fachtagen oder bei der Konzeption von Projektanträgen muslimischer Verbände gab es viele Möglichkeiten, erfolgreiche Beratungen anzubieten.

Modellprojekt Da.Gegen.Rede

Seit dem 1.10.2017 führt die die FEX bei der LAG Mobile Jugendarbeit in Kooperation mit der Jugendstiftung Baden-Württemberg und der Türkischen Gemeinde in Baden-Württemberg e. V. das Modellprojekt Da.Gegen.Rede durch.

In Bezug auf Radikalisierungsprozesse spielt die Auseinandersetzung mit den Online verfügbaren Narrativen und Social Media Kanälen und Anwendungen eine zentrale Rolle. Mit Gruppierungen wie beispielsweise der sogenannten "Identitären Bewegung" auf der politisch extrem rechten Seite und Akteuren wie "MuslimStern" und "Generation Islam" stehen im Konzept von FEX immer schon digitale Erscheinungsformen radikaler Ideologien im Fokus der Aufmerksamkeit und des Interesses.

Die Studie "Kinder und Jugend 3.0" des Hightech-Verbands Bitkom aus dem Jahr 2014 belegt, dass Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren täglich fast zwei Stunden im Internet verbringen¹. Dabei ist für diese Gruppe das Smartphone das wichtigste Kommunikationsgerät. Laut der JIM-Studie 2017 besitzen 97 Prozent der Jugendlichen ein Smartphone. 89 Prozent der Jugendlichen sind täglich

¹ Die Studie selbst ist nicht im Angebot, nur ein Handout zur PK dazu:
Vgl. https://www.bitkom.org/Presse/Anhaenge-an-Pls/2014/April/BITKOM-PK-Kinder-und-Jugend-3-0.pdf (Abruf: 20.03.2018).

online und verbringen unter der Woche jeden Tag 221 Minuten im Internet².

Soziale Netzwerke bieten vielfältige Möglichkeiten der Information, der Unterhaltung, des Austauschs und der Kommunikation sowie der Partizipation. Insbesondere in den letzten Jahren sind jedoch Phänomene zunehmender Verbreitung von Inhalten, die Personen oder Gruppierungen in nicht angemessener Weise angreifen, zu beobachten. Ebenso nimmt die Verbreitung von sogenannten Fake News beziehungsweise falscher Kontexte offenbar zu.

Der ungefilterte Informationsfluss im Internet und insbesondere in den Sozialen Medien macht es für Jugendliche schwer, die vermittelten Inhalte differenziert zu betrachten. Seit der Entstehung des Internets nutzen unterschiedliche radikale und extremistische Richtungen aktiv sämtliche digitalen Kanäle für ihre Propaganda. Für junge Erwachsene und Jugendliche ist es zum großen Teil schwierig, die Gefahr durch Extremismus, Populismus und Aufrufe zu Gewalt und Hass aus allen Richtungen zu erkennen und diese dementsprechend zu reflektieren.

Mit dem Modellprojekt Da.Gegen.Rede bietet die Fachstelle Angebote der Sensibilisierung und Qualifizierung für haupt-, neben- und ehrenamtlich Tätige in der Jugendarbeit, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Jugendliche.

Die Ansätze, die wir in dem Projekt verfolgen, sind eine direkte Reaktion auf die Bedarfe aus der Praxis der Fachkräfte und Rückmeldungen aus der verbandlichen Jugendarbeit.

Durch die im Projekt entwickelten Angebote werden folgende Ziele sowohl auf Seiten der Fachkräfte als auch auf Seiten der jungen Menschen verfolgt:

 Stärkung der Medienkompetenz, um zu erkennen, ob die individuell erlebte Deprivation real ist oder das Resultat von Fake News, welche radikale Akteure mit genau der Intention streuen, um Ängste zu schüren,

- Erkennen von radikalen Akteuren und deren Narrativen,
- Erklären und erfahrbar machen der Wirkweisen von Social Media Algorithmen, um Filterblasen durchbrechen zu können.
- Vermittlung von Handlungskompetenzen im Umgang mit einer sich verschärfenden Diskussions- und Streitkultur.

Die Sensibilisierung und Qualifizierung erfolgt in drei Teilbereichen:

- Schulungen/Vorträge für Fachkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren (Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit)
- Workshops f
 ür Jugendliche (als Teilnehmende)
- Vertiefungsseminare für Jugendliche (als Peer-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren)

Die erste Schulung für Peer-Multiplikatorinnen und -Multiplikatoren fand im Februar 2018 statt. Mit insgesamt 5 Workshops für Jugendliche und 10 Seminaren für Fachkräfte seit dem Oktober 2017 ist heute das Modellprojekt Da.Gegen.Rede eines der meist nachgefragten Angebote.

Wir sind überzeugt, seit Bestehen der Fachstelle ein tragfähiges Netzwerk aufgebaut zu haben und sind gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen im Demokratiezentrum gewappnet für die Herausforderungen im Jahr 2018.

Derya Şahan

Mathieu Coquelin

Fachstelle Extremismusdistanzierung (FEX) Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit/ Streetwork Baden-Württemberg e. V.

Neckarstraße 207 70190 Stuttgart

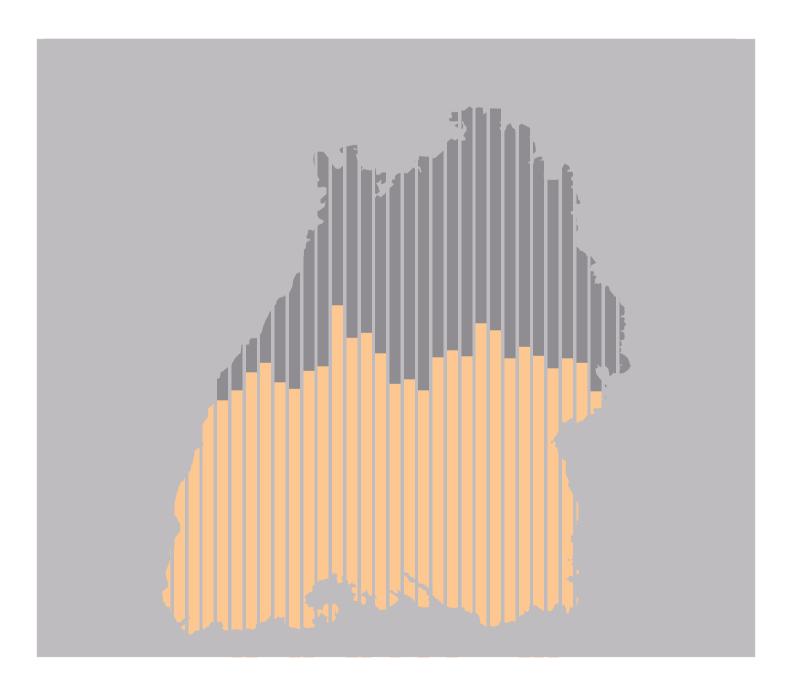
Tel.: 0711 / 1656 475 Fax: 0711 / 1656 329

E-Mail: fex@diakonie-wuerttemberg.de

www.lag-mobil.de

² Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (Hrsg.): JIM-Studie 2017. Jugend, Information, (Multi-) Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12-bis 19-Jähriger. Stuttgart, 2017. PDF-Download: https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2017/JIM_2017.pdf (Abruf: 20.03.2018).

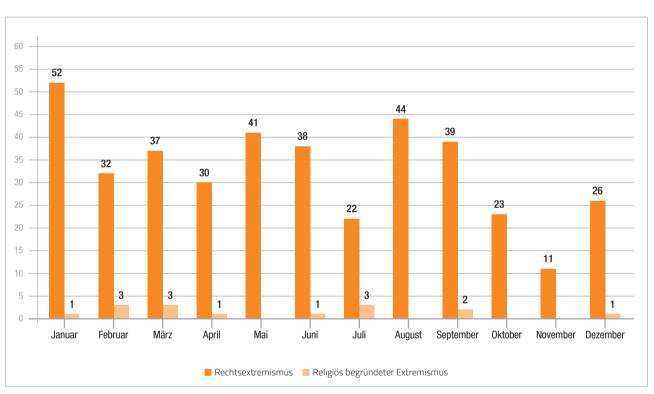
Übersicht zu den ausgewerteten Vorfällen und Ereignissen in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus



In diesem Kapitel werden im Zuge einer deskriptiven Darstellung relevanter Vorfälle und Ereignisse einzelne Merkmale von GMF genauer beschrieben (siehe Tabelle 2), die sich im Berichtszeitraum ereignet haben. Die Zuordnung der Vorfälle und Ereignisse erfolgte aufgrund der bereits beschriebenen Kategorisierung nach den Kriterien des DJI sowie des Syndroms Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Viele Fälle weisen mehrere der Merkmale auf, was für das "Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" charakteristisch ist.

Insgesamt wurden 410 Vorfälle und Ereignisse für das Jahr 2017 ausgewertet. Das sind im Schnitt etwa 34 Vorfälle pro Monat. In den Tabellen werden die erhobenen Zahlen der ausgewerteten Meldungen abgebildet. Da es sich in den Zusammenstellungen nur um Vorfälle und Ereignisse handelt, die in öffentlichen Medienberichten und öffentlich einsehbaren Drucksachen dokumentiert wurden, kann angenommen werden, dass die tatsächliche Zahl an Vorfällen und Ereignissen in Baden-Württemberg deutlich höher ist, als hier dargestellt.

Tabelle 1: Ausgewertete Vorfälle und Ereignisse in den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und religiös begründetem Extremismus



Quelle: Darstellung des Demokratiezentrums Baden-Württemberg aus Medienberichten und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2017.

Für den Bereich des religiös begründeten Extremismus konnten 15 Ereignisse und Vorfälle ausgewertet werden. Dazu zählen u. a. Festnahmen von Djihadisten, die einen Terroranschlag planten oder auch Prozesse gegen (mutmaßliche) Terrorhelfer. Für den Bereich Rechtsextremismus wurden 395 Vorfälle und Ereignisse ausgewertet, beispielsweise Hakenkreuzschmierereien,

Demonstrationen oder Übergriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten.

Die Darstellung in Tabelle zwei differenziert die Fälle nach Merkmalen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und schafft mit diesem Blickwinkel eine weitere Auffächerung der Darstellung.

39 40 30 27 26 25 23 20 18 18 17 15 15 13 12 12 12 12 101010 10 7 1 Oktober Januar Februar März April Mai Juni Juli August September November Dezember ■ Antisemitismus ■ Rassismus ■ Fremdenfeindlichkeit ■ Abwertung von Asylsuchenden ■ Islamfeindlichkeit ■ Sonstiges

Tabelle 2: Ausgewählte Merkmale Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Quelle: Darstellung des Demokratiezentrums Baden-Württemberg aus Medienberichten und Bundestagsdrucksachen. Fälle in absoluten Zahlen. Redaktionsschluss 31. Dezember 2017.

Tabelle 2 zeigt die erhobenen Fallzahlen, die den GMF-Merkmalen "Antisemitismus", "Rassismus", "Fremdenfeindlichkeit", "Abwertung von Asylsuchenden" und "Islamfeindlichkeit" zugeordnet werden können. Außerdem beinhaltet die Tabelle unter der Kategorie "Sonstiges" Vorfälle, die keiner der anderen Kategorien zugeordnet werden

können, da sie entweder mehrere Merkmale aufweisen, oder von ihrer Art und Weise so spezifisch sind, dass sie den Rahmen der Kategorisierungen dieses Berichtes überlasten würden. Der deskriptiven Untersuchung der Daten jedes aufgenommenen Merkmals geht in der Regel eine kurze Definition voraus.

Antisemitismus

Im Bereich Antisemitismus konnten acht Vorfälle ausgewertet werden. "Antisemitismus meint im Kern eine Feindseligkeit gegenüber Juden, "weil sie Juden' sind – immer vermengt mit der Unterstellung bedrohlicher Absichten." ¹. Diese Feindseligkeit tritt meist in Kombination mit dem "Glauben an eine "Jüdische Weltverschwörung' oder der Unterstellung, selbst schuld an der eigenen Situation zu sein" ², auf.

Darüber hinaus existiert ein sog. sekundärer Antisemitismus, bei dem der Vorwurf im Raum steht, dass Juden aufgrund der Erfahrungen mit dem Holocaust den Versuch der Vorteilsnahme betreiben³. Antisemitismus hat zudem eine politische Komponente. So geht Kritik an der Politik Israels mit israelbezogenem Antisemitismus in Form von antisemitischen Stereotypen oder Nazi-Vergleichen einher⁴.

Rassismus

Eine gesetzliche Grundlage zur Definition von Rassismus bietet das seit 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in §1: "Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen." (§1 AGG)⁵. Der Begriff Rassismus kann unterschiedliche Ausprägungen und Dimensionen auf-

weisen. Allem zugrunde liegt die Aufteilung von Menschen in "Ingroups" und "Outgroups". Beim Rassismus erfolgt diese Kategorisierung durch "Rückgriff auf Abstimmungs- und Herkunftslogiken, mit denen bestimmte Ideen und Bilder verbunden sind" ⁶. Diese Zuteilung greift der ethnische Rassismus durch "Einstellungen und Ideologien, die Abwertungen auf der Grundlage einer quasi biologischen und ideologisch konstruierten 'natürlichen' Höherwertigkeit der Ingroup vornehmen" ⁷ auf. Es ist folglich der Versuch, "eine Dominanz gegenüber Gruppen auszuüben, die häufig auch an biologischen Unterschieden festgemacht wird" ⁸. Für das Merkmal Rassismus wurden zehn eindeutig diesem Bereich zuordenbare Vorfälle aufgenommen.

Fremdenfeindlichkeit

Unter die Kategorie Fremdenfeindlichkeit fallen in diesem Bericht zehn Vorfälle und Ereignisse. Fremdenfeindlichkeit beschreibt die "Abwertung und Ausgrenzung von Menschen, die insbesondere anhand ihres unmittelbaren wie mittelbaren Migrationshintergrundes in die Kategorie "Ausländer" oder "Fremde" eingeordnet werden und denen vor allem eine kulturelle Differenz sowie eine Bedrohung von Ressourcen (Arbeitsplätze, Wohnungen, etc.) und Identitäten zugeschrieben wird" ⁹. Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ist zudem "der Theorie und der empirischen Beobachtungen nach ein wichtiger Bestandteil rechtsextremer Einstellungen" ¹⁰. Die Kategorie "Fremdenfeindlichkeit"

- 1, 2 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 38.
- 3, 4 vgl. Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstel-lungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 38.
- 5 Vgl. Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. AGG. Zugegrif-fen am 02.07.2018 http://www.gesetze-im-internet.de/agg/
- 6 Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugend-lichen. Demokratiezentrum Baden-Württemberg, Sersheim, 2016, S. 6.
- 7 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 37.
- 8 Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M., 3. Auflage, 2015, S. 20.
- 9 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellun-gen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn. 2016. S. 38.
- 10 Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellun-gen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 38.

weist folglich eine starke Verbindung zur Kategorie "Abwertung von Asylsuchenden" auf. Die zehn in der Kategorie "Fremdenfeindlichkeit" erhobenen Meldungen geben keinen Hinweis auf eine Zugehörigkeit der Betroffenen zur Gruppe der Asylsuchenden, umgekehrt kann aber ein Zusammenhang der Asylsuchenden mit dem Merkmal "fremd" hergestellt werden. Die große Differenz der Zahlen für "Fremdenfeindlichkeit" mit fünf Fällen und "Abwertung von Asylsuchenden" mit 215 Fällen unterstreicht diese Hypothese.

Abwertung von Asylsuchenden

Die Kategorie "Abwertung von Asylsuchenden" beschreibt die "Unterstellung, Asylsuchende beziehungsweise geflüchtete Menschen würden Notlagen nur vortäuschen und zum Beispiel das Sozialsystem ausnutzen" ¹¹. Menschen die dies behaupten verdrängen oder leugnen die Tatsache, dass Asylsuchende Menschen auch vor Kriegen oder Verfolgung fliehen und beziehen dies nicht in ihre Äußerungen und Handlungen mit ein.

Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Phänomenbereich Rechtsextremismus sei darauf hingewiesen: "je eher [Befragte] misstrauisch gegenüber der Demokratie sind […] desto negativer ist ihre Haltung gegenüber Geflüchteten" ¹². Das zeigt sich besonders durch die hohe Fallzahl von 215 Vorfällen in diesem Bericht. Die Vorfälle setzen sich aus strafrechtlich relevanten Vorkommnissen wie z. B. Volksverhetzung, Sachbeschädigung oder Beleidung zusammen. Darüber hinaus fallen unter diese Kategorie aber auch Übergriffe auf Unterkünfte für Asylsuchende wie z. B. Brandstiftung.

Islamfeindlichkeit

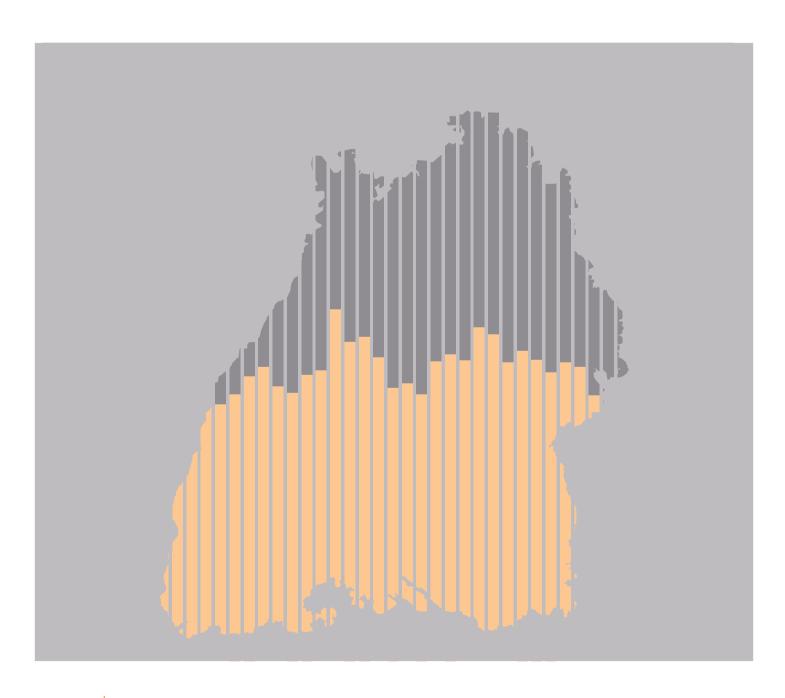
Antimuslimische Handlungen oder Islamfeindlichkeit beziehen sich auf Handlungen gegen Menschen, die unmittelbar oder mittelbar der Personengruppe muslimischen Glaubens zugeordnet werden können. Menschen muslimischen Glaubens wird unterstellt, "durch ihre Zugehörigkeit zum Islam, durch ihre Kultur oder ihre öffentlich-politischen wie religiösen Aktivitäten und Verhaltensweisen, die unhinterfragt der Religion zugeschrieben werden" 13, eine Bedrohung zu sein. So sind beispielsweise gläubige muslimische Frauen durch die Sichtbarkeit ihrer religiösen Überzeugung besonders Diskriminierung ausgesetzt. Dies zeigt auch der Verweis auf fehlende Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern welcher "nicht selten undifferenziert der Religion insgesamt zugeschrieben [wird], um dann als Legitimation für eine pauschalisierte Abwertung herangezogen zu werden." 14 Im vorliegenden Bericht konnten im Bereich der Islamfeindlichkeit 38 Fälle und Ereignisse erfasst werden.

¹¹ Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn. 2016. S. 39.

¹² Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn. 2016. S. 106.

^{13, 14} Zick, Andreas; Küpper, Beate; Krause, Daniela: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellun-gen in Deutschland 2016. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn, 2016, S. 39.

Folgerungen



Regionale Regelstrukturen stärken – Bildungsangebote ausbauen

Wesentliches konzeptionelles Merkmal der Arbeit des Demokratiezentrums ist die Stärkung von Menschen, die sich vor Ort für ein demokratisches und friedliches Miteinander einsetzen. Hierfür werden unterschiedliche Beratungsangebote und Formate der politischen Bildungsarbeit bereitgestellt. So wurden in einigen Stadt- und Landkreisen Regionale Demokratiezentren eingerichtet, die vor Ort tätig sind. Die im Bericht deutlich gewordene landesweite Streuung der Vorfälle und deren inhaltliche Differenzierung zeigen, wie wichtig es ist, unter Einbezug bestehender Regelstrukturen Anlauf- und Beratungszentren aufzubauen, die Bedarfe vor Ort wahrnehmen, entsprechende Angebote umsetzen und präventive Bildungsmaßnahmen koordinieren. Da Demokratie ein ständiger Aushandlungsprozess über das Wie des Zusammenlebens und der Teilhabe ist, bedarf es einer dauerhaften Sicherstellung und eines Ausbaus der im Demokratiezentrum zusammengefassten Angebote, um nachhaltig in der Fläche wirken zu können.

Wesentlich für eine erfolgreiche Arbeit gegen demokratiefeindliche Tendenzen ist dabei die Fortbildung und zertifizierte Qualifizierung von Fachkräften der Jugendarbeit, Schulsozialarbeit und von Lehrkräften. Diese Fachkräfte sichern nach erarbeiteten Standards die Qualität der Angebote und Beratungsleistungen ab und organisieren ihrerseits regionale Qualifizierungsangebote. Damit wird nicht nur eine nachhaltige strukturierende Kompentenzerweiterung zivilgesellschaftlicher Akteure erreicht, sondern es entstehen zudem moderierte regionale Netzwerke, die im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention hohe Reichweiten in jeweiligen Zielgruppen erreichen. Als wesentliche Stütze kommen für die intensive Fallbearbeitung vor Ort, die über die üblichen Mittel hinausgeht, die Expertinnen und Experten der Mobilen Beratung und aus dem Beratungsnetzwerk hinzu.

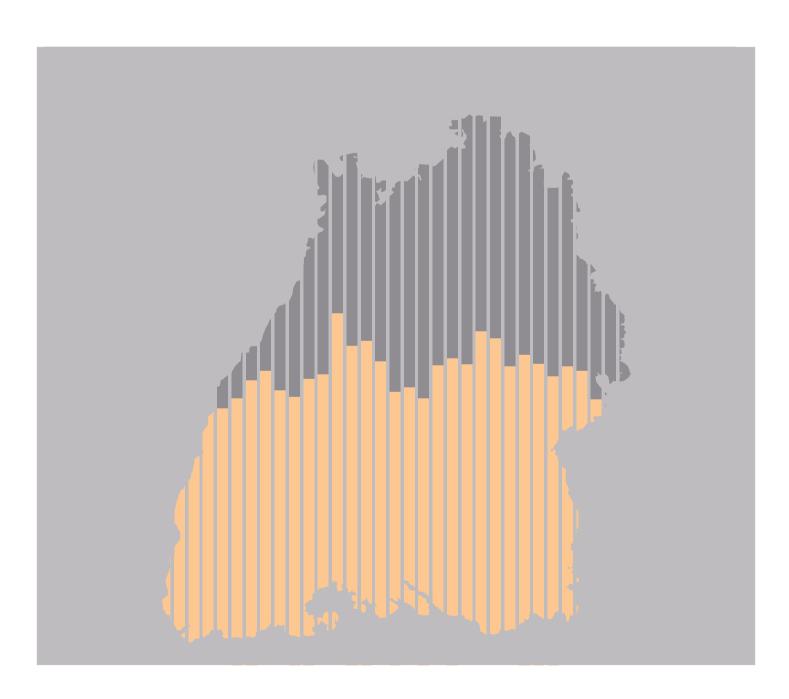
Diese Expertinnen und Experten werden bei komplexen Beratungsanfragen vor Ort aktiv. Die Vielzahl und Vielschichtigkeit der aufgeführten Fälle und die Wandelbarkeit der extremistischen Szenen verdeutlichen, dass Beratung – sei es von Betroffenen, die für sich und ihr Umfeld Unterstützung und Stärkung erhoffen, oder von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die selbst aktiv für Demokratie eintreten wollen – immer neuen Herausforderungen gegenübersteht. Umso zentraler ist eine differenzierte inhaltliche Weiterentwicklung und ein Ausbau dieser Qualifizierungen.

Damit bereits im Vorfeld von auftretenden "Fällen" präventiv gearbeitet werden kann, werden im Demokratiezentrum Programme umgesetzt, evaluiert und weiterentwickelt, die sich in der praktischen Umsetzung bewährt haben. Das Programm "Jugend BeWegt – Politik konkret" verankert Jugendbeteiligung als Qualitätsmerkmal von Kommunen in Regelstrukturen. Das Programm "Vielfaltcoach" qualifiziert Jugendliche in einer viertägigen Ausbildung in den Bereichen Menschenrechtsbildung, Demokratie, Hass im Netz und Fake News. Die Absolventinnen und Absolventen dieser Ausbildung setzen Aktionen und Projekte zu diesen Themen in ihrer unmittelbaren Lebenswelt wie Verein, Jugendtreff oder Schule um. Die Meldestelle "respect!" ermöglicht es, Vorfälle von politisch motivierter Hetze in den sogenannten Sozialen Netzwerken zur Anzeige zu bringen, bzw. vermittelt eine Verweisberatung. Die in diesem Bericht genannten Vorfälle können bei Betroffenen das Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht erzeugen. Mit der Meldestelle ist es erstmals möglich, Vorfälle, die Merkmale von Straftaten aufweisen, zu verfolgen, ohne als Betroffener selbst Anzeige erstatten zu müssen. Dem Hass im Netz kommt laut Bericht eine immer stärkere Bedeutung zu. Für junge Erwachsene und Jugendliche ist es schwierig, die Gefährlichkeit zu deuten,

die durch Extremismus, Populismus und Aufrufe zu Gewalt und Hass entstehen kann, und diese dementsprechend zu reflektieren. Hier wirkt das Programm "Da.Gegen.Rede" mit Angeboten der Sensibilisierung und Qualifizierung von Fachleuten der Jugendarbeit und Jugendlichen zur Stärkung im aktiven Umgang mit Hass im Netz. In der alltäglichen Arbeit des Demokratiezentrums zeigt sich, dass die Nachfrage die Angebotskapazität deutlich übersteigt. Dementsprechend sind im Feld der Demokratieförderung in Baden-Württemberg die Angebote ressourceneffizient unter Berücksichtigung bestehender Formate und unter Einbezug und in enger Abstimmung mit weiteren Akteuren im Themenfeld weiterzuentwickeln und auszubauen.

Darstellung der ausgewerteten Vorfälle und Ereignisse 2017

Vorfälle und Ereignisse im Phänomenbereich religiös begründeter Extremismus sind mit 🔲 gekennzeichnet.



Januar 2017

Böllerwurf auf Wohncontainer von Asylbewerbern

In der Silvesternacht wurde ein Feuerwerkskörper auf einen von Asylsuchenden als Unterkunft genutzter Container im Kraichtaler Stadtteil Münzesheim geworfen. Die Verglasung der Eingangstür und mehrere Beleuchtungseinrichtungen wurden durch die Explosion des Böllers beschädigt, der Schaden wurde auf circa 3.000 Euro geschätzt. Mehrere Asylbewerber, die sich während des Vorfalls in dem Container aufhielten, blieben unverletzt. Die Polizei hat Reste des Feuerwerkskörpers gesichert und Zeugen gebeten, sich zu melden.

ji DATEN 01.01.2017, Kraichtal (Landkreis Karlsruhe), Internetaufruf: 23.02.2018

QUELLEN Polizeipräsidium Karlsruhe

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110972/3524687

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

••••••

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Bad Rappenau kam es am 1. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

ฏ์ DATEN 01.01.2017, Bad Rappenau (Landkreis Heilbronn)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 1. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

......

n DATEN 01.01.2017, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Singen kam es am 2. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

02.01.2017, Singen Hohentwiel (Landkreis Konstanz)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

......

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ketsch kam es am 3. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

Q QUELLE

03.01.2017, Ketsch (Rhein-Neckar-Kreis)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ötisheim kam es am 3. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

03.01.2017, Ötisheim (Enzkreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 5. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

05.01.2017, Karlsruhe

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

......

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 5. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

05.01.2017, Karlsruhe

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Waiblingen kam es am 6. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 06.01.2017, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 6. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

<u>អ្</u>ព័ DATEN 06.01.2017, Karlsruhe

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gundelfingen kam es am 8. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ប្តី DATEN 08.01.2017, Gundelfingen (Landkreis Breisgau-

Hochschwarzwald)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Neckargemünd kam es am 8. Januar zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 08.01.2017, Neckargemünd (Rhein-Neckar-Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Flugblätter in Parkhaus

In einem Parkhaus in Marbach am Neckar haben Unbekannte am 5. Januar mehrseitige Flugblätter mit Verschwörungstheorien bezüglich des Holocausts unter die Scheibenwischer der abgestellten Fahrzeuge geklemmt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und Zeugen um Hinweise gebeten.

ក្នុំ DATEN 09.01.2017, Marbach am Neckar (Landkreis Ludwigsburg),

Internetaufruf: 15.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110974/3530170

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Offenburg kam es am 9. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN 09.01.2017, Offenburg (Ortenaukreis)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 10. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Nötigung §240 StGB.

10.01.2017, Reutlingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 10. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Nötigung §240 StGB.

10.01.2017, Reutlingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 10. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

10.01.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Stuttgart kam es am 10. Januar zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

10.01.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Leimen kam es am 11. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

11.01.2017, Leimen (Rhein-Neckar-Kreis)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Furtwangen kam es am 11. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

......

naten 11.01.2017, Furtwangen im Schwarzwald (Schwarzwald-

Baar-Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Aalen kam es am 12. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🕺 DATEN 12.01.2017, Aalen (Ostalbkreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 13. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verleumdung §187 StGB.

👸 DATEN 13.01.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Eppelheim kam es am 16. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ndaten Quelle

16.01.2017, Eppelheim (Rhein-Neckar-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hockenheim kam es am 16. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

16.01.2017, Hockenheim (Rhein-Neckar-Kreis)

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 16. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

16.01.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Baden-Baden kam es am 17. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN

17.01.2017, Baden-Baden

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Rechter pöbelt bei Narrensprung

Beim Narrensprung in der Gemeinde Grünkraut am 15. Januar ist ein 47 Jahre alter Mann mit fremdenfeindlichen und verfassungswidrigen Aussagen auffällig geworden. Laut Polizeiangaben sei der Mann zu einem Streifenwagen gegangen und habe die Beamten gefragt, ob sie nichts Besseres zu tun hätten. Beim Weitergehen habe er dann "Heil Hitler" gerufen. Während einer daraufhin erfolgten Personenkontrolle habe er den Polizisten gegenüber geäußert, bald den sogenannten "Reichsbürgern" anzugehören und sie gefragt, warum sie nicht "Kanaken" jagten. Auf den Hinweis,

dass er eine Straftat begehe, habe er dann nochmals "Heil Hitler" gerufen. Die Polizei hat Ermittlungen gegen den Mann aufgenommen.

n DATEN

18.01.2017, Grünkraut (Landkreis Ravensburg), Internet-

aufruf: 23.02.2018

Q QUELLE

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreisoberschwaben/kreis-ravensburg/Fremdenfeindliche-AEusserungen-Aggressiver-Mann-poebelt-bei-Narrensprung;art372481,9092017

Betreiber von Neonazi-Portal angeklagt

Die Bundesanwaltschaft hat am Oberlandesgericht Stuttgart Anklage wegen Volksverhetzung und der Gründung oder Mitgliedschaft in einer rechtsterroristischen Vereinigung gegen die Betreiber des inzwischen verbotenen Internetportals "Altermedia" erhoben. Die beiden Rädelsführer, ein 28-jähriger Mann und eine 48-jährige Frau, wurden bereits im Januar 2016 festgenommen, waren aber bei der Anklageerhebung nicht mehr in Untersuchungshaft.

"Altermedia" diente laut Bundesanwaltschaft der "massenhaften und systematischen Verbreitung rechtsextremistischen und nationalsozialistischen Gedankenguts". Die Seite rief zur Gewalt gegen Ausländer auf und der Holocaust wurde geleugnet. Die ideologischen Leitlinien sollen die Hauptangeklagten vorgegeben haben, Aufgabe der mitangeklagten Moderatoren soll es gewesen sein, Beiträge in den Foren freizuschalten. Um sich staatlichen Zugriffen in Deutschland zu verweigern, sollen die Hauptbeschuldigten das Portal erst über einen US-amerikanischen und dann über einen russischen Server betrieben haben.

Folgemeldungen zu "Betreiber von Neonazi-Portal angeklagt" vom 18.01.2017

Am 19. Oktober hat sich der 28-jährige Hauptangeklagte aus St. Georgen zu den Anschuldigungen gegen ihn im Prozess um das verbotene Internetportal "Altermedia" geäußert. Der gelernte Informationstechniker gab vor dem Oberlandesgericht Stuttgart zu, das Portal, gemeinsam mit der 48-jährigen zweiten Hauptangeklagten, als Administrator betrieben zu haben und rechtfertigte die dort verbreiteten Inhalte mit der Meinungsfreiheit. Darüber, dass die auf "Altermedia" ausgeübte Meinungsfreiheit die Rechte anderer Gruppen verletzte, wollte sich der Hauptangeklagte weiter keine Gedanken gemacht haben. Er bereue jedenfalls nichts und an seiner politischen Überzeugung habe sich auch seit dem Verbot von "Altermedia" nichts geändert.

Im Prozess um das verbotene Internetportal "Altermedia" gab das Oberlandesgericht Stuttgart die Urteile bekannt. Der für die technische Infrastruktur verantwortliche 29-jährige Hauptangeklagte erhielt eine Freiheitsstrafe von zweieinhalb Jahren, seine für die Inhalte des Portals zuständige 49-jährige Miträdelsführerin erhielt eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren. Zwei für ihre Moderatorentätigkeit bei "Altermedia" angeklagte Frauen erhielten Bewährungsstrafen von acht und 15 Monaten.

<u>ព</u>្ឋំ DATEN

18.01.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 15.01.2018

QUELLEN Pforzheimer Zeitung

https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Betreiber-des-verbotenen-NeonaziPortals-Altermediaangeklagt-_arid,1144627.html

Südkurier

https://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/Prozess-um-Internetportal-Altermedia-Schwarzwaelder-Rechtsextremist-sieht-sich-im-Recht;art417930,9462701?utm_term=Autofeed&utm_campaign=Echobox&utm_medium=Social&wt_mc=facebook.skwww.fallback.echobox&utm_source=Twitter#link_time=1508501987Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/das-ziel-war-volksverhetzung--149186560.html

Drei Männer im Departement Bas-Rhin wegen terroristischer Vereinigung festgenommen

Im Departement Bas-Rhin wurden drei Männer wegen terroristischer Vereinigung (association de malfaiteurs terroriste délictuelle) und der Absicht, nach Syrien und in den Irak auszureisen, festgenommen und verhört. Einer der Männer war bereits zuvor durch seine Beteiligung am sogenannten "Straßburger Dschihadisten-Ring" auffällig geworden und wurde deshalb in einem Deradikalisierungszentrum in Pontourny betreut.

n DATEN

19.01.2017, Straßburg, Wissembourg, Schiltigheim,

Internetaufruf: 29.03.2018

Q QUELLE

L'Express

https://www.lexpress.fr/actualite/societe/flic-platrierrepenti-qui-sont-les-djihadistes-arretes-dans-le-basrhin 1870737.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Dettingen unter Teck kam es am 19. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n daten

19.01.2017, Dettingen unter Teck (Landkreis Esslingen)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Unterkunft für Geflüchtete in Brand gesteckt

In der Nacht zum 20. Januar brannte im hohenlohischen Neuenstein eine Flüchtlingsunterkunft. Da das Feuer sich von mehreren Brandherden ausbreitete, ging die Polizei von Brandstiftung aus und hat den Staatsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet. Innenminister Strobel kündigte an, die Straftat werde "mit aller Intensität und Konsequenz" verfolgt und den Täter erwarte "eine harte Gefängnisstrafe". Bereits zwei Monate zuvor wurde im Nachbarort Pfedelbach ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete verübt.

Folgemeldungen zu "Unterkunft für Geflüchtete in Brand gesteckt" vom 20.01.2017

Laut der Stuttgarter Staatsanwaltschaft gab es Hinweise darauf, dass die Beschuldigten aus dem Umfeld der Vereinigung "Hohenlohe wacht auf" stammen sollten. Seit Herbst 2015 organisiert die Gruppierung rechte Versammlungen in Öhringen, bei denen auch prominente Redner der rechten Szene auftreten.

Das Landgericht Heilbronn hat die Brandstifter an der Flüchtlingsunterkunft in Neuenstein zu Haftstrafen verurteilt. Der 33-jährige Mechaniker muss für vier Jahre und zehn Monate ins Gefängnis, sein 24-jähriger Komplize für vier Jahre und sieben Monate. Die Urteilsverkündung beinhaltete neben Brandstiftung auch Verstöße gegen das Waffengesetz.

Den Brandanschlag hatten die beiden Männer über Wochen geplant, Fremdenfeindlichkeit und Geltungssucht in der rechten Szene waren ihre Motive. Sie wollten insgesamt vier der sechs Gebäude der Flüchtlingsunterkunft anzünden, aber nur in zweien wirkten die Brandbeschleuniger.

n DATEN

20.01.2017, Neuenstein (Hohenlohekreis), Internetaufruf: 12.01.2018

Q QUELLEN

Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
https://www.swr.de/swraktuell/bw/heilbronn/
fluechtlingsunterkunft-in-neuenstein-erneutbrandstiftung-im-hohenlohekreis/-/id=1562/
did=18867388/nid=1562/1e4xo0p/index.html
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146
http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf
Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/hohenlohe/nachrichten/sonstige-Blick-auf-die-rechte-Szene-in-

Hohenlohe;art1919,3793627

Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/ Prozesse-Brandstiftung-Urteile-Baden-Wuerttemberg-Geplantes-Fluechtlingsheim-angezuendet-Haftstrafen;art19070,3938116

Verunsicherung durch "Reichsbürger"

Verunsichert riefen kurz vor dem Jahreswechsel 2016/2017 mehrere Grundbesitzer aus Villingen-Schwenningen bei der Grundbucheinsichtsstelle an und fragten nach der "Mutterrolle", die sie von der städtischen Behörde ausgehändigt bekommen wollten. Hintergrund waren Behauptungen sogenannter "Reichsbürger", dass Grundeigentümer ihr Eigentum an Häusern und Grundstücken zum Jahresende an die EU verlören, wenn sie ihre Eigentumsrechte nicht bis dahin beim Katasteramt geltend machen würden. Nur mit viel Überzeugungsarbeit gelang es den Beschäftigten der Behörde oft, die besorgten Bürger zu beruhigen und davon zu überzeugen, dass ihr Eigentum nicht in Gefahr ist.

Ähnliche Erfahrungen wie die Verwaltung in Villingen-Schwenningen haben Städte und Gemeinden in ganz Deutschland in den letzten Jahren immer häufiger gemacht. Immer wieder versuchen die sogenannten "Reichsbürger" öffentliche Verwaltungen lahmzulegen, indem sie unsinnige Leistungen nachfragen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in langwierige Diskussionen darüber verwickeln. Auch der Deutsche Städtetag hat bereits eine umfangreiche Stellungnahme zum Umgang mit "Reichsbürgern" abgegeben.

n DATEN

20.01.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-

Kreis), Internetaufruf: 15.01.2018

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.villingenschwenningen-reichsbuerger-sorgen-fuer-aufregung. cdc525aa-89fc-4a76-ac2a-7d3f0218cea5.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Öhringen kam es am 20. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

•••••

n DATEN

20.01.2017, Öhringen (Hohenlohekreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Öhringen kam es am 23. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN

TEN 23.01.2017, Öhringen (Hohenlohekreis)

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwetzingen kam es am 23. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

ndaten Quelle

23.01.2017, Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

.....

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 24. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinschädliche Sachbeschädigung §304 StGB.

n DATEN

24.01.2017, Karlsruhe

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Pforzheim kam es am 25. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

25.01.2017, Pforzheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Illegale Waffen beschlagnahmt

In elf Bundesländern hat die Zollfahndung am 24. Januar 33 Wohnungen, Hotelzimmer und Geschäftsräume nach illegal im Internet erworbenen Waffen durchsucht und dabei 42 Schusswaffen sichergestellt. Den größten Fund machten die Ermittler dabei bei einem 63-Jährigen im Landkreis Lörrach. Sieben illegale, zum Teil geladene Waffen und 120 Schuss Munition wurden bei ihm beschlagnahmt. Einige der insgesamt 29 Verdächtigen, denen die Aktion galt, werden nach Angaben der Zollfahndung der rechten Szene und den sogenannten "Reichsbürgern" zugeordnet.

n DATEN

25.01.2017, Landkreis Lörrach, Internetaufruf:

16.01.2018

Q QUELLE

Südkurier

https://www.suedkurier.de/nachrichten/badenwuerttemberg/Ermittler-stellen-bundesweit-42-Waffen-sicher-groesster-Fund-im-Kreis-

Loerrach;art417930,9102055

Polizei findet Waffen und Sprengstoff

Bei einer bundesweiten Razzia gegen eine Gruppe rechtsextremer Terrorverdächtiger hat die Polizei am 25. Januar zwei Männer aus dem Rhein-Neckar-Kreis festgenommen. Insgesamt wurden von circa 200 Beamten zwölf Wohnungen in sechs Bundesländern durchsucht und dabei Schusswaffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. Nach Angaben des baden-württembergischen Innenministers Thomas Strobl (CDU) richtete sich die Polizeiaktion auch gegen die "Reichsbürger"-Szene. Einer der beiden Festgenommenen ist ein 66-jähriger selbsternannter Druide aus Schwetzingen. Er gilt als Hauptverdächtiger und Initiator der Gruppe, die Anschläge auf Juden, Asylbewerber und Polizisten in ganz Deutschland geplant haben soll. Der Mann ist bereits mehrfach, unter anderem wegen Volksverhetzung, vorbestraft und soll der "Reichsbürger"-Bewegung nahestehen. Die als unpolitisch geltende Druidenszene hatte den Mann bereits mehrere Jahre zuvor wegen seiner rechtsextremen, anti-semitischen und islamfeindlichen Hetze ausgeschlossen.

n DATEN

25.01.2017, Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis),

Internetaufruf: 08.01.2018

QUELLEN

Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/mannheim/durchsuchungen-gegen-rechtsextreme-polizei-fandinstabilen-sprengstoff/-/id=1582/did=18891592/nid=1582/11p9ldn/index.html

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 26. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN

26.01.2017, Göppingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 26. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN

26.01.2017, Göppingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Baden-Baden kam es am 28. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN 28.01.2017, Baden-Baden

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Horb am Neckar kam es am 28. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN 28.01.2017, Horb am Neckar (Landkreis Freudenstadt) Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Besigheim kam es am 29. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN 29.01.2017, Besigheim (Landkreis Ludwigsburg) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Rechte greifen jungen Punker an

Ein 18-Jähriger aus einer größeren Gruppe von Jugendlichen und Heranwachsenden der Punkerszene ist am Abend des 28. Januar in Singen von drei Männern aus der rechten Szene angegriffen und verletzt worden. Die Männer seien nach Schilderungen des Verletzten rechtsradikale Parolen rufend auf ihn zugegangen, einer habe ihn dann festgehalten und ihm einen Kopfstoß versetzt, ein anderer habe ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Als Mitglieder der Punkergruppe die Polizei verständigt haben, sind die drei Angreifer geflüchtet. Polizeiliche Ermittlungen wegen der Körperverletzung wurden eingeleitet.

n DATEN 29.01.2017, Singen (Landkreis Konstanz), Internetaufruf:

23.02.2018

Q QUELLE Südkurier

> https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/singen/ Junger-Punker-in-Singen-angegriffen-Polizei-ermittelt-

gegen-drei-Maenner;art372458,9107162

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Bruchsal kam es am 29. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN Q QUELLE 29.01.2017, Bruchsal (Landkreis Karlsruhe) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Denkendorf kam es am 29. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

29.01.2017, Denkendorf (Landkreis Esslingen)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schuttertal kam es am 29. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

29.01.2017, Schuttertal (Ortenaukreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Freiburg entwaffnet "Reichsbürger"

Bereits seit Herbst 2016 hat das Amt für öffentliche Ordnung in Freiburg ein Auge auf sogenannte "Reichsbürger". Wenn Hinweise bestehen, dass jemand der "Reichsbürger"-Bewegung angehört, prüft das Amt, ob die Person im Besitz eines Waffenscheins ist und zieht diesen ein. Üblicherweise wird dabei auch ein Durchsuchungsbefehl beim Verwaltungsgericht beantragt. Im Stadtteil St. Georgen fand die Polizei im Dezember 2016 bei einer solchen Durchsuchung in der Wohnung eines 69-jährigen sogenannten "Reichsbürgers" mehrere Schusswaffen, Messer, Schlagstöcke, Elektroschocker und einige Tausend Schuss Munition, die nicht eingetragen waren.

Nach der bundesweiten Razzia gegen ein rechtsextremes Terrornetzwerk am 25. Januar, bei der ein der "Reichsbürger"-Szene zugerechneter selbsternannter Druide aus Schwetzingen verhaftet

worden war, hatte Innenminister Thomas Strobl (CDU) alle Stadtund Landkreise in Baden-Württemberg angewiesen, sogenannte "Reichsbürger" zu entwaffnen.

ADDITION 30.01.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf:

16.01.2018

Q QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/freiburg/stadt-freiburg-

entwaffnet-reichsbuerger--132986435.html

"Der III. Weg" bleibt in Horb am Neckar aktiv

Immer wieder macht die vom Verfassungsschutz beobachtete rechtsextremistische Kleinpartei "Der III. Weg" in Horb am Neckar auf sich aufmerksam. Im Januar haben die Rechtsextremisten mit einer Futterspende an das Tierheim im Stadtteil Talheim für Aufregung gesorgt, eine Aktion die "Der III. Weg" bei verschiedenen Tierheimen in ganz Deutschland durchgeführt hat, um Werbung für sich zu machen. Auf die Kritik der über die Herkunft der Spenden getäuschten Tierschützer hat die Kleinpartei mit einer Flugblattaktion gegen Menschen, die sich in Horb gegen Rechtsextremismus stark machen, und die Lokalpresse reagiert. In dem Flyer hieß es unter anderem: "Wir von der Partei 'Der III. Weg' lassen solche Hetzereien, die durch lokale Systempresse noch unterstützt und vervielfältigt werden, nicht unkommentiert [...]"

Schon früher gab es Aktionen der rechtsextremistischen Partei in Horb, beispielsweise wurden Flugblätter im Ort verteilt, als es um die Frage der Flüchtlingsunterkunft im Stadtteil Dettingen ging. Auch an einer Bürgerversammlung zur Flüchtlingsunterkunft nahmen die Rechtsextremisten teil und versuchten zu provozieren. Beim Verlassen der Veranstaltung hinterließen sie Flyer von "Der III. Weg".

DATEN 30.01.2017, Horb am Neckar (Landkreis Freudenstadt), Internetaufruf: 15.01.2018

QUELLE Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.horb-a-n-neonazi-partei-ist-weiterhin-aktiv.49dfeeef-f72c-4b50-

ba4d-2897305e202b.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heidenheim an der Brenz kam es am 30. Januar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

••••••

DATEN 30.01.2017, Heidenheim an der Brenz
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Heidenheim an der Brenz kam es am 30. Januar zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ndaten Quelle

30.01.2017. Heidenheim an der Brenz

LE Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

.....

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Hitlergruß beim Neujahrsempfang der AfD

Nach dem Neujahrsempfang der AfD am 27. Januar in Reutlingen wurde gegen einen der Besucher des Empfangs ein Strafverfahren wegen des Zeigens des nach §86a Strafgesetzbuch verbotenen Hitlergrußes eingeleitet. Zuvor war die Veranstaltung von Gegendemonstranten mit Umzugskartons blockiert worden, die teilnehmenden AfD-Anhänger wurden mit Pfiffen und Buhrufen empfangen. Mehr als 100 Polizeibeamte waren vor Ort, um Zwischenfälle zu verhindern. Bis auf einige Pöbeleien und Provokationen blieb der Empfang aber friedlich, Verletzte gab es nicht.

n DATEN

30.01.2017, Reutlingen, Internetaufruf: 21.06.2018

.....

Q QUELLE Südwestpresse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/reutlingen/ hitlergruss-fuehrt-zum-strafverfahren-23314015.html

Februar 2017

Mutmaßlicher Attentäter festgenommen

Ein 21-Jahriger aus dem Rhein-Neckar-Kreis wurde am 2. Februar festgenommen, als er am Frankfurter Flughafen aus Deutschland ausreisen wollte. Der aus Rumänien stammende Mann wird verdächtigt, einen Terroranschlag geplant und vorbereitet zu haben. In seiner Wohnung wurden Aufzeichnungen und elektronische Datenträger beschlagnahmt. Hinweise auf ein konkretes Anschlagsziel fand die Polizei nicht, der Mann soll sich aber im Internet mit anderen Personen über die Vorbereitung eines Anschlags ausgetauscht haben.

🐧 DATEN 03.02.2017, Rhein-Neckar-Kreis / Frankfurt am Main,

Internetaufruf: 16.01.2018

Q QUELLE Pforzheimer Zeitung

https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_ artikel,-21Jaehriger-aus-RheinNeckarKreis-wegen-Anschlagsplaenen-in-Haft-_arid,1147461.html

Rechte Schmierereien auf Sportgelände

Zwischen dem 30. Januar und dem 6. Februar wurden auf dem Vereinsgelände der Freizeitkicker Bernbach in Bad Herrenalb eine Stellplatzüberdachung, ein Verkehrsschild und ein Vereinswappen an einer Garage mit rechtsradikalen Parolen beschmiert. Dabei entstand ein Schaden von circa 500 Euro. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und bat Zeugen um Hinweise.

naten 06.02.2017, Bad Herrenalb (Landkreis Calw), Internet-

aufruf: 23.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110972/3553712

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hechingen kam es am 6. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 06.02.2017, Hechingen (Zollernalbkreis)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/14

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146 http://dipbt.bundestag.de/doc/

btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hechingen kam es am 6. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 06.

06.02.2017, Hechingen (Zollernalbkreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuze auf Scheiben von Fahrschule

Unbekannte haben in der Gemeinde Kleines Wiesental vier Scheiben einer an einer Durchgangsstraße gelegenen Fahrschule beschmiert. Im Zeitraum vom Abend des 2. bis zum frühen Nachmittag des 6. Februar wurden zwei seitenverkehrte Hakenkreuze und zwei Schlangenlinien aufgesprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

n DATEN

08.02.2017, Kleines Wiesental (Landkreis Lörrach),

Internetaufruf: 23.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Freiburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110970/3555252

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rottenburg am Neckar kam es am 8. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politischmotivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

08.02.2017, Rottenburg am Neckar (Landkreis Tübingen)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 9. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen §166 StGB.

1 DATEN

09.02.2017, Reutlingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 9. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

👸 DATEN 09.02.2017, Göppingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mühlacker kam es am 9. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 09.02.2017, Mühlacker (Enzkreis)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Anschlag auf Jugendhaus

In der Nacht zum 09. Februar haben Unbekannte beim Göppinger Haus der Jugend mit einem Stein eine Scheibe eingeschlagen und ein Glas mit stinkender Buttersäure hineingeworfen. Die Polizei ging davon aus, dass mit dem Anschlag eine Filmvorführung der Partei Die Linke und mehrerer Antifa-Gruppen verhindert werden sollte. Gezeigt werden sollte ein Film über die griechische faschistische Partei "Goldene Morgenröte", die laut den Veranstaltern Rechtsradikalen, wie Mitgliedern der rechtsextremen Kleinpartei "Der III. Weg", als Vorbild diene. Der Pressesprecher der Polizei erklärte, es sei wahrscheinlich, dass ein Zusammenhang mit den Attacken auf einen Fotojournalisten und einen Stadtrat der Linkspartei bestehe, die wenige Tage zuvor stattgefunden hatten. Der Staatsschutz und die Kriminalpolizei hätten deshalb die Ermittlungen übernommen, ermittelt werde aber in alle Richtungen.

1 DATEN 09.02.2017, Göppingen, Internetaufruf: 17.01.2018
Q QUELLE Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.goeppingenanschlag-von-rechts-hoellengestank-im-jugendhaus. bfa26d02-dbf8-4bbc-a2b2-24e8540ec66d.html

Nazi-Sprayer festgenommen

Ein 21-jähriger Mann, der den über den Eingangstoren vieler Konzentrationslager angebrachten Spruch "Arbeit macht frei" auf eine Mauer gesprüht hatte, wurde am 7. Februar von einem zufällig anwesenden Kriminalbeamten und einer hinzugerufenen Polizeistreife festgenommen. Die antisemitische Schmiererei fand unweit eines Mahnmals statt, das auf der Wiwili-Brücke am Frei-

burger Hauptbahnhof an die Deportation der Freiburger Juden ins Konzentrationslager Gurs erinnert. Da die Tat politisch motiviert war, hat der Staatschutz Ermittlungen aufgenommen.

🐧 DATEN 09.02.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf:

17.01.2018

QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/freiburg/nazi-schmiererei-an-wiwili-bruecke-polizei-nimmt-21-

jaehrigen-fest--133387463.html

Ausländer als Mieter unerwünscht

In Konstanz hat eine Wohnungsanzeige, in der die Einschränkung "Hausgemeinschaft wünscht keine Ausländer!!" zu lesen war, die Gemüter erregt. Das Inserat stand auf dem Mietportal "vierwaen. de", bei dem auch ein aus Marokko stammender 29-Jähriger eine neue Wohnung für sich und seine Frau gesucht hatte. "Ich war geschockt, als ich das gelesen habe. Ich empfinde es als Zumutung, so etwas in einem Rechtsstaat öffentlich lesen zu müssen", sagte der Mann gegenüber dem Südkurier. Als er auf Facebook seine Empörung über die Anzeige teilte und sie zur Diskussion stellte, erhielt er dafür von vielen Nutzern Zuspruch und Bestätigung.

Auch ein in Konstanz als Rechtsanwalt tätiger CDU-Stadtrat hält die Wohnungsanzeige für unzulässig, da es über das Recht von Eigentümern, über ihre Mieter selbst zu entscheiden, hinausgehe, eine solche Diskriminierung öffentlich und als Voraussetzung für eine Bewerbung zu nennen. Der Vorsitzende des "Mieterbundes Bodensee" zeigte sich von der Diskriminierung wenig überrascht, denn für Ausländer sei es generell schwierig, eine Wohnung zu finden: "Bei vielen reicht schon der Name aus, um nicht zur Besichtigung eingeladen zu werden."

j DATEN 09.02.2017, Konstanz, Internetaufruf: 17.01.2018

QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreiskonstanz/konstanz/Auslaender-als-Mieterunerwuenscht-Konstanzer-Inserat-sorgt-fuer-Aufsehen;art372448,9123745

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Crailsheim kam es am 10. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n Daten 10.02.2017, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

"Reichsbürger" verhaftet

Ein Haftbefehl wegen Fluchtgefahr wurde gegen einen mutmaßlichen sogenannten "Reichsbürger" erlassen. Der Mann hat mehrere Richter im Landgerichtsbezirk Heilbronn mit dubiosen Zahlungsaufforderungen überzogen, weshalb ein Strafverfahren wegen versuchter Nötigung gegen ihn eingeleitet wurde. Einen Richter forderte er nach einem Strafurteil wegen Insolvenzverschleppung auf, eine Legitimation für sein richterliches Wirken und für die Existenz der Bundesrepublik Deutschland vorzulegen, sonst werde er in den USA ein Pfandrecht von zehn Millionen US-Dollar geltend machen und in ein US-Schuldenregister eintragen lassen.

Folgemeldung zu "Reichsbürger verhaftet" vom 13.02.2017

Der 75-jährige Rentner, gegen den seit dem 28. Juni wegen versuchter Nötigung vor dem Heilbronner Landgericht verhandelt wurde, hat eine Bewährungsstrafe von 18 Monaten erhalten. Das umfassende Geständnis des Mannes hat das Landgericht Heilbronn dabei strafmildernd bewertet. Der Mann hatte Richter und Justizmitarbeiter in der Region Heilbronn mit der Eintreibung erfundener Geldforderungen über ein US-amerikanisches Schuldenregister und ein Maltesisches Inkassounternehmen bedroht, die sogenannte Malta-Masche oder auch das Malta-Inkasso.

13.02.2017, Heilbronn / Hohenlohekreis, Internetaufruf: 17.01.2018

Q QUELLEN Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/heilbronn/hn/Richter-genoetigt-Reichsbuerger-kommt-ins-Gefaengnis;art31502,3794739
Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
https://www.swr.de/swraktuell/bw/heilbronn/
malta-masche-vor-dem-landgericht-heilbronnbewaehrungsstrafe-fuer-reichsbuerger/-/id=1562/
did=19815920/nid=1562/145dxu/index.html

Rechte Parolen und Hakenkreuze in Aalen-Wasseralfingen

In der Zeit um das zweite Februarwochenende haben Unbekannte im Aalener Stadtteil Wasseralfingen wiederholt mehrere Wände an einer Schule und ein Wasserreservoir mit rechten Parolen und Hakenkreuzen beschmiert. Es entstand insgesamt ein geschätzter Schaden von circa 1.000 Euro. Die Polizei ging davon aus, dass die Schmierereien alle von denselben Tätern ausgeführt wurden und bat Zeugen um Hinweise.

13./14.02.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 15.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/3560446

Seit Anfang Januar 2017 waren in Aalen-Wasseralfingen immer wieder Schmierereien mit fremdenfeindlichen Parolen und Haken-kreuzen an rund 30 Tatorten entdeckt worden, deren Verursacher nicht ermittelt werden konnte. Mitte Mai war die Serie dann plötzlich abgerissen. Erst als im November erneut Schmierereien derselben Art aufgetaucht waren, konnte die Polizei einen Tatverdächtigen nach der Überwachung zahlreicher möglicher Tatorte festnehmen.

Chronologie der Vorfälle in Aalen-Wasseralfingen

<u>Zweites Februarwochenende</u>: Schmierereien an einer Schule und einem Wasserreservoir

13. + 14.02.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110974/3530170

Zeitraum 28. Februar bis 1. März: Verwüstungen und Hakenkreuzschmierereien an vier muslimischen Gräbern auf dem Wasseralfinger Friedhof

1 DATEN 01.03.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/3574025

18. April: Schmierereien an Stromverteilerkästen

🐧 DATEN 18.04.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

15.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Aalen
https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3615042

19. April: Schmierereien am Wasseralfinger Rathaus, einem Fabrikgelände, einem Stromverteilerkasten, einer Schule und in einer Fußgängerunterführung

19.04.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf: 15.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3615042

Zeitraum 29. April bis 2. Mai: Schmierereien auf der Hauswand einer Firma

DATEN 02.05.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

26.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3625822

<u>8. Mai:</u> Schmierereien am Wasseralfinger Schloss und am Schild der Städtepartnerschaft mit der Stadt Antakya

DATEN 09.05.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

26.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3631506

<u>15. Mai:</u> Schmierereien an einer Sporthalle und einem Stromverteilerkasten auf einem Firmenparkplatz

DATEN 15. + 16.05.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

15.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3615042

Folgeartikel zu "Rechte Parolen und Hakenkreuze in Aalen-Wasseralfingen" vom 13./14.04.2017 Verursacher der Schmierereien in Aalen-Wasseralfingen gefasst

Ende Dezember 2017 hat die Polizei einen Tatverdächtigen für die Serie rechter und fremdenfeindlicher Schmierereien in Aalen-Wasseralfingen festgenommen. Laut Polizeiangaben komme der Mann aus dem Raum Aalen und sei zwischen 18 und 21 Jahre alt. Neben den Schmierereien im Stadtgebiet soll er außerdem für Grabschändungen auf dem Wasseralfinger Friedhof, wo Anfang März vier muslimische Gräber verwüstet und mit Hakenkreuzen beschmiert worden waren, verantwortlich sein. Bei seiner Vernehmung soll der Mann die Taten gestanden und als Motiv dafür Fremdenhass angegeben haben. Polizei und Staatsanwaltschaft haben wegen des Verdachts der Störung der Totenruhe und Volksverhetzung, wegen Sachbeschädigung sowie wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen Ermittlungen gegen ihn eingeleitet.

👸 DATEN 03.01.2018, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

27.02.2018

QUELLE Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/ ostalbkreis/aalen_artikel,-hakenkreuze-polizeischnappt-grabsch%C3%A4nder-_arid,10796924.

html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Aichtal kam es am 14. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN
Q QUELLE

14.02.2017, Aichtal (Landkreis Esslingen)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Waiblingen kam es am 14. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ndaten Quelle

14.02.2017, Waiblingen (Rems-Murr-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Besigheim kam es am 15. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN

15.02.2017, Besigheim (Landkreis Ludwigsburg)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuz auf Jugend- und Kulturzentrum

Auf der Rückseite eines Ellwanger Jugend- und Kulturzentrums wurde am 14. oder 15. Februar ein Hakenkreuz aufgemalt. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden.

n DATEN

16.02.2017, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

23.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

••••••

pm/110969/3562845

Polizei sucht Kriegswaffen bei Reichsbürger

30 Einsatzkräfte durchsuchten am Morgen des 16. Februar die Burladinger Wohnung eines mutmaßlichen "Reichsbürgers" und eine von dem Mann angemietete Garage. Gegen den 55-Jährigen wurde seit Dezember 2016 wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt, weil er

beabsichtigt haben soll, sich Maschinenpistolen und Munition zu beschaffen, teilte die Staatsanwaltschaft in Stuttgart mit. Verbotene Kriegswaffen wurden bei der Polizeiaktion nicht gefunden, aber ein Kleinkalibergewehr mit Munition, drei Mobiltelefone sowie mehrere Terabyte elektronisches Datenmaterial konnten sichergestellt werden. Der mutmaßliche "Reichsbürger" blieb nach der Durchsuchung auf freiem Fuß.

n DATEN 17.02.2017, Burladingen (Zollernabkreis), Internetaufruf:

18.01.2018

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

> https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.burladingenreichsbuerger-im-visier-des-lka.7d53f413-85cb-4b06-

9708-d83c3caf75dd.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mosbach kam es am 18. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

18.02.2017, Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis) n DATEN Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

> http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Albstadt kam es am 19. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 19.02.2017, Albstadt (Zollernalbkreis) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146 http://dipbt.bundestag.de/doc/

btd/19/001/1900146.pdf

...... Auto mit Hakenkreuz zerkratzt

Zwischen dem Nachmittag des 18. und dem Morgen 19. Februar wurde an einem in Todtnau geparkten Auto die hintere rechte Tür mit einem seitenverkehrten Hakenkreuz zerkratzt. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen und um Hinweise zu den unbekannten Tätern gebeten.

n DATEN 20.02.2017, Todtnau (Landkreis Lörrach), Internetaufruf:

23.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Freiburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110970/3565110

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Klettgau kam es am 20. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN Q QUELLE 20.02.2017, Klettgau (Landkreis Waldshut) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuz an Waldorfschule

Am Wochenende des 19. und 20. Februar wurde ein Fenster der Waldorfschule in Freudenstadt mit einem Hakenkreuz besprüht. Sachschaden entstand nicht, die Schmiererei konnte wieder entfernt werden. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet und bat um Hinweise auf die unbekannten Täter.

n DATEN

21.02.2017, Freudenstadt, Internetaufruf: 18.01.2018

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

> https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt. blaulicht-vom-21-februar-unbekanntespruehen-hakenkreuz-an-schule.95f70076-8823-4db3-a780-ebb722bf8b81.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schorndorf kam es am 22. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

22.02.2017, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Waldkirch kam es am 24. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN

24.02.2017, Waldkirch (Landkreis Emmendingen)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Absender mysteriöser Briefe gefunden



Zwischen August und Dezember 2016 erhielten circa 20 Empfänger im Kreis Böblingen mysteriöse Post. Der Brief ohne Absender

enthielt einen 100-Euro-Schein und einen Werbeflyer für die später verbotene, radikal-salafistische Organisation "Die wahre Religion". Im Februar konnte die Polizei den Absender, einen 30-Jährigen aus dem Kreis Böblingen, durch den Hinweis einer Internetbekanntschaft des Mannes ermitteln. Da es keine Hinweise auf Radikalität gegeben habe, müsse er laut Polizei aber mit keinen Konsequenzen rechnen. Als Motiv gab der Mann an, er habe die Neugier der Menschen auf den Islam wecken wollen. Das Geld dürfen die Empfänger der Briefe behalten.

n DATEN

24.02.2017, Landkreis Böblingen, Internetaufruf:

18.01.2018

QUELLE

Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.100-euroschein-und-koransure-verschickt-polizei-findetabsender-der-mysterioesen-briefe.aa523583-a208-4336-8ca1-2fa04d5df692.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heidelberg kam es am 25. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

25.02.2017, Heidelberg

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heidelberg kam es am 26. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

26.02.2017, Heidelberg

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Betrunkener grüßt Polizei mit Nazi-Gruß

Am 24. Februar hat ein 26-Jähriger eine Streife der Bundespolizei am Laufenburger Bahnhaltepunkt mit "Sieg Heil" und "Heil Hitler" begrüßt. Bei einer anschließenden Feststellung seiner Personalien war der erheblich angetrunkene Mann nicht bereit, sich auszuweisen. Als die Beamten ihn daraufhin nach Ausweispapieren durchsuchten, leistete er erheblichen Widerstand und beleidigte sie aufs Übelste. Ein Strafverfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Beleidigung und dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen wurde eingeleitet.

n DATEN

27.02.2017, Laufenburg (Landkreis Waldshut), Internet-

aufruf: 23.02.2018

Q QUELLE

Polizeiinspektion Weil am Rhein

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/116094/3571740

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Tübingen kam es am 27. Februar zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN

27.02.2017, Tübingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Hakenkreuz auf Motorhaube

Drei auf einem Schulhof abgestellte Autos haben Unbekannte am Abend des 23. Februar in Dürrmenz, einem Stadtteil von Mühlacker, zerkratzt. Bei einem der Fahrzeuge wurde ein Hakenkreuz in die Motorhaube geritzt, außerdem zogen sich lange Kratzer über die Haube und von der Fahrertür bis zum Rücklicht. Da das eingeritzte Hakenkreuz unter das Verbot von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen fällt, wurde die Kriminalpolizei zu den Ermittlungen hinzugezogen.

n DATEN

28.02.2017, Mühlacker (Enzkreis), Internetaufruf: nur mit

Abo möglich

Q QUELLE

Mühlacker Tagblatt

https://muehlacker-tagblatt.de/region-muehlacker/induerrmenz-hakenkreuz-verschandelt-motorhaube/

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heidelberg kam es am 28. Februar zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 28.02.2017, Heidelberg

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

•••••••••••••••••••••••••••••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Festnahme von vier Jugendlichen wegen Terrorverdacht

Vier Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren wurden in einem Vorort von Paris sowie in Mulhouse wegen des Verdachts auf Verbindungen zu terroristischen Netzwerken festgenommen. Die Gruppe nannte sich "Die Löwinnen" (Les Lionnes) und stand über den Nachrichtenmessenger Telegram in Kontakt zu einem Dschihadisten, der im Irak getötet wurde, zuvor aber mehrere Attentate in Frankreich geplant hatte.

n DATEN Q QUELLE 28.02.2017, Mulhouse/Paris, Internetaufruf: 29.03.2018

Le Parisien

http://www.leparisien.fr/creil-60100/creil-interpellation-

d-une-lyceenne-suspectee-de-preparer-unattentat-28-02-2017-6719139.php

••••••

März 2017

Zehn Monate Haft für "Reichsbürger"

Das Amtsgericht Böblingen verurteilte einen der "Reichsbürger"Bewegung zugerechneten Mann aus Jettingen zu zehn Monaten
Haft ohne Bewährung, weil er wiederholt ohne Führerschein gefahren war. Zwei Gerichtsvollzieher hatten den 65-Jährigen angezeigt, nachdem sie ihn im August und Herbst 2016 am Steuer
eines Autos gesehen hatten. Nach der zweiten Anzeige hatte die
Polizei den Jettinger bei seinem Vergehen ertappt. Der Angeklagte
hatte schon acht Einträge im Vorstrafenregister, darunter veruntreuende Unterschlagung, Insolvenzverschleppung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte mit Beleidigung und mehrmaliges Fahren trotz Fahrverbot. Wegen des Fahrens ohne Führerschein war er
schon vorher zu einer mehrmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. In der Urteilsbegründung hielt der Richter
fest, dass der Angeklagte die staatliche Gewalt nicht anerkennt.

🐧 DATEN 01.03.2017, Böblingen, Internetaufruf: nur mit Abo

verfügbar

Q QUELLE Kreiszeitung Böblinger Bote

https://www.krzbb.de/krz_52_111279762-13-_

Amtsgericht-verurteilt-Reichsbuerger-zu-Haftstrafe.html

Hitlergruß und Faustschlag gegen Polizisten

In der Festhalle im Schopfheimer Stadtteil Wiechs hat in der Nacht zum 3. März ein alkoholisierter 25-Jähriger beim Verlassen der dort stattfindenden Buurefasnacht einem Polizeibeamten den Hitlergruß gezeigt. Als er anschließend kontrolliert werden sollte, leistete er erheblichen Widerstand und verletzte einen Beamten mit einem Faustschlag auf die Nase so schwer, dass dieser ins Krankenhaus musste. Danach versuchte sein ihn begleitender Zwillingsbruder die Festnahme des Mannes zu verhindern und zerrte äußerst aggressiv an der Kleidung eines Beamten, um ihn wegzuziehen und seinen Bruder zu befreien. Erst durch den Einsatz von Pfefferspray konnte er aufgehalten werden, eine Polizistin wurde durch das Spray leicht verletzt. Schließlich wurden beide Brüder in Gewahrsam genommen, die Polizei hat Anzeigen gegen sie wegen Widerstand, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung angekündigt.

DATEN 03.03.2017, Schopfheim (Landkreis Lörrach), Internetauf-

ruf: 23.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Freiburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110970/3575529

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 3. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

👸 DATEN 03.03.2017, Göppingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sulz am Neckar kam es am 4. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n daten C

04.03.2017, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Banner am Blaubeurer Tor

Mitglieder der identitären Bewegung "Europa Jugend Reconquista" haben in der Nacht zum 4. März ein Banner an das Blaubeurer Tor in Ulm gehängt, um auf ihre Gruppierung aufmerksam zu machen. Die Polizei konnte die Personen noch antreffen und veranlasste die Abnahme des Banners.

n DATEN

05.03.2017, Ulm, Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/blaulicht/ulmneu-ulm/banner-am-blaubeurer-toraufgehaengt-23366419.html

2.100 Euro Strafe wegen Foto auf Facebook

Ein Polizeibeamter war im Zuge von Ermittlungen in einer anderen Sache auf ein Foto eines 36-Jährigen bei Facebook gestoßen, das diesen mit auf seinen Oberkörper tätowierten, verbotenen rechtsnationalen Symbolen zeigt. Wegen Zeigens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in der Öffentlichkeit wurde der Mann für die Veröffentlichung des Fotos in seinem Facebook-Auftritt vom Amtsgericht Singen zu einer Geldstrafe von 2.100 Euro verurteilt. Da das Foto über mehrere Tage auch für Nutzer zugänglich war, die nicht mit dem Angeklagten auf Facebook befreundet sind, sah das Gericht es als erwiesen an, dass der Mann das Foto öffentlich gezeigt habe. Bereits

2012 war er wegen eines Hitlergrußes zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

1 DATEN 07.03.2017, Singen, Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreiskonstanz/singen/Wegen-eines-Fotos-auf-Facebook-Angeklagter-zu-2100-Euro-Strafe-

verurteilt;art372458,9160956

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 7. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 07.03.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 7. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN 07.03.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Neonazi kandidiert als Bürgermeister

Die Kandidatur des in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Neonazis Christian Worch als Bürgermeister sorgte im badischen Au am Rhein für Unruhe. Worch ist Gründer und Bundesvorsitzender der vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremistischen Kleinpartei "Die Rechte".

Ein Rathaussprecher erklärte, in Au am Rhein gebe es keine rechte Szene: "Die Kandidatur kommt vollkommen überraschend." Man fürchte, dass der Bürgermeisterwahlkampf Worch und seinen Gesinnungsgenossen als Propaganda-Plattform für eine größere Rechten-Versammlung am 3. Juni in Karlsruhe dienen solle. Christian Worch selbst bezeichnete seine Kandidatur als Versuch seiner Partei, auf kommunaler Ebene Fuß zu fassen – auch mit Blick auf die Bundestagswahl.

Im Gegensatz zu größeren Städten sind bei Bürgermeisterwahlen in kleinen Gemeinden wie Au am Rhein keine Unterstützerunterschriften für die Kandidatinnen und Kandidaten nötig.

10.03.2017, Au am Rhein (Landkreis Rastatt), Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Schwäbisches Tagblatt

https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Buergermeister-Kandidatur-von-Neonazi-Worch-loest-Unruheaus-323852.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

10.03.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Erbach kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

10.03.2017, Erbach (Alb-Donau-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Villingen-Schwenningen kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

naten 10.03.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-

Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Villingen-Schwenningen kam es am 10. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

10.03.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-

reis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gernsbach kam es am 12. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen §90b StGB.

12.03.2017, Gernsbach (Landkreis Rastatt)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Tische mit Hakenkreuzen beschmiert

Zwischen der Schiffsanlegestelle und einer nahegelegenen Gemeindehalle in Mundelsheim haben Unbekannte am Wochenende des 11. und 12. März mehrere Tische mit Hakenkreuzen beschmiert. Außerdem wurden eine Sitzbank und ein Freilandschachfeld erheblich beschädigt. Es entstand ein Schaden von circa 1.500 Euro. Die Polizei bat um Hinweise von Zeugen.

.......

13.03.2017, Mundelsheim (Landkreis Ludwigsburg),
Internetaufruf: 23.02.2018

Q QUELLE Marbacher Zeitung

http://www.marbacher-zeitung.de/inhalt.mundelsheimunbekannte-richten-schaden-am-neckaruferan.8cfdedf5-76e2-410a-b313-3b06d7b39d51.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ettlingen kam es am 13. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

13.03.2017, Ettlingen (Landkreis Karlsruhe)

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Erbach kam es am 13. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

13.03.2017, Erbach (Alb-Donau-Kreis)
QUELLE
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146
http://dipbt.bundestag.de/doc/

btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuzschmierer erwischt

Ein 27-Jähriger war am Abend des 13. März gerade dabei, ein Hakenkreuz auf eine Glasscheibe am Böblinger Bahnhof zu schmieren, als ihn der Ordnungsdienst dabei ertappte. Die Sicherheitsleute schalteten die Polizei ein, gegen den Schmierer wurden Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen eingeleitet.

DATEN
QUELLE

14.03.2017, Böblingen, Internetaufruf: 19.01.2018

Kreiszeitung Böblinger Bote

http://www.krzbb.de/krz_6107_111286776-13-_ Hakenkreuz--am-Bahnhof.html?archiv=1

Mordaufruf und Hetze gegen Veranstalter von Antirassismus Woche

Die Organisatoren der in Stuttgart stattfindenden Veranstaltungen zur Internationalen Woche gegen Rassismus sind im Internet beleidigt und bedroht worden. Nach der Veröffentlichung eines Gruppenfotos von ihrer Pressekonferenz auf der Facebookseite des Stadtjugendrings wurde der Beitrag hetzerisch kommentiert. Posts wie "Propagandaveranstaltungen mit eurer Scheiße ist das wenigste was die Jugend braucht" waren zu lesen.

Ein unter dem Namen "Eduard Schneider" schreibender Unbekannter rief im Internet sogar zum Mord auf: "Alle auf dem Bild erschießen." Dies sei keine Drohung, sondern "mein seeligster Wunsch". Der Staatsschutz hat Ermittlungen gegen den unbekannten Verfasser aufgenommen.

DATEN

QUELLE

14.03.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 26.02.2018

Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt. internationale-woche-gegen-rassismus-afd-undfacebook-hetzer-gegen-aktionswoche.ab6de77c-76b1-

438a-95d8-9c5078f5d2c9.html

Mit Anschlag auf Diskothek gedroht

Ein 22-jähriger Mann wurde festgenommen, weil er im Internet damit gedroht hatte, einen islamistischen Anschlag auf eine Offenburger Diskothek zu verüben. Nach Polizeiangaben hatte sich am 11. März eine Frau gemeldet und den Hinweis auf einen Internet-Chat gegeben, in dem der Anschlag angedroht wurde. Mit einem Großeinsatz hat die Polizei daraufhin die Diskothek geräumt und weitere Diskotheken, Busse und Züge sowie die Innenstadt und Grenzübergänge nach Frankreich kontrolliert. In der Nacht zum 12. März wurde der 22-Jährige dann festgenommen. Bewaffnet war der aus Tschetschenien stammende Mann bei seiner Festnahme nicht, eine schwere Gewalttat hätte er nicht begehen können. Deshalb wurde nur wegen der Androhung

gegen ihn ermittelt. Die Staatsanwaltschaft gab gegenüber dem SWR an, die Hintergründe für die Drohung seien schwer einzuschätzen, bei dem Festgenommenen gebe es aber Hinweise auf eine psychische Erkrankung.

Folgeartikel zu "Mit Anschlag auf Diskothek gedroht" vom 14.03.2017

Der 22-jährige Mann, der im März eine Diskothek in einem Internet-Chat mit einem Anschlag bedroht hatte, wurde am 3. August vom Landgericht Offenburg wegen Schuldunfähigkeit freigesprochen. Eine Gutachterin hatte seine Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik empfohlen, das Gericht sah die Voraussetzungen dafür aber nicht erfüllt.

n DATEN

14.03.2017, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf:

19.01.2018

QUELLEN Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg

https://www.swr.de/swraktuell/bw/

anschlagsandrohung-offenburg-grosseinsatz-

polizei/-/id=1622/did=19171068/nid=1622/

Irbfaj/index.html

Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/suedbaden/ landgericht-offenburg-ueberraschender-freispruch-imdisko-prozess/-/id=1552/did=20030216/nid=1552/

d5ugky/

Verurteilung des "Straßburger Dschihadisten-Rings"

Sieben Männer aus dem Elsass, die einem "Straßburger Dschihadisten-Ring" (filière djihadiste de Strasbourg) angehörten, wurden wegen Vereinigung zu einer Straftat von terroristischem Charakter (association de malfaiteurs en relation avec une entreprise terroriste) während ihres Aufenthalts in Syrien zwischen Dezember 2013 und April 2014 zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Einer der Verurteilten ist der Bruder eines Beteiligten am Anschlag auf das Bataclan am 15.11.2015 in Paris, bei dem 90 Menschen getötet wurden. Der Attentäter soll 2013 gemeinsam mit seinem Bruder und den anderen Verurteilten nach Syrien gereist sein.

n DATEN QUELLE 14.03.2017, Straßburg/Paris, Internetaufruf: 29.03.2018

L'Alsace

http://www.lalsace.fr/actualite/2017/03/14/ proces-en-appel-pour-la-filiere-djihadiste-de-

strasbourg

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Tübingen kam es am 16. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

16.03.2017, Tübingen

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

·····

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Prozess gegen IS-Trainingslager in öffentlichen Parks in Straßburg und Paris beginnt

Gegen vier Männer, zwei davon aus Straßburg, begann in Paris am 15. März ein Prozess wegen Vereinigung zu einer Straftat von terroristischem Charakter (associations de malfaiteurs en relation avec une entreprise terroriste). Die Männer hatten versucht, in öffentlichen Parks in Paris und Straßburg Kandidaten für die IS-Kampfhandlungen in Syrien und dem Irak zu rekrutieren und dies als öffentliches Kampfsport-Training getarnt.

n DATEN

16.03.2017, Straßburg/Paris, Internetaufruf: 05.04.2018

QUELLE Le Figaro

http://www.lefigaro.fr/actualite-

france/2017/03/16/01016-20170316ARTFIG00129munis-d-armes-factices-ils-s-entrainaient-au-djihad-

dans-des-parcs-publics.php

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 18. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN

18.03.2017, Karlsruhe

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Baden-Baden kam es am 19. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

19.03.2017, Baden-Baden

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Adelsheim kam es am 20. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN

QUELLE

20.03.2017, Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 20. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN

20.03.2017, Stuttgart

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Oberteuringen kam es am 21. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN

QUELLE

21.03.2017, Oberteuringen (Bodenseekreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Markdorf kam es am 21. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN
QUELLE

21.03.2017, Markdorf (Bodenseekreis)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwaikheim kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN
QUELLE

23.03.2017, Schwaikheim (Rems-Murr-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwaikheim kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

ndaten Quelle

23.03.2017, Schwaikheim (Rems-Murr-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Pforzheim kam es am 23. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN

23.03.2017, Pforzheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Friedrichshafen kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

n DATEN

26.03.2017, Friedrichshafen (Bodenseekreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

Q QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Wangen im Allgäu kam es am 26. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

n DATEN

26.03.2017, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 28. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

28.03.2017, Freiburg im Breisgau

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 29. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN 29.03.2017, Göppingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 29. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

•••••••

nd Daten 29.03.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuz in Unterführung

Eine Bahnhofsunterführung in Sulzbach an der Murr wurde am 25. März von Unbekannten mit einem schwarzen Hakenkreuz und mehreren rechten Schriftzügen beschmiert. Es entstand ein Schaden von circa 2.000 Euro.

🕺 DATEN 31.03.2017, Sulzbach an der Murr (Rems-Murr-Kreis),

Internetaufruf: 26.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3601492

Hakenkreuz am Amtsgericht

Ein unbekannter, circa 30 Jahre alter Mann hat am 30. März mit Malkreide ein Hakenkreuz auf die Treppe vor dem Radolfzeller Amtsgericht gezeichnet. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und Zeugen gebeten, sich zu melden.

.....

🕺 DATEN 31.03.2017, Radolfzell (Landkreis Konstanz), Internet-

aufruf: 26.02.2018

Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3601438

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gundelfingen kam es am 31. März zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

31.03.2017, Gundelfingen (Landkreis Breisgau-Hoch-

schwarzwald)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Q QUELLE

April 2017

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hohentengen am Hochrhein kam es am 1. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🐧 DATEN 01.04.2017, Hohentengen am Hochrhein (Landkreis

Waldshut)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

·····

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ostfildern kam es am 1. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 01.04.2017, Ostfildern (Landkreis Esslingen)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Motorhaube mit Hakenkreuz zerkratzt

In der Nacht zum 2. April haben Unbekannte in Bad Säckingen zwei geparkte Autos zerkratzt und eingedellt. Bei einem der Fahrzeuge wurde ein Hakenkreuz in die Motorhaube geritzt. Es entstand ein Schaden von mehreren tausend Euro.

ប្តី DATEN 03.04.2017, Bad Säckingen (Landkreis Waldshut),

Internetaufruf: 26.02.2018

QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/bad-saeckingen/ hakenkreuz-auf-die-motorhaube-gekratzt--135233234.

html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Adelsheim kam es am 3. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN 03.04.2017, Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

......

Einladung zu "Picknick in Struthof"

Von einem Facebook-Nutzer wurde eine Veranstaltung mit dem Titel "Besuch + Picknick in Struthof" (Visite + Pique-nique au Struthof) am 3. April erstellt. Bei Struthof handelt es sich um das ehemalige Konzentrationslager der Nazis im elsässischen Natzweiler, das heute als Gedenkstätte und Aufklärungszentrum genutzt wird. Diese Einladung führte zu zahlreichen offen antisemitischen Kommentaren, die wiederum eine Beschwerde der jüdischen Vereinigung des Departements Bas-Rhin hervorriefen. Aufgrund dieser Beschwerde wurde die Staatsanwaltschaft von Saverne aktiv und leitete Ermittlungen wegen "Verherrlichung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit" (apologie de crimes contre l'humanité) und wegen "Anstiftung zu Hass oder Gewalt" (provocation à la haine ou à la violence) ein. Der jugendliche Urheber der Veranstaltung hat sich über seinen Facebook-Account entschuldigt und die Veranstaltung wurde aus dem Netzwerk entfernt.

1 DATEN 03.04.2017, Natzweiler, Saverne (Bas-Rhin), Internetaufruf: 03.04.2018

QUELLE L'Est Republicain

M

https://www.estrepublicain.fr/actualite/2017/04/03/ pique-nique-au-struthof-l-organisateur-se-repent

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Münstertal kam es am 3. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 03.04.2017, Münstertal (Landkreis Breisgau-Hoch-

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148
http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Stadtverwaltung beschäftigt Neonazi

Ein Beschäftigter der Stadtverwaltung Villingen-Schwenningen soll nach Informationen des Schwarzwälder Boten ein in der Region führender Kopf der rechtsextremistischen Kleinpartei "Der III. Weg" sein. Der Mann soll im Herbst 2015 den "Stützpunkt Württemberg" der Kleinpartei mit initiiert haben und regelmäßig an rechten Veranstaltungen und Aktionen teilnehmen. Als Mitglied eines Schützenvereins soll er sogar Zugang zu Waffen haben.

Der Oberbürgermeister von Villingen-Schwenningen stellte dazu klar, dass in der Verwaltung eine Aktivität der rechtsextremistischen Kleinpartei in keiner Weise akzeptiert werden könne und versicherte: "Was wir tun können oder bereits getan haben, tun wir!" Einen Mitarbeiter nur aufgrund seiner Mitgliedschaft in einer Neonazi-Kleinpartei zu kündigen, sei aber schwierig. Die Aktivitäten

müssten in jedem Einzelfall genau überprüft werden, um die rechtlichen Grundlagen für geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

1 DATEN 05.04.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-

Kreis), Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt. villingen-schwenningen-darf-stadt-einen-neonazibeschaeftigen.8023e2bf-cb11-4e30-8095-

208545c1eb0a.html

Schmierereien an Textilmarkt

Unbekannte haben die Gebäuderückseite eines Textilmarktes in Blumberg mit unflätigen Sprüchen und einem seitenverkehrten Hakenkreuz beschmiert. Mehrere Bürger haben deshalb Anzeige erstattet. Die Polizei hat Ermittlungen zur Feststellung der unbekannten Verursacher und ob es einen Nazi-Hintergrund gibt aufgenommen.

naten 05.04.2017, Blumberg (Schwarzwald-Baar-Kreis),

Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/schwarzwald-baarheuberg/blumberg/Schmierereien-an-Fachmarkt-in-Blumberg;art372508,9206155

"Die Rechte" veranstaltet Demo in Sinsheim

Für den 8. April hatte die rechtsextreme Kleinpartei "Die Rechte" in Sinsheim eine Demonstration angekündigt. "Die Rechte" ist die Nachfolgeorganisation der aufgelösten "Deutschen Volksunion" (DVU).

Darüber wie man mit dieser vom Oberbürgermeister als "höchst unerfreulich" eingestuften Veranstaltung umgehen solle, herrschte in Sinsheim vor der Veranstaltung aber Uneinigkeit. "Ignorieren oder nicht – wir sind im Gemeinderat hin und her gerissen", erklärte ein Mitglied des Gremiums. Gegenkundgebungen waren bis zum 6. April keine beantragt, vom "Bündnis für Toleranz Sinsheim" war aber geplant, ein Zeichen gegen rechte Gesinnung zu setzen.

DATEN 07.04.2017, Sinsheim (Rhein-Neckar-Kreis), Internetaufruf: 19.01.2018

Q QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung

https://www.rnz.de/nachrichten/sinsheim_artikel,-Sinsheim-Aufmarsch-von-Rechtsextremisten-Buendnisfuer-Toleranz-Sinsheim-moechte-Zeichen-setzen-_ arid,266853.html

Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/2019 https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/2000/16_2019_D.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 10. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

10.04.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Steinheim an der Murr kam es am 10. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 10.04.2017, Steinheim an der Murr (Landkreis Ludwigs-

burg)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Terrorverdächtige abgeschoben 🔲

Zwei in Ulm untergebrachte tunesische Flüchtlinge, die im Verdacht standen, einen Terroranschlag vorbereitet zu haben, wurden am 8. März und am 5. April in ihr Heimatland abgeschoben. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Landeskriminalamt Baden-Württemberg teilten dazu mit, die beiden Tatverdächtigen hätten den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt im Dezember 2016 verteidigt und sich selbst mit "entsprechenden Anschlagsplanungen" beschäftigt.

Beide Männer waren 2015 unabhängig voneinander nach Deutschland gekommen und hatten hier Asylanträge gestellt. Diese waren aber wegen verschiedener Straftaten (Rauschgifthandel, Diebstahl, Körperverletzung) schon vor den aktuellen Ermittlungen abgelehnt worden.

11.04.2017, Ulm, Internetaufruf: 22.01.2018

QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ulm/anschlag-

in-ulm-geplant_-23425923.html

Hakenkreuz auf Fenster bei Islamischer Gemeinde

In der Nacht zum 11. April wurde ein Fenster des Gebäudes der Türkisch Islamischen Gemeinde in Rottweil mit einem Hakenkreuz und dem Spruch "You all will die" beschmiert. Für die Schmiererei wurde ein dünner schwarzer Filzstift benutzt. Obwohl die Polizei deshalb nicht von einer geplanten, klassisch politisch motivierten Tat ausging, sondern eher von einer spontanen Handlung eines Kindes oder Jugendlichen, hat die Kriminalpolizei Rottweil die Ermittlungen übernommen und bat um Hinweise.

n DATEN

12.04.2017, Rottweil, Internetaufruf: 22.01.2018

QUELLE

Polizeipräsidium Tuttlingen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110978/3611866

Bürgermeister vergrault Investor

Die BeneVit-Pflegegruppe gab am 12. April bekannt, nicht mehr als Investor für ein in Burladingen geplantes Ärztehaus zur Verfügung zu stehen. Begründet wurde die Entscheidung mit der Weigerung des Burladinger Bürgermeisters, sich repräsentativ und planerisch aus dem Projekt zurückzuziehen, wie es der Gemeinderat in einem Ultimatum gefordert hatte. Der BeneVit Geschäftsführer äußerte in einer Pressemitteilung die Befürchtung, "dass ein regionaler, nationaler und internationaler Imageschaden für die BeneVit-Gruppe entsteht", wenn diese immer wieder mit dem Burladinger Bürgermeister in Verbindung gebracht würde. Dieser hatte in der Vergangenheit häufig mit rechtspopulistischen Äußerungen zur Flüchtlings- und Asylthematik Schlagzeilen gemacht.

Folgemeldungen zu "Bürgermeister vergrault Investor" vom 13.04.2017

Mit einer Flut von Hassmails an den Chef der BeneVit-Pflegegruppe reagierte die rechte Szene auf dessen Ankündigung, sich als Investor für das Burladinger Ärztehaus zurückzuziehen. Er hatte einen Imageschaden für sein Unternehmen befürchtet, wenn BeneVit mit dem für seine rechtspopulistischen Äußerungen bekannten Burladinger Bürgermeister in Verbindung gebracht würde. Laut dem Schwarzwälder Boten waren die Hassmails offensichtlich eine konzertierte Aktion von Pegida- und AfD-Anhängern, die sich über das Internet-Portal "Politically Incorrect" austauschen, auf dem in einem Beitrag die E-Mail-Adresse des BeneVit Chefs gepostet wurde.

Nachdem der Burladinger Bürgermeister am 5. Mai in einer Stellungnahme zum Ärztehaus erklärt hatte, aufgrund der Zerwürfnisse zwischen ihm und dem Chef des Investors BeneVit "delegiere ich die anstehenden Tätigkeiten", soll das Bauvorhaben doch noch verwirklicht werden. Der Unternehmensleiter sah seine Forderung erfüllt, der wegen seiner rechtspopulistischen Äußerungen umstrittene Rathauschef solle sich repräsentativ und planerisch aus dem Projekt zurückzuziehen.

n DATEN

13.04.2017, Burladingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf:

22.01.2018

QUELLEN

Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.burladingeninvestor-laesst-aerztehaus-projekt-platzen.6fa469c9-

aef4-40da-af01-a7ea668af9a4.html

Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.burladingen-

aerztehaus-rechte-szene-beschimpft-benevitchef.872c7410-af10-4c95-832f-f602476b04a8.html

Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ burladingen/anderswo-haette-er-esabgeblasen-23493141.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Weinheim kam es am 14. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

14.04.2017, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

Q QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Weinheim kam es am 14. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

14.04.2017, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Aulendorf kam es am 16. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Üble Nachrede §186 StGB.

n DATEN

16.04.2017, Aulendorf (Landkreis Ravensburg)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Villingen-Schwenningen kam es am 18. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

nten 18.04.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-

Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuze am Islamischen Zentrum in Freiburg

In der Nacht zum 19. April haben Unbekannte den Eingangsbereich zum türkischen Restaurant des Islamischen Zentrums in Freiburg (IZF) mit zwei Hakenkreuzen beschmiert. Die Tat ereignete sich nur kurz nach dem Referendum, in dem auch die Mehrheit der türkischen Wähler in Deutschland sich für eine Erweiterung der Machtbefugnisse von Präsident Erdogan ausgesprochen hatte. Ob die Schmierereien im Zusammenhang mit dem Ausgang der Abstimmung standen, war unklar. Das IZF hat Anzeige bei der Polizei erstattet.

19.04.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf:

22.01.2018

Q QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/freiburg/hakenkreuzeam-islamischen-zentrum-in-freiburg--135822869.html

Anschläge auf Religionsstätten/Moscheen

In Freiamt kam es am 19. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten mit dem Angriffsziel Religionsstätte/Moschee. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität religiöse Ideologie Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland §129b StGB.

19.04.2017, Freiamt (Landkreis Emmendingen)
QUELLE
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Anschläge auf Religionsstätten/Moscheen

In Freiamt kam es am 19. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten mit dem Angriffsziel Religionsstätte/Moschee. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität religiöse Ideologie Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland §129b StGB¹.

19.04.2017, Freiamt (Landkreis Emmendingen)
QUELLE
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148
http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Esslingen am Neckar kam es am 20. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🕺 DATEN 20.04.2017, Esslingen am Neckar

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Hakenkreuz an Grundschule

Die Grundschule des zu Villingen-Schwenningen gehörenden Teilorts Tannheim ist Mitte April mit Farbschmierereien beschädigt worden. Betonsteine auf dem Schulhof wurden mit Parolen und einem Hakenkreuz und die Sporthalle mit dem Schriftzug "DER BOSS" besprüht. Der Schaden betrug circa 500 Euro, die Polizei bat um Hinweise zu dem Vorfall.

21.04.2017, Villingen-Schwenningen (Schwarzwald-Baar-Kreis), Internetaufruf: 22.01.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Tuttlingen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110978/3617769

Rechte Schmierereien im Park

Am Abend des 22. April wurden auf einem geteerten Weg im Meßkircher Schlosspark Schmierereien mit rechtem Hintergrund gefunden. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu den unbekannten Tätern.

DATEN 23.04.2017, Meßkirch (Landkreis Sigmaringen), Internetaufruf: 15.02.2018

Delineinsäeidium Kenetani

Q QUELLE

Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3618283

Polizeiposten mit "Sieg Heil" beschmiert

Zwischen Mitternacht und 7.00 Uhr haben Unbekannte am 24. April in Markdorf zwei Rollläden des Polizeipostens mit den

¹ Anmerkung der Redaktion: in der Bundestagsdrucksache sind zwei Fälle mit dem gleichen Tatbestand am selben Tag in Freiamt aufgeführt.

Schriftzügen "Sieg Heil" und "NICK SHax 46" beschmiert. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu den Tätern.

DATEN 24.04.2017, Markdorf (Bodenseekreis), Internetaufruf:

26.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3619314

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sachsenheim kam es am 26. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 26.04.2017, Sachsenheim (Landkreis Ludwigsburg)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900148.pdf

Rassistische Schmierereien in Wangen im Allgäu

In Wangen im Allgäu wurde in der Nacht zum 26. April eine Straße mit den Schriftzügen "Neger", "Scheeis Neger" und "Hurensöhne" quer über die gesamte Fahrbahn besprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu den unbekannten Tätern.

្បី DATEN 27.04.2017, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg),

Internetaufruf: 26.02.2018 Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3622488

QUELLEN

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heidelberg kam es am 27. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN 27.04.2017, Heidelberg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Böblingen kam es am 29. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

......

n DATEN 29.04.2017, Böblingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 29. April zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion §308 StGB

n DATEN 29.04.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 29. April zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN 29.04.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Mai 2017

Neonazis überfallen Info-Stand

Am 29. April kam es in Rottenburg an einem Info-Stand der Antifaschistischen Aktion Tübingen zu einer Auseinandersetzung. Laut Schilderung der Zeugen, die über Aktivitäten der rechtsextremistischen Kleinpartei "Der III. Weg" aufklären wollten, waren ihre Aktivisten am Info-Stand von circa sechs Personen angegriffen und mit Schlägen und Tritten traktiert worden. Durch ihre Kleidung mit Logo der Partei habe man die Angreifer eindeutig als Neonazis von "Der III. Weg" identifizieren können.

Die herbeigerufene Polizei konnte zwei flüchtende Männer, im Alter von 26 und 27 Jahren, vorläufig festnehmen und bestätigte, dass die Angreifer dem rechten Spektrum zuzuordnen seien. Außerdem berichtete die Polizei, dass nach Zeugenangaben auch Holzstöcke und ein Pfefferspray eingesetzt worden seien, Verletzungen wurden aber nicht geltend gemacht. Zeugen des Vorfalls wurden gebeten, sich zu melden.

n DATEN 01.05.2017, Rottenburg (Landkreis Tübingen), Internetaufruf: 23.01.2018

QUELLE Schwäbisches Tagblatt

> https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Neonazis-habenin-Rottenburg-einen-Info-Stand-der-Initiative-Gegen-Rechts-Tuebingen-ueberfallen-329812.html

Fußgängerbrücke mit Hakenkreuzen beschmiert

Am Morgen des 28. April entdeckten Passanten an einer Fußgängerbrücke nahe Winnenden verschiedene Schmierereien. Unbekannte Täter hatten die Brücke über die B14 mit verfassungswidrigen Schriftzügen und Symbolen, darunter mehrere Hakenkreuze, besprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet.

n DATEN 02.05.2017, Winnenden (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 26.02.2018 Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3624899

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Esslingen am Neckar kam es am 2. Mai zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

02.05.2017, Esslingen am Neckar

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Berglen kam es am 2. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN QUELLE 02.05.2017, Berglen (Rems-Murr-Kreis)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 3. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

03.05.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

..... Schmierereien in Sigmaringer Fußgängerunterführung

Den Satz "Hitler würde sich im Grab umdrehen" und ein Hakenkreuz fand eine Polizeistreife am Mittag des 2. Mai in einer Sigmaringer Fußgängerunterführung. Wann die Schmierereien genau angebracht wurden, war nicht bekannt. Zeugen wurden um Hinweise zu den unbekannten Tätern gebeten.

n DATEN

04.05.2017, Sigmaringen, Internetaufruf: 26.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

••••••••••••••••••••••••••••••••

pm/110973/3627854

Grabsteine beschädigt

Unbekannte haben zwischen Ende April und Anfang Mai Gräber auf dem jüdischen Friedhof in Heilbronn-Sontheim beschädigt. Zehn Grab- und Gedenksteine wurden nach Polizeiangaben vermutlich durch Fußtritte oder gewaltsam per Hand umgeworfen. Der Sachschaden beträgt rund 4.000 Euro.

n DATEN

Q QUELLE

05.05.2017, Heilbronn, Internetaufruf: 23.01.2018 Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/heilbronn/grabsteinein-heilbronn-sontheim-demoliert-auf-juedischem-friedhof-

randaliert/-/id=1562/did=19494220/nid=1562/1ps7rm3/

......

Q QUELLE

Wehrmachts-Andenken in Donaueschinger Kaserne

In der Donaueschinger Fürstenberg-Kaserne fanden Inspekteure am 4. Mai Wehrmachts-Stahlhelme in einer vor der Kantine stehenden Vitrine und einen mit Wehrmachts-Andenken ausgeschmückten Raum. Die Inspektion fand im Rahmen der Affäre um rechtsextremistische Umtriebe unter Bundeswehrsoldaten statt, die von Enthüllungen über einen terrorverdächtigen und mutmaßlich rechtsextremen Bundeswehroffizier der Deutsch-Französischen Brigade ausgelöst worden war. Dessen Jägerbataillon hatte in einer Kaserne im französischen Illkirch einen Raum mit gemalten Wehrmachtssoldaten in Heldenposen ausgeschmückt. Auch das Jägerbataillon in Donaueschingen ist Teil der Deutsch-Französischen Brigade.

🐧 DATEN 06.05.2017, Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis),

Internetaufruf: 23.01.2018

QUELLE Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.bundeswehrwehrmachts-andenken-in-weiterer-kaserneentdeckt.31c7bae3-0c6b-4e45-a1bf-39d2fa887fbd.html

Rechte stören Kundgebung für Frieden und Vielfalt

50 bis 60 junge Linke haben auf dem Luisenplatz in Radolfzell anlässlich des Tags der Befreiung am 8. Mai für Frieden und Vielfalt demonstriert, an einem Stand lagen Info-Materialien über die rechtsextremistische Kleinpartei "Der III. Weg" aus. Während der Kundgebung sollen sich drei Männer und eine Frau, mutmaßliche Mitglieder von "Der III. Weg", den Demonstranten genähert und einer der Männer dabei den Hitlergruß gezeigt haben. Mehrere Teilnehmer der Kundgebung sollen daraufhin versucht haben ihn festzuhalten, woraufhin die Polizei einschritt und Personalien aufnahm. Anschließend führte die Polizei die Vierer-Gruppe von der die Veranstaltung weg.

DATEN 08.05.2017, Radolfzell (Landkreis Konstanz), Internetaufruf: 23.01.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/radolfzell/Kundgebung-fuer-Frieden-und-Vielfalt-wirdgestoert-von-mutmasslichen-Mitgliedern-des-Dritten-

Weg;art372455,9246140

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Dußlingen kam es am 8. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ndaten Quelle

08.05.2017, Dußlingen (Landkreis Tübingen) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 8. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN

08.05.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 8. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN

ATEN 08.05.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 8. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB¹.

n DATEN

ATEN 08.05.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 8. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich

¹ Anmerkung der Redaktion: in der Bundestagsdrucksache sind zwei Fälle mit dem gleichen Tatbestand am selben Tag in Stuttgart aufgeführt.

politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 08.05.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Ausschreitungen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten in Straßburg

Am 7. Mai 2017 kam es in Straßburg zu Ausschreitungen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten im Zuge einer Demonstration in Reaktion auf die Wahl von Emmanuel Macron zum Staatspräsidenten, die den Titel "Rücktritt Macron" (Macron démission) trug. Dabei wurde von den Militanten Tränengas eingesetzt und es kam zu leichten Verletzungen bei mehreren Personen. Es wurden 15 Personen festgenommen, zwei davon minderjährig. Alle gaben an der rechten Gruppierung anzugehören.

n DATEN

08.05.2017, Straßburg, Internetaufruf: 18.01.2018

Q QUELLEN L'Alsace

http://www.lalsace.fr/actualite/2017/05/07/les-forcesde-l-ordre-font-usage-de-bombes-lacrymogenes-unequinzaine-d-interpellations

France Info

https://france3-regions.francetvinfo.fr/grand-est/basrhin/strasbourg-0/violences-strasbourg-15-personnesinterpellees-dimanche-soir-sont-toujours-gardevue-1249885.html

Hakenkreuz-Schmierereien am Schloss Meßkirch

Zwischen dem 4. und dem 5. Mai um 8.30 Uhr haben Unbekannte mehrere Sitzbänke am Schloss Meßkirch mit zehn Hakenkreuzen beschmiert. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise auf verdächtige Personen.

<u>ព</u>្ឋំ DATEN

09.05.2017, Meßkirch (Landkreis Sigmaringen), Internet-

aufruf: 26.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3631474

Mutmaßlicher Komplize von rechtsextremem Bundeswehroffizier festgenommen

Ein mutmaßlicher Komplize des terrorverdächtigen rechtsextremen Bundeswehroffiziers, der sich als Syrischer Flüchtling ausgegeben und einen Anschlag geplant hatte, wurde am 9. Mai in Kehl festgenommen. Gemeinsam mit dem Offizier und einem weiteren Komplizen, einem bereits im April inhaftierten Studenten, soll der Mann den geplanten Terroranschlag vorbereitet haben. Der Festgenommene war ebenso wie der Offizier im Jägerbataillon der Deutsch-Französischen Brigade in Illkirch stationiert.

Laut Bundesanwaltschaft hatten die drei Männer einen Anschlag auf das Leben hochrangiger Politiker und Personen des öffentlichen Lebens geplant, der wie ein radikal-islamistischer Terrorakt eines anerkannten Flüchtlings erscheinen sollte. Der im April festgenommene Offizier, der die Tat ausführen wollte, hatte sich deshalb bereits Monate vorher unter falscher Identität als Flüchtling aus Syrien beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) registrieren lassen. Sein jetzt verhafteter Komplize hatte dessen dabei entstandene Fehlzeiten in der Kaserne mit falschen Angaben gegenüber Vorgesetzten entschuldigt. Bei dem ebenfalls beteiligten Studenten wurden mehr als 1.000 Schuss Munition sichergestellt. Aufgeflogen war das Trio, als österreichische Polizisten eine Waffe fanden, die der Offizier zur Vorbereitung seiner Tat auf dem Wiener Flughafen versteckt hatte.

n DATEN

09.05.2017, Kehl (Ortenaukreis), Internetaufruf:

23.01.2018

Badische Zeitung

Q QUELLE

http://www.badische-zeitung.de/kehl/

mutmasslicher-komplize-von-franco-a-in-kehl-

festgenommen--136583294.html

Antisemitische Schmiererei in Heilbronn

In der Nacht zum 10. Mai wurde laut Auskunft des Netzwerks gegen Rechts in Heilbronn-Böckingen eine Unterführung mit dem antisemitischen Schriftzug "Holocaust=Lüge!!" besprüht. Bei der Polizei war der Vorfall nicht angezeigt worden.

Wenige Tage zuvor waren im Stadtteil Sontheim bereits jüdische Grab- und Gedenksteine beschädigt worden. Sowohl der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gemeinschaft Heilbronn-Unterland als auch die stellvertretende Heilbronner Verdi-Geschäftsführerin mahnten deshalb zur Wachsamkeit gegenüber antisemitischen Aktivitäten in der Stadt.

n DATEN

Q QUELLE

11.05.2017, Heilbronn, Internetaufruf: 24.01.2018

Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/archiv/stadt-hn/ Unbekannte-spruehen-antisemitischen-

Schriftzug;art1925,3845253

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwaigern kam es am 11. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

11.05.2017, Schwaigern (Landkreis Heilbronn)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Altbach kam es am 11. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

11.05.2017, Altbach (Landkreis Esslingen)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 13. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

13.05.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Freiburg im Breisgau kam es am 13. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ji DATEN 13.05.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Göppingen kam es am 15. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

nd Taren 15.05.2017, Göppingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuz-Schmiererei in Böbingen an der Rems

Zwischen dem Abend des 14. und dem Abend des 15. Mai haben Unbekannte ein Hakenkreuz und ein Schimpfwort auf eine Hausfassade in Böbingen geschmiert. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

🕺 DATEN 16.05.2017, Böbingen an der Rems (Ostalbkreis),

Internetaufruf: 27.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3636651

Urteil gegen 33-jährigen Mann

Das Amtsgericht Crailsheim verurteilte einen 33-jährigen gelernten Holzfachwerker zu sechs Monaten Haft und 90 Stunden gemeinnütziger Arbeit. Die Anklage lautete auf Körperverletzung, Beleidigung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die Haftstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Bereits im November 2015 hatte der Mann auf Facebook Bilder der Waffen-SS, SS-Runen und den Aufruf "Dich ruft die SS!" gepostet. Im September 2016 hatte er eine Auseinandersetzung mit einem 62-jährigen Nachbarn, den er dabei mit einem Faustschlag auf die Nase zu Boden streckte. Von dem am Boden legenden Mann ließ der 33-Jährige erst ab, als ein weiterer Nachbar dazwischen ging. Diesen beschimpfte der Verurteilte dann, aufgrund seiner dunklen Hautfarbe, als "Nigger" und "Bimbo". Einige Tage später bezeichnete er ihn gegenüber einem Bekannten unter anderem noch als "Scheißnigger". Vor Gericht äußerte der bereits mehrmals vorbestrafte Mann sich nicht zu den Vorwürfen.

naten 18.05.2017, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall),

Internetaufruf: 24.01.2018

QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/gaildorf/ schlaeger-mit-rechter-gesinnung-23482103.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Tuttlingen kam es am 18. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

18.05.2017, Tuttlingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Heilbronn kam es am 21. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

🕺 DATEN 21.05.2017, Heilbronn

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Schmierereien auf Kunstwerken von Schülern

Am 23. Mai entdeckte die Ellwanger Polizei Hakenkreuze, Hassparolen und verhöhnende Nazi-Schmierereien in einer Fußgängerunterführung. Die Schmierereien waren über erst wenige Tage zuvor fertiggestellte Bilder von Ellwanger Schülerinnen und Schülern gesprüht worden, die die Unterführung verschönern sollten. Der Ellwanger Oberbürgermeister zeigte sich empört und äußerte die Vermutung, dass die Tat geplant gewesen sei, denn die Schmierereien fanden genau einen Tag bevor eine schützende Lackschicht aufgebracht werden sollte statt. Auch der Leiter der Schule, die das Kunstprojekt durchgeführt hatte, berichtete von Wut und Enttäuschung der Schülerinnen und Schüler über die Verschandelung ihrer Bilder. Gemeinsam mit dem Bauhof würden die Gemälde aber wieder hergestellt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen Sachbeschädigung und der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole aufgenommen. Auch in einer weiteren Unterführung, nur wenige hundert Meter entfernt, haben vermutlich die gleichen Täter ein Hakenkreuz aufgesprüht.

DATEN 23.05.2017, Ellwangen (Ostalbkreis), Internetaufruf: nur

mit Abo möglich

Q QUELLEN Schwäbische Zeitung

http://www.schwaebische.de/region_artikel,-Nazi-Schmierereien-in-Ellwanger-Unterfuehrung-_

arid,10672719_toid,290.html

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Nordheim kam es am 23. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 23.05.2017, Nordheim (Landkreis Heilbronn)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Möckmühl kam es am 24. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

ndaten Quelle

24.05.2017, Möckmühl (Landkreis Heilbronn) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiberg am Neckar kam es am 24. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN
Q QUELLE

24.05.2017, Freiberg am Neckar (Landkreis Ludwigsburg)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 24. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN

24.05.2017, Stuttgart

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Banner-Aktion der "Identitären Bewegung"

Ein Banner mit der Aufschrift "IB Konstanz – Werde aktiv" haben Mitglieder der rechtsextremen "Identitären Bewegung" Ende Mai an der Neuen Rheinbrücke in Konstanz aufgehängt. Weil die Aktion nicht genehmigt war, hat die Polizei Ermittlungen eingeleitet. Bereits in den Tagen vor dem Vorfall waren die Rechten durch wiederholtes Einwerfen von Flugblättern in Briefkästen in der Konstanzer Altstadt aufgefallen. Auch an der Konstanzer Universität waren Flugblätter verteilt worden.

n DATEN

QUELLE

27.05.2017, Konstanz, Internetaufruf: 25.01.2018

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Mit-Banner-Aktionen-und-Flugblaettern-Junge-Rechte-werden-in-Konstanz-aktiv;art372448,9269106

Rassismusvorwürfe bei Mannheimer Verkehrsbetrieben

Die Stuttgarter Nachrichten berichten über im Internet aufgetauchte Videos, die Mitarbeiter der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV) in Mannheim schwer belasten sollen. Laut Bild-Zeitung zeige auf den Videos ein Mitarbeiter den Hitlergruß und ein zweiter schimpfe auf "Scheißnigger" in der Bahn. Außerdem gebe es Hinweise auf einen sexuellen Missbrauch. Die Verkehrsbetriebe haben

die Aufnahmen an Polizei und Staatsanwaltschaft übergeben, damit geklärt werden kann, was genau auf den Filmen zu sehen ist. Die Bilder seien oft unscharf und verwackelt, sagte ein Sprecher der Mannheimer Polizei. Heimlich gefilmt hatte die Videos ein ehemaliger Mitarbeiter von RNV, um damit, wie er angab, einen "Neonazi-Skandal" in dem Unternehmen zu dokumentieren. Der Mann war 2016 selbst wegen mehrfachen Fehlverhaltens entlassen worden.

Folgemeldungen zu "Rassismusvorwürfe bei Mannheimer Verkehrsbetrieben" vom 29.05.2017

Als Konsequenz nach den Rassismusvorwürfen bei der Mannheimer Rhein-Neckar-Verkehr GmbH wurde mit drei Mitarbeitern "das Arbeitsverhältnis beendet", drei weitere wurden freigestellt, gab das Unternehmen am 29. Juni bekannt. Die Prüfung der Vorfälle durch eine von RNV beauftragte Ombudsfrau sowie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hätte ergeben, dass Mitarbeiter "eindeutig gegen den Wertekatalog und die Leitlinien des Unternehmens RNV verstoßen und Aussagen formuliert haben, die für eine rassismusfreie Gesellschaft nicht tragbar sind". Weiter hieß es, die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen und man lasse nichts ungetan, damit auch Kunden das Vertrauen in den RNV behielten.

In einer Pressekonferenz am 20. September räumte der RNV-Geschäftsführer Versäumnisse in der Affäre um rassistische Äußerungen in der RNV Belegschaft ein und sprach von Strukturen, die sich über die Jahre entwickelt und ein solches Fehlverhalten ermöglicht hätten. Er kündigte weitere Aufklärungsmaßnahmen an, die Staatsanwaltschaft habe Ermittlungen eingeleitet. Auch der Aufsichtsratsvorsitzende erklärte, der Prozess sei noch nicht abgeschlossen. Die von den Verkehrsbetrieben beauftragte Ombudsfrau, die mit insgesamt 78 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche zu den Vorgängen im Unternehmen geführt hatte, sprach von einer "Kultur des Wegschauens" innerhalb der Belegschaft.

n DATEN

29.05.2017, Mannheim, Internetaufruf: 25.01.2018 QUELLEN Stuttgarter Nachrichten

> https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.neonaziskandal-polizei-wertet-videos-aus.7bec0acc-76a0-48f4bdd6-9a2928ff35d6.html

Esslinger Zeitung

https://www.esslinger-zeitung.de/region/badenwuerttemberg_artikel,-rassismus-vorwuerfebei-verkehrsbetrieben-drei-mitarbeiter-gehen-_ arid,2133263.html

Esslinger Zeitung

https://www.esslinger-zeitung.de/region/ baden-wuerttemberg_artikel,-verkehrsbetriebeahnden-rassismus-faelle-%E2%80%9Ekultur-deswegschauens%E2%80%9C-_arid,2149837.html

Hakenkreuz an Jugendtreff

Im Zeitraum vom Abend des 26. bis zum Morgen des 29. Mai haben Unbekannte ein Hakenkreuz an die Fassade eines Jugendtreffs im Aalener Stadtteil Wasseralfingen gesprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

n DATEN 30.05.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

27.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3647657

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Eppingen kam es am 30. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 30.05.2017, Eppingen (Landkreis Heilbronn) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heilbronn kam es am 30. Mai zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

••••••

n DATEN 30.05.2017, Heilbronn

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Bademeister ignorieren Hakenkreuz-Tattoo

Am 27. Mai war einem Familienvater, der mit seinem Sohn das Freibad in Immenstaad besucht hatte, im Kinderbecken ein anderer Vater mit einem auf den Oberarm tätowierten Hakenkreuz aufgefallen. Als er einen Bademeister auf den Mann aufmerksam machte, in der Hoffnung dieser würde den Mann aus dem Schwimmbad weisen oder die Polizei rufen, habe ihn dieser mit den Worten abgewiesen: "Für fünf Euro die Stunde lege ich mich nicht mit solchen Leuten an", berichtete der Familienvater. Auch ein zweiter Bademeister, den er daraufhin ansprach, habe sein Anliegen einfach ignoriert. Da inzwischen die Begleiterin des Tätowierten auf das Problem aufmerksam geworden war, haben die beiden und ihr Kind dann das Bad freiwillig verlassen.

Nach einer Anfrage der Schwäbischen Zeitung bei der Gemeindeverwaltung zu dem Vorfall kündigte der Bürgermeister an, das Personal des Bades besser auf solche Situationen vorzubereiten. Die Beschäftigten seien angewiesen, künftig bei solchen Vorfällen die Polizei zu rufen und die betreffenden Personen zum Verlassen des Schwimmbads aufzufordern sowie ein Hausverbot zu erteilen. Im Fall des Mannes mit dem Hakenkreuz-Tattoo hat die Staatsschutzabteilung der Polizei in Konstanz Ermittlungen aufgenommen.

🕺 DATEN 31.05.2017, Immenstaad (Bodenseekreis), Internetaufruf:

.....

Nur mit Abo möglich

Q QUELLE Schwäbische Zeitung

http://www.schwaebische.de/region_artikel,-Bademeister-lassen-Hakenkreuz-zu-_arid,10676558_ toid,313.html

Wolfsangel Schmierereien in Heidelberg

In Heidelberg sind vermehrt Schmierereien, die das Wolfsangel Symbol zeigen, aufgetreten. Stromkästen, Laternenpfähle, Brücken und Hauswände wurden besprüht. Die meisten Schmierereien gab es im Stadtteil Bergheim. Das Symbol der Wolfsangel ist zwar nicht grundsätzlich verboten und auch in vielen Familienund Gemeindewappen zu finden, wurde jedoch – vertikal abgebildet wie in Heidelberg – in der NS-Zeit von rechtsextremen Organisationen genutzt und dient heute noch als Erkennungssymbol für die rechte Szene. In diesem Kontext ist die Verwendung des Symbols strafbar. Die Mannheimer Polizei gab zu den Vorfällen an, es lägen keine Hinweise vor, die auf Sprayer aus der rechten Szene hindeuteten. Die Schmierereien würden deshalb nur als Sachbeschädigung verfolgt. Ein Insider aus der Heidelberger Sprayer-Szene sagte, ein Sprayer, der die Wolfsangel als Tag benutze, sei ihm nicht bekannt.

j DATEN 31.05.2017, Heidelberg, Internetaufruf: 26.01.2018

QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung

https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-Heidelberg-Rechstextreme-Symbole-in-Heidelberg-Wersprueht-die-Stadt-mit-der-Wolfsangel-voll-_arid,279155. html

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Pforzheim kam es am 31. Mai zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 31.05.2017, Pforzheim

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.

pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Pforzheim kam es am 31. Mai zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 31.05.2017, Pforzheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Q QUELLE

Juni 2017

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 1. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 01.06.2017, Reutlingen

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 1. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN 01.06.2017, Mannheim

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 2. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

n DATEN 02.06.2017, Stuttgart

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

"Tag der deutschen Zukunft" in Karlsruhe

Zu einer für den 3. Juni angekündigten Demonstration der rechtsextremen Kleinpartei "Die Rechte" erwartete die Polizei circa 900 zu einem großen Teil gewaltbereite Teilnehmer. Mehreren angekündigten Rednern der Rechten hatte die Ordnungsbehörde der Stadt im Vorfeld den Auftritt verwehrt. Außerdem waren in der Innenstadt gleichzeitig der Christopher Street Day und mehrere, von über 100 Organisationen getragene Gegenveranstaltungen zur rechten Demo angekündigt, bei denen mit mehr als 6.000 Demonstranten, teilweise ebenfalls gewaltbereit, gerechnet wurde. Die Polizei gab an, es würden mehr als 3.000 Beamte bei den Veranstaltungen eingesetzt, außerdem ständen Reiter- und Hundestaffel sowie Wasserwerfer bereit.

Folgemeldungen zu "Tag der deutschen Zukunft" in Karlsruhe

Zur von der Partei "Die Rechte" angemeldeten Bundesversammlung in Karlsruhe-Durlach kamen etwa 250 bis 300 Teilnehmende, die auf 3000 bis 4000 Gegendemonstrierende mit Parolen wie "Kein Platz für Nazis" und "Karlsruhe bleibt Bunt". Es kam zu Zwischenfällen, die auf beiden Seiten zu Festnahmen sowie Verletzungen führten. Im Vorfeld zum sogenannten "Tag der deutschen Zukunft" hatte es im Elsass und in Lothringen Unterstützer-Konzerte geben, die von der deutsch-französischen Skinheadszene gemeinsam organisiert wurden.

n DATEN

03.06.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 26.01.2018

QUELLEN Reutlinger General-Anzeiger

> http://www.gea.de/nachrichten/politik/groesster+ polizeieinsatz+seit+jahren+wegen+demos+in+karlsruhe.

......

5364829.htm Siidwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/landespolitik/_

karlsruhe-bleibt-bunt -23510475.html

Hakenkreuzschmierereien in Backnang

Am Nachmittag des 5. Juni wurden der Polizei zwei aufgesprühte Hakenkreuze und ein Schriftzug auf einem Verbindungsweg nahe Backnang angezeigt. Der Zeitpunkt der Tat war unklar. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

n DATEN 06.06.2017, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

27.02.2018

QUELLEN Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3652739

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Niefern-Öschelbronn kam es am 6. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 06.06.2017, Niefern-Öschelbronn (Enzkreis) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Niefern-Öschelbronn kam es am 6. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 06.06.2017, Niefern-Öschelbronn (Enzkreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Niefern-Öschelbronn kam es am 6. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 06.06.2017, Niefern-Öschelbronn (Enzkreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 6. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 06.06.2017, Freiburg im Breisgau
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schrozberg kam es am 6. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 06.06.2017, Schrozberg (Landkreis Schwäbisch Hall)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Stuttgart kam es am 6. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten §103 StGB.

1 DATEN 06.06.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Konstanz kam es am 7. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🕺 DATEN 07.06.2017, Konstanz

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Wangen im Allgäu kam es am 7. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

👸 DATEN 07.06.2017, Wangen im Allgäu (Landkreis Ravensburg)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Neuer Moscheeverein umstritten

Ein neu gegründeter Moscheeverein sorgte in Stuttgart für Unruhe. Denn gegründet wurde der neue Verein von den ehemaligen Führungsmitgliedern des 2015 vom Innenministerium Baden-Württemberg verbotenen Moscheevereins "Mesdschid Sahabe" in Stuttgart-Botnang. Von diesem waren junge Männer nach Syrien aufgebrochen, um für den sogenannten "Islamischen Staat" zu kämpfen. Etwa 15 von ihnen wurden dabei getötet.

Der Verein "Mesdschid Sahabe" hatte gegen das Verbot geklagt. 2017 wurde der Rechtsstreit durch einen Vergleich mit dem Innenministerium beendet, der festlegte, dass das Vereinsverbot bestehen bleibt, das Land aber Geldforderungen an den Verein aus dem beschlagnahmten Vereinsvermögen erstattet. Rund 150.000 Euro betrugen die Forderungen gegen den Verein – fast alle von ehemaligen Mitgliedern. Wie das Innenministerium erklärte, sehe das Vereinsgesetz auch nach einem Verbot die Erfüllung berechtigter Forderungen vor, auch von ehemaligen Mitgliedern des verbotenen Vereins.

Für den von den ehemaligen Führungsmitgliedern in Stuttgart-Neugereut gegründeten neuen Moscheeverein hat der

CDU-Kreisverband Stuttgart ebenfalls ein Verbot beantragt. Ausschlaggebend für ein solches Verbot ist, ob der neue Verein "El Ihsan" sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegt oder der alte Vorstand nur unter neuem Namen eine Nachfolgeorganisation betreibt.

DATEN
Q QUELLE

08.06.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 26.01.2018 Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/stuttgart/cdustuttgart-will-neuen-moschee-verein-in-neugereutauch-verbieten-lassen/-/id=1592/did=19686312/ nid=1592/1sq42gi/index.html

Rassistische Symbole auf Hauswand

Ein unbekannter Sprayer hat am Nachmittag des 10. Juni eine Außenwand eines Mehrfamilienhauses in Ludwigsburg mit rassistischen Symbolen beschmiert. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN
Q QUELLE

12.06.2017, Ludwigsburg, Internetaufruf: 27.02.2018 Polizeipräsidium Ludwigsburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110974/3657832

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 12. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN

12.06.2017, Karlsruhe

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gernsbach kam es am 14. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN
Q QUELLE

14.06.2017, Gernsbach (Landkreis Rastatt) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

......

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hirschberg an der Bergstraße kam es am 15. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminali-

tät rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN

15.06.2017, Hirschberg an der Bergstraße (Rhein-Neckar-

Kreis)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hirschberg an der Bergstraße kam es am 15. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN

15.06.2017, Hirschberg an der Bergstraße (Rhein-Neckar-

Kreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Jestetten kam es am 15. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

ndaten Quelle

15.06.2017, Jestetten (Landkreis Waldshut) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/88

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gerstetten kam es am 15. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n daten Quelle

15.06.2017, Gerstetten (Landkreis Heilbronn) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Berglen kam es am 16. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN
Q QUELLE

16.06.2017, Berglen (Rems-Murr-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 16. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

16.06.2017, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Parteieinrichtungen

In Karlsruhe kam es am 16. Juni zu Angriffen auf Büros der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

.....

👸 DATEN 16.06.2017, Karlsruhe

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/135/1813592.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Brackenheim kam es am 18. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

18.06.2017, Brackenheim (Landkreis Heilbronn)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Einbrecher hinterlassen Hakenkreuze

Bei einem Einbruch in einen Kinderhort im Mannheimer Stadtteil Seckenheim haben die unbekannten Täter Hakenkreuze in ein Trampolin und eine Wickelkommode geritzt. Außerdem wurden eine Couch und verschiedene Spielgeräte zerstört. Erbeutet haben die Einbrecher mehrere Geldkassetten mit einer unbekannten Summe Bargeld. Laut Polizei entstand ein Schaden von insgesamt mehreren tausend Euro, verübt wurde die Tat im Zeitraum vom 14. bis zum 16. Juni. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

DATEN 18.06.2017, Mannheim, Internetaufruf: 27.02.2018

Polizeipräsidium Mannheim

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/14915/3662608

Hakenkreuz in Auto gekratzt

Zwischen dem Abend des 17. und dem Vormittag des 18. Juni wurde der Lack eines in Leutkirch im Allgäu geparkten Autos zerkratzt, auch ein Hakenkreuz wurde eingeritzt. Zeugen wurden um Hinweise zu den unbekannten Tätern gebeten.

👸 DATEN 19.06.2017, Leutkirch im Allgäu (Landkreis Ravensburg),

Internetaufruf: 27.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3663688

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 20. Juni zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität religiöse Ideologie Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 20.06.2017, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 21. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 21.06.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Backnang kam es am 21. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichnen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

21.06.2017, Backnang (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heidelberg kam es am 21. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 21.06.2017, Heidelberg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Q QUELLE

Studierendenhaus mit antisemitischen Sprüchen beschmiert

Nach Auskunft der Freiburger Studierendenverwaltung wurde am Pfingstwochenende Anfang Juni 2017 das AStA-Gebäude von Unbekannten mit antisemitischen Sprüchen verschmiert. "Free Palestine" und "FCK Israel" war an der Hauswand zu lesen. Die Studierendenvertretung wertete den Vorfall als Einschüchterungsversuch und Reaktion gegen ihr Engagement gegen Antisemitismus. Vorerst wurden die Schmierereien mit Plakaten überklebt, ob rechtliche Schritte wegen des Vorfalls eingeleitet werden, sollte der Studierendenrat entscheiden.

nternetaufruf: 22.06.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf:

26.01.2018

Q QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/freiburg/ antisemitische-schmierereien-an-unigebaeude--138371053.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Crailsheim kam es am 25. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN 25.06.2017, Crailsheim (Landkreis Schwäbisch Hall)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ulm kam es am 26. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

ndaten 26.06.2017, Ulm

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Eberbach kam es am 26. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN

QUELLE

QUELLE

26.06.2017, Eberbach (Rhein-Neckar-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gemmrigheim kam es am 28. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

👸 DATEN 28.06.2017, Gemmrigheim (Landkreis Ludwigsburg)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Weinheim kam es am 30. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 30.06.2017, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Weinheim kam es am 30. Juni zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 30.06.2017, Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

......

Geldstrafe für Hetze auf Facebook

Ein 45-Jähriger wurde vom Offenburger Amtsgericht wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 3.000 Euro verurteilt. Gemeinsam mit seinem zum Tatzeitpunkt 17-jährigen Sohn hatte der Mann im November 2016 einen Live-Stream auf Facebook gesendet, in dem die beiden Flüchtlinge beschimpft und den Holocaust geleugnet hatten. "Die können Frauen vergewaltigen, sonst nichts", war beispielsweise über Flüchtlinge zu hören oder über Adolf Hittler: "Er hat keinen vergast, ihr Vollpfosten!"

Bei der Verhandlung räumte der Angeklagte die Tat ein und bedauerte sein Verhalten, bei dem er nach seinen Angaben unter Alkoholeinfluss stand. Gegen den inzwischen volljährigen Sohn,

der aber nach Aussage des Vaters von seiner Reife her eher wie ein 14- oder 15-Jähriger sei, wird getrennt verhandelt.

ATEN 30.06.2017, Offenburg (Ortenaukreis), Internetaufruf:

26.01.2018

Q QUELLE Offenburger Tageblatt

http://epaper.bo.de/artikel/vater-und-sohn-hetzen-im-

internet-gegen-fluchtlinge

Juli 2017

Jugendliche unter Terrorverdacht 🔲

Zwei 16- und 17-jährige Jugendliche sollen im Raum Aschaffenburg einen Terroranschlag geplant haben. Ab dem 4. Juli standen sie dafür vor dem Mannheimer Landgericht. Bei einem Telefonat im Dezember 2016 sollen die beiden verabredet haben, sich Schusswaffen zu besorgen, um in einer öffentlichen Einrichtung 400 "Ungläubige" in ihre Gewalt zu bringen und zu töten. Nach der Festnahme der beiden Jugendlichen fand die Polizei in ihren Wohnungen IS-Flaggen und islamistisches Propagandamaterial, Schusswaffen wurden keine sichergestellt. Trotzdem lautete die Anklage auf Verdacht der Verabredung zum Mord.

In der Verhandlung galt es auch die Schuldfähigkeit der beiden jungen Männer zu klären, bei ihrer Verhaftung soll es bei beiden Hinweise auf eine psychische Erkrankung gegeben haben.

DATEN
Q QUELLE

04.07.2017, Mannheim, Internetaufruf: 29.01.2018
Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
https://www.swr.de/swraktuell/bw/mannheim/prozess-am-landgericht-mannheim-gegen-zwei-jugendliche-wegen-terrorverdachts/-/id=1582/did=19830098/
nid=1582/1b2p1yl/index.html

Hakenkreuze an Flüchtlingsunterkunft

Vermutlich in der Nacht zum 4. Juli wurden in Lauterbach an einer Unterkunft für Flüchtlinge insgesamt fünf Hakenkreuze an Fenster und Türen gesprüht. Gegen die unbekannten Täter hat die Kriminalpolizei Ermittlungen wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und gemeinschädlicher Sachbeschädigung eingeleitet.

n DATEN

06.07.2017, Lauterbach (Landkreis Rottweil), Internet-

aufruf: 29.01.2018

QUELLE Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/ inhalt.lauterbach-hakenkreuze-an-

fluechtlingsunterkunft-gesprueht.3f462f1a-13de-4d9f-be26-ecf768e01c81.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Pforzheim kam es am 7. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN

07.07.2017, Pforzheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

"Identitäre Bewegung" stört Vortrag

Bei einem Vortrag eines Seenotretters am 6. Juli in Meßkirch verbreiteten circa zehn Aktivisten der rechtsextremistischen "Identitären Bewegung" fremdenfeindliche Parolen und rollten ein Transparent aus, auf dem der Redner als "Heuchler" bezeichnet wurde. Sie beschuldigten die Hilfsorganisation zu Rettung in Seenot geratener Flüchtlinge, der der Redner angehört, mit Schlepperbanden zusammenzuarbeiten und verantwortlich für das Ertrinken von Flüchtlingen zu sein. Ein Meßkirchner Gemeinderat beschrieb das Auftreten der Störer gegenüber der Schwäbischen Zeitung als "aggressiv" und war der Meinung, die Situation hätte bei einer "starken Gegenreaktion" der circa 60 anwesenden Zuhörer auch eskalieren können. Nach ihrem Auftritt verließen die Aktivisten ohne weiter Zwischenfälle den Saal, die Polizei musste nicht eingeschaltet werden.

n DATEN

07.07.2017, Meßkirch (Landkreis Sigmaringen), Internet-

aufruf: 27.02.2018

Q QUELLE

Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreissigmaringen/messkirch_artikel,-rechtsextremistenst%C3%B6ren-vortrag-in-me%C3%9Fkirch-_

arid,10698133.html

Hakenkreuz-Schmiererei in Backnang

In der Nacht zum 10. Juli haben Unbekannte in Backnang eine Hauswand und eine Garage mit einem Hakenkreuz besprüht. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

.....

n DATEN

10.07.2017, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

27.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3681204

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Esslingen am Neckar kam es am 10. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

.....

1 DATEN

10.07.2017, Esslingen am Neckar

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

......

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Bietigheim-Bissingen kam es am 11. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

ndaten Quelle

11.07.2017, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigsburg)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Anschläge auf Religionsstätten/Moscheen

In Schwetzingen kam es am 11. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten mit dem Angriffsziel Religionsstätte/Moschee. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität religiöse Ideologie Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland §129b StGB.

DATEN
Q QUELLE

11.07.2017, Schwetzingen (Rhein-Neckar-Kreis)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

.....

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Dossenheim kam es am 12. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

DATEN
QUELLE

12.07.2017, Dossenheim (Rhein-Neckar-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

.....

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Frickenhausen kam es am 12. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

12.07.2017, Frickenhausen (Landkreis Esslingen) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 13. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

13.07.2017, Reutlingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Satteldorf kam es am 14. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

n DATEN

14.07.2017, Satteldorf (Landkreis Schwäbisch Hall)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 16. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

🐧 DATEN

16.07.2017, Reutlingen

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

······

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Rechtsextreme stellen schwarze Kreuze auf

Mit schwarzen Kreuzen, die sie meist an Ortsschildern oder Kriegsdenkmalen aufgehängt hatten, haben Neonazis im Landkreis Konstanz und im Bodenseekreis auf sich aufmerksam gemacht. Auf einigen der Kreuze war "7.500 deutsche Opfer" zu lesen. Anlass der in ganz Deutschland stattfindenden Aktion war ein Aufruf des Berliner Neonazi-Rappers Patrick K. aus dem Jahr 2014, am 13. Juli deutschen Mordopfern ausländischer Täter seit 1990 zu gedenken. Die Polizei hat die Kreuze entfernt und ermittelt wegen unerlaubter Sondernutzung des öffentlichen Raums. Der Straftatbestand der Volksverhetzung liegt nach Polizeiangaben nicht vor. Laut Verfassungsschutz gibt es für die behauptete Opferzahl von 7.500 Personen keine Belege.

n DATEN

17.07.2017, Landkreis Konstanz, Internetaufruf:

29.01.2018

Q QUELLE

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Neonazis-suchen-mit-schwarzen-Kreuzen-Aufmerksamkeit;art372448,9334917

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schorndorf kam es am 17. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die

Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN

QUELLE

17.07.2017, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Werbeaufkleber von "Identitärer Bewegung"

Gelbe Aufkleber mit verschiedenen Parolen der rechtsextremen "Identitären Bewegung" sind im Juli in Stuttgart-Birkach aufgetaucht. Wie die Bezirksvorsteherin berichtete, hatte die extremistische Organisation bereits früher mit Flyern in Birkach für sich geworben.

Ein Polizeisprecher sagte zu den Vorfällen, der Staatsschutz habe die Gruppierung im Blick, strafrechtlich sei sie in Stuttgart aber noch nicht in Erscheinung getreten, die meisten Mitglieder kämen offenbar von außerhalb. Er bat Bürger, solche Flyer-, Plakatierungsoder andere Aktionen bei der Polizei zu melden.

<u>ព</u>្ឋំ DATEN

20.07.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 29.01.2018

Q QUELLE Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgartbirkach-rechte-gruppierung-wirbt-offensiv.9ca9cd1f-

9e35-41b5-a0da-06362594cb23.html

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Mannheim kam es am 20. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

......

n DATEN

20.07.2017, Mannheim

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Mutmaßliche Dschihadistinnen aus Mannheim im Irak gefasst

Unter 20 Dschihadistinnen, die irakische Streitkräfte bei der Befreiung Mossuls von der Terrormiliz "Islamischer Staat" (IS) Mitte Juli 2017 festgenommen haben, sollen insgesamt vier deutsche Staatsbürgerinnen sein, zwei von ihnen aus Mannheim. Es soll sich um eine Frau marokkanischen Ursprungs und ihre erwachsene Tochter handeln. Gegen die vier Frauen habe die Bundesanwaltschaft Ermittlungen wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in der Terrororganisation IS aufgenommen, gab das Justizministerium bekannt. Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den irakischen Behörden würden geprüft, ein Auslieferungsabkommen mit dem Irak gebe es aber nicht.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amts sagte, man wisse noch nicht, welche Taten den Frauen überhaupt zur Last gelegt werden könnten. Er halte es für höchst unwahrscheinlich, dass den mutmaßlichen Dschihadistinnen bei einem Prozess im Irak die Todesstrafe drohe, könne das jedoch auch nicht hundertprozentig ausschließen

DATEN

QUELLE

26.07.2017, Mannheim, Internetaufruf: 30.01.2018 Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/mannheim/ zwei-frauen-aus-bw-in-mossul-gefasst/-/ id=1582/did=19971226/nid=1582/1l9flf/index. html

Plakat der "Identitären Bewegung"

Am 24. Juli, dem in Ulm gefeierten Schwörmontag, haben Aktivisten der rechtsextremen "Identitären Bewegung" auf dem Fest während des "Nabada" (Hinunter-Baden) in der Donau ein Transparent ihrer Gruppierung über dem Fluss aufgehängt.

Die Partei Die Linke forderte anschließend Aufklärung darüber, warum die anwesende Polizei nicht auf die Aktion reagiert habe und warum das Transparent von Besuchern entfernt werden musste, weil die Beamten nicht eingeschritten waren.

n DATEN

27.07.2017, Ulm, Internetaufruf: 29.01.2018

Q QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/ ulm/weiter-wirbel-um-plakat-deridentitaeren-23585287.html

Nicht genehmigte Moschee in Stuttgart

Nachdem das Baurechtsamt die Räume einer nicht genehmigten Moschee in einem Gewerbegebiet in Stuttgart-Stammheim geschlossen hatte, räumte der Vorstand des Moscheevereins Versäumnisse ein. Man habe nicht gewusst, dass kirchliche Anlagen in dem Stammheimer Gewerbegebiet nicht erlaubt seien und wäre davon ausgegangen, dass die Moschee, genauso wie am vorherigen Standort, einem Gewerbegebiet in Stuttgart-Zuffenhausen, zulässig sei. "Es war unser Fehler, dass wir nicht auf die Stadt zugegangen sind und uns informiert haben", sagte ein Sprecher des Vereins.

Von dem Vorwurf der Moscheeverein sei salafistisch geprägt und in den Predigten würde ein sehr konservatives Weltbild vertreten, distanzierte sich der Vereinsvorstand. Zwei der Gründungsmitglieder gaben an, die Moschee gegründet zu haben, um sich auf Deutsch über den Islam austauschen zu können, auch die Predigten seien auf Deutsch. Die Behörden gehen dennoch weiter von einer salafistischen Prägung des Moscheevereins aus, sagte

ein Polizeisprecher. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet den Verein.

1 DATEN

27.07.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 29.01.2018

Q QUELLE Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.verbotenenutzung-von-raeumen-in-stuttgart-stammheimmoscheeverein-gesteht-versaeumnisse-ein.6e531e83-

bba7-408e-932c-99b9b04725d7.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Aspach kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN
Q QUELLE

30.07.2017, Aspach (Rems-Murr-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ehingen (Donau) kam es am 30. Juli zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN
Q QUELLE

30.07.2017, Ehingen (Donau) (Alb-Donau-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Todtnau kam es am 30. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN

30.07.2017, Todtnau (Landkreis Lörrach)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 31. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

31.07.2017, Mannheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 31. Juli zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN

31.07.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

August 2017

Rechte nutzen Zwischenfälle auf Stadtfest für Propaganda

Nachdem es Mitte Juli bei der Schorndorfer Woche "SchoWo" zu verschiedenen Gewalttätigkeiten und sexuellen Belästigungen gekommen war, an denen auch Asylbewerber beteiligt gewesen sein sollen, haben rechte Gruppierungen die Vorkommnisse genutzt, um fremdenfeindliche Propaganda zu machen. Die rechtsextremistische Kleinpartei "Der III. Weg" und die ebenfalls zur rechtsextremen Szene gehörende "Identitäre Bewegung" haben Flugblätter mit hetzerischen Behauptungen über die Zwischenfälle auf dem Stadtfest verteilt, die nach Auskunft einer Sprecherin des Schorndorfer Landratsamts wahrheitswidrig seien. Solche Vorfälle seien für diese Gruppierungen "die Gelegenheit, Anhänger zu gewinnen", sagte sie weiter.

DATEN 01.08.2017, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 08.02.2018

QUELLE Waiblinger Kreiszeitung

https://www.zvw.de/inhalt.schorndorfrechtsextreme-hetze-nach-schowovorfaellen.baf6a329-f330-4228-b3d6-

33367a20b39a.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Talheim kam es am 1. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 01.08.2017, Talheim (Landkreis Heilbronn)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Ausländerfeindliches Graffiti an historischem Stadttor

Eine ausländerfeindliche Parole wurde von Unbekannten mit einer Schablone auf eines der historischen Stadttore in Waldshut gesprüht. Wie der Leiter des Ordnungsamtes gegenüber dem Südkurier erklärte, hielten sich Graffiti-Sprühereien in Waldshut insgesamt aber im Rahmen. Graffitis mit ausländerfeindlichen Inhalten habe es nach Kenntnis der Stadt in den letzten Jahren nicht gegeben. Allerdings seien in jüngerer Zeit schwarz-gelbe Aufkleber der rechtsextremistischen "Identitären Bewegung" mit Sprüchen wie "Multikulti ist eine Lüge" an Mülleimern und Laternen gefunden worden.

n DATEN

02.08.2017, Waldshut-Tiengen (Landkreis Waldshut),

Internetaufruf: 27.02.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/waldshut-tiengen/Auslaenderfeindlicher-Spruch-am-Oberen-Tor-Graffiti-mittlerweile-

entfernt;art372623,9358441

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Backnang kam es am 2. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN 02.08.2017, Backnang (Rems-Murr-Kreis)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Geldstrafe für Volksverhetzung im Internet

Ein 40 Jahre alter Maler und Lackierer aus Neuenstein hatte Mitte Januar 2016 auf seinem Facebook-Account sinngemäß die Frage gestellt, welche Konsequenzen es hätte, wenn es in einer Flüchtlingsunterkunft durch eine defekte Heizungsanlage "brandheiss" werden würde und alle sich gegenseitig ein Alibi geben würden. Der Post wurde angezeigt und der Mann dafür vom Öhringer Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 70 Tagessätzen zu 30 Euro verurteilt.

Nach einem Einspruch des Verurteilten mit Hinweis auf seine Finanzlage wurde die Strafe auf 60 Tagessätze zu je 15 Euro reduziert. Mit einem Nettoeinkommen von 1.600 Euro ernähre er drei eigene Kinder und zwei seiner Partnerin.

O3.08.2017, Neuenstein (Hohenlohekreis), Internetaufruf:

Q QUELLE Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/hohenlohe/nachrichten/oehringen/Geldstrafe-wegen-Volksverhetzung-im-

Internet;art1921,3891658

Hakenkreuz auf Vereinsheim

Ein Hakenkreuz und der Schriftzug "42016 BUDZ" wurden von Unbekannten auf die Wand eines Vereinsheims in Isny geschmiert. Außerdem warfen die Täter ein Metallgitter auf das Dach des Gebäudes, entleerten einen Farbeimer und stießen ein abgestelltes Fahrrad um. Insgesamt entstand laut Polizeiangaben ein Schaden von mehreren hundert Euro. Die Sachbeschädigungen fanden zwischen dem 1. August um 22.30 Uhr

und dem 2. August um 14.00 Uhr statt. Die Polizei hat Zeugen gebeten, sich zu melden.

🕺 DATEN 03.08.2017, Isny im Allgäu (Landkreis Ravensburg),

Internetaufruf: 27.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3700905

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schopfheim kam es am 3. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 03.08.2017, Schopfheim (Landkreis Lörrach)
Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 6. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

.....

1 DATEN 06.08.2017, Karlsruhe

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Karlsruhe kam es am 6. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 06.08.2017, Karlsruhe

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 7. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

•••••••••••••••••••••••••••••••••

🕺 DATEN 07.08.2017, Mannheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sulz am Neckar kam es am 7. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

1 DATEN

07.08.2017, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 7. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

07.08.2017, Mannheim

Q QUELLE

E Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Illegale Waffen bei "Reichsbürger" beschlagnahmt

In einer Gemeinde nahe dem hohenlohischen Künzelsau hat die Polizei bei einer Wohnungsdurchsuchung Anfang August fünf Schusswaffen, mehrere sogenannte Deko- und Anscheinswaffen sowie mehrere Kisten Munition beschlagnahmt. Der 60-jährige Wohnungsinhaber, ein mutmaßlicher "Reichsbürger", hatte mit einem Foto einer angeblich erlaubnisfreien Waffe in einem sozialen Netzwerk die Aufmerksamkeit der Ermittler erregt. Da die Funde teils unter das Waffen-, das Kriegswaffenkontroll- und das Sprengstoffgesetz fielen, wurden entsprechende Anzeigen gegen den Mann erstattet.

1 DATEN

07.08.2017, Hohenlohekreis, Internetaufruf: 09.02.2018

Q QUELLE Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.badenwuerttemberg-polizei-stellt-waffen-bei-reichsbuergersicher.fc76e1eb-baf6-46af-8cca-d68b60cddce6.html

Hakenkreuz auf Auto gekratzt

Im Schwäbisch Gmünder Stadtteil Bettringen haben unbekannte Täter im Zeitraum vom Abend des 6. bis zum Vormittag des 7. August ein Hakenkreuz in den Lack eines geparkten Autos gekratzt. Es entstand ein Schaden von circa 500 Euro. Die Polizei bat um Hinweise zu den Tätern.

n DATEN

07.08.2017, Schwäbisch Gmünd (Ostalbkreis), Internet-

aufruf: 27.02.2018 Polizeipräsidium Aalen

Q QUELLE

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3703403

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gaienhofen kam es am 8. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat §89a StGB.

n DATEN 08.08.2017, Gaienhofen (Landkreis Konstanz) QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Bad Krozingen kam es am 8. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

08.08.2017, Bad Krozingen (Landkreis Breisgaun DATEN Hochschwarzwald)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Bad Krozingen kam es am 8. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 08.08.2017, Bad Krozingen (Breisgau-Hochschwarzwald) QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ötisheim kam es am 8. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 08.08.2017, Ötisheim (Enzkreis) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sindelfingen kam es am 8. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politischmotivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 08.08.2017, Sindelfingen Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Hakenkreuz auf Schulgelände

Am 11. August wurde auf einem Schulgelände in Plüderhausen ein Hakenkreuz entdeckt. Unbekannte hatten es in der Nacht aus für Renovierungsarbeiten gelagertem Dämmmaterial aneinandergelegt. Die Polizei hat strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet.

Bereits in der Woche zuvor waren Sachbeschädigungen auf dem Schulhof verübt worden, ob beide Vorfälle einen Zusammenhang hatten, war aber unklar.

n DATEN 11.08.2017, Plüderhausen (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 09.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3707280

Betrunkene Frau sprüht Hakenkreuze

Eine stark alkoholisierte Frau hat die Polizei am Morgen des 11. August am Bietigheimer Bahnhof festgenommen. Ein Zeuge hatte beobachtet, wie sie mehrere Fensterscheiben von Gebäuden am Bahnhof mit Hakenkreuzen und einem rechtsextremen Schriftzug besprüht hatte, und daraufhin die Polizei verständigt. Ein Alkoholtest bei der 33 Jahre alten Frau ergab circa drei Promille, sie wurde bis zum Mittag in Polizeigewahrsam genommen und wegen Sachbeschädigung angezeigt.

n DATEN 11.08.2017, Bietigheim-Bissingen (Landkreis Ludwigs-

burg), Internetaufruf: 12.01.2018

Q QUELLE Ludwigsburger Kreiszeitung https://www.lkz.de/lokales/polizei_artikel,-Nazi-

Schmierereien-am-Bahnhof- arid,435634.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Jestetten kam es am 14. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN 14.08.2017, Jestetten (Landkreis Waldshut) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Verbotene rechtsextreme Symbole auf Brückenpfeiler

Am 14. August wurden auf einem einen Brückenpfeiler an der B 14 bei Leutenbach Schriftzüge und verbotene Symbole entdeckt, die

vornehmlich von Rechtsextremen verwendet werden. Der Staatsschutz der Waiblinger Kriminalpolizei hat strafrechtliche Ermittlungen aufgenommen und bat Zeugen um Hinweise auf die unbekannten Täter.

🐧 DATEN 16.08.2017, Leutenbach (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 09.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3710950

Hakenkreuz gesprüht und Zeitungen angezündet

In der Nacht zum 16. August haben Unbekannte in Althengstett ein Hakenkreuz auf eine in einer überdachten Bushaltestelle stehende Metallkiste gesprüht. Außerdem wurden Zeitungen angezündet. Zu einem Brandausbruch kam es nicht, die Zeitungen schwelten lediglich vor sich hin. Der entstandene Schaden betrug circa 60 Euro. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

naten 16.08.2017, Althengstett (Landkreis Calw), Internetaufruf:

09.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Karlsruhe

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110972/3710940

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Pforzheim kam es am 16. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

👸 DATEN 16.08.2017, Pforzheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

.....

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Bad Waldsee kam es am 19. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinschädliche Sachbeschädigung §304 StGB.

19.08.2017, Bad Waldsee (Landkreis Ravensburg)
QUELLE
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146
http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

.....

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Urbach kam es am 19. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle

gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen 886a StGB.

Ď DATEN

19.08.2017, Urbach (Rems-Murr-Kreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

Q QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Neonazis stellen Kreuze für Rudolf Heß auf

Unbekannte haben in Backnang Holzkreuze zum Todestag des Hitler Stellvertreters und verurteilten Kriegsverbrechers Rudolf Heß aufgestellt. Ein Kreuz stand an einem Kriegerdenkmal gegenüber dem Rathaus und trug die Aufschrift "Rudolf Hess 17.8:87", zwei weitere Holzkreuze standen auf einer Grünfläche und dem Backnanger Friedhof. Außerdem wurden Transparente mit Heß-Bezug an einer Brücke an der B14 angebracht. Staatsschutz und Staatsanwaltschaft haben Ermittlungen zu den Vorfällen aufgenommen.

n DATEN

19.08.2017, Backnang (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

12.02.2018

Q QUELLE Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/staedte/stuttgart/neonazis-stellen-kreuze-fuer-rudolf-hess-auf-23617901.

html

Partybesucher skandieren rechtsextreme Parolen

Dreizehn Festnahmen und die vorübergehende Sperrung einer Straße waren die Bilanz einer aus dem Ruder gelaufenen Geburtstagsfeier in der Karlsruher Innenstadt. Am frühen Morgen des 20. August warfen teilweise erheblich angetrunkene Gäste der privaten Party Glasflaschen und Blumentöpfe aus dem Fenster und grölten rechtsextreme Parolen zu lauter Musik. Hinzugerufene Polizeibeamte wurden bedroht und beschimpft. Eine anschließende Durchsuchung der Wohnung durch Polizeikräfte verlief dann aber ohne großen Widerstand, 13 Männer im Alter von 17 bis 30 Jahren wurden dabei vorläufig festgenommen. Die Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Körperverletzung eingeleitet.

n DATEN

Q QUELLE

20.08.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 12.02.2018

ka-news.de

https://www.ka-news.de/region/karlsruhe/ Karlsruhe~/13-Festnahmen-und-Sperrung-der-Karlstrasse-nach-Party-Eskalation;art6066,2107874

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 21. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 21.08.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Offenburg kam es am 22. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 22.08.2017, Offenburg (Ortenaukreis) QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

> http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf ·····

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ludwigsburg kam es am 23. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN 23.08.2017, Ludwigsburg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Hakenkreuzschmierereien in Gärtringen

In der Nacht zum 25. August haben in Gärtringen Unbekannte zwei Verteilerkästen mit Hakenkreuzen besprüht. Der Sachschaden wurde auf circa 2.000 Euro geschätzt. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und bat Zeugen um Hinweise.

n DATEN 25.08.2017, Gärtringen (Landkreis Böblingen), Internet-

aufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Ludwigsburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110974/3718328

..... Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Weingarten (Baden) kam es am 25. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Öffentliche Aufforderung zu Straftaten §111 StGB.

n DATEN 25.08.2017, Weingarten (Baden) (Landkreis Karlsruhe) Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Tübingen kam es am 26. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN 26.08.2017, Tübingen

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

> http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heilbronn kam es am 27. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN 27.08.2017, Heilbronn

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

> http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Albstadt kam es am 28. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 28.08.2017, Albstadt (Zollernalbkreis) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

> http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sulz am Neckar kam es am 29. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN 29.08.2017, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/

btd/19/008/1900889.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Sulz am Neckar kam es am 29. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

DATEN
QUELLE

29.08.2017, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

"RAUS" an die Hauswand von Flüchtlingsfamilie gesprüht

"RAUS" und ein angedeutetes Hakenkreuz haben Unbekannte in der Nacht zum 27. August auf ein als Unterkunft für eine aus dem Irak geflüchtete Familie genutztes Haus im Heilbronner Stadtteil Frankenbach gesprüht. Die Familie war nach dem Vorfall verunsichert und hatte Angst, die Kinder aus dem Haus zu lassen. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen übernommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

n DATEN

29.08.2017, Heilbronn, Internetaufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/heilbronn/hn/Familie-nach-Schmierereien-verunsichert;art31502,3904095

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sulz am Neckar kam es am 29. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

ndaten Quelle

29.08.2017, Sulz am Neckar (Landkreis Rottweil)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN

30.08.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 30. August zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politischmotivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

30.08.2017, Stuttgart

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Sechs Monate auf Bewährung für rassistischen Angriff

Ein 44-jähriger Mann wurde vom Amtsgericht Böblingen wegen Beleidigung und Körperverletzung zu sechs Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und 2.000 Euro Geldstrafe verurteilt. Im Februar hatte der Böblinger einen Studenten aus Afrika in einem Supermarkt zuerst als Affen beschimpft und dann auf dem Parkplatz mit Fäusten geschlagen. Der Richter begründete sein Urteil damit, dass die Tat eindeutig von Rassismus geprägt gewesen sei. Der Angeklagte hatte hingegen behauptet, in dem Afrikaner den Mann erkannt zu haben, der wenige Wochen zuvor seine Frau begrapscht hatte. Er habe ihn deshalb zur Rede stellen wollen und nicht geschlagen, "höchstens ein wenig berührt". Der Richter schenkte dieser Darstellung aber keinen Glauben, auch da sie von einem bei dem Vorfall anwesenden Freund des Angeklagten nicht bestätigt wurde. Der als Zeuge geladene Freund wollte sich an nichts erinnern.

n DATEN

31.08.2017, Böblingen, Internetaufruf: nur mit Abo ver-

fügbar

QUELLE

Kreiszeitung Böblinger Bote https://www.krzbb.de/krz_50_111379056-13-_

Bewaehrungsstrafe-nach-Beleidigung-und-Faustschlag.

htm

September 2017

Verurteilung wegen Terrorismusfinanzierung

Die Mutter eines wahrscheinlich in Syrien gestorbenen Dschihadisten wurde am 4. September wegen Terrorismusfinanzierung (financement du terrorisme) zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt.

n DATEN 04.09.2017, Paris, Internetaufruf: 29.03.2018 Q QUELLE

> http://www.lalsace.fr/actualite/2017/09/07/prisonferme-requise-contre-une-mere-de-jihadiste

Randalierer zeigt Hitlergruß

Ein 34-jähriger Mann hat am Abend des 4. September an einer Bushaltestelle in Leinfelden-Echterdingen randaliert. Er warf mit Bierflaschen um sich, zeigte den Hitlergruß, rief "Sieg-Heil" und urinierte gegen einen abgestellten Transporter. Anschließend beleidigte der alkoholisierte Mann noch herbeigerufene Polizeibeamte, als diese ihn kontrollieren wollten. Der Randalierer wurde vorübergehend in Gewahrsam genommen und es wurden Ermittlungen wegen Beleidigung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gegen ihn eingeleitet.

n DATEN 05.09.2017, Leinfelden-Echterdingen (Landkreis

Esslingen), Internetaufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Stuttgarter Zeitung

> https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.leinfeldenechterdingen-randalierer-zeigt-hitlergruss.c7efa0b6-

ff7b-4ab2-afde-c466fdd74ce1.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Friedrichshafen kam es am 7. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Körperverletzung §223 StGB.

n DATEN 07.09.2017, Friedrichshafen (Bodenseekreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146 QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Friedrichshafen kam es am 7. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

07.09.2017, Friedrichshafen (Bodenseekreis)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rosenfeld kam es am 7. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politischmotivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

07.09.2017, Rosenfeld (Zollernalbkreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

Q QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Auto mit Hakenkreuz zerkratzt

In Sigmaringendorf haben unbekannte Täter in der Nacht vom 5. zum 6. September ein Hakenkreuz in eine Tür eines in einer Hofeinfahrt abgestellten Autos gekratzt. Die Polizei hat Ermittlungen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgenommen und bat Zeugen, sich zu melden.

n DATEN

07.09.2017, Sigmaringendorf (Landkreis Sigmaringen),

Internetaufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3729481

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Karlsruhe kam es am 8. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

08.09.2017, Karlsruhe

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gottmadingen kam es am 9. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

·····

n DATEN

09.09.2017, Gottmadingen (Landkreis Konstanz)

......

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Stuttgart kam es am 9. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

1 DATEN 09.09.2017, Stuttgart

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Rassistische Beleidigungen bei Auseinandersetzung

Am frühen Morgen des 9. September trafen in der Mannheimer Innenstadt eine Gruppe Fußballfans und eine Gruppe schwarzafrikanischer junger Männer aufeinander. Zwischen beiden Gruppierungen kam es zu Streitereien, bei denen es einzelne rassistische und beleidigende Äußerungen von Seiten der Fußballanhänger gegeben haben soll. Mit 17 Streifenwagenbesatzungen und der Polizeihundestaffel hielt die Polizei die beiden Gruppen getrennt und sprach Platzverweise aus. Gegen einen besonders aggressiven Fußballfan wurden dabei Schlagstock und Pfefferspray eingesetzt. Er wurde kurzzeitig zur Aufnahme seiner Personalien in Gewahrsam genommen. Gegen den Mann wurde Anzeige erstattet.

n DATEN

10.09.2017, Mannheim, Internetaufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Mannheim

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/14915/3731271

SPD erstattet Anzeige wegen AfD-Plakat

Die Staatsanwaltschaft in Ulm sollte prüfen, ob mit einem Wahlplakat der AfD ein Straftatbestand, etwa der Verleumdung, Beleidigung oder Volksverhetzung, erfüllt sei. Die SPD hatte Anzeige wegen des Plakats erstattet, auf dem es hieß: "Özoguz 'entsorgen'? JA!!!" Mit dem Plakat hatte die Ulmer AfD eine Äußerung ihres Spitzenkandidaten Alexander Gauland aufgegriffen, der auf einer Wahlkampfveranstaltung im thüringischen Eichsfeld davon gesprochen hatte, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Aydan Özoguz (SPD) in Anatolien zu "entsorgen". Das Plakat wurde in der Ulmer Innenstadt aufgehängt und in sozialen Netzwerken verbreitet.

Folgemeldung zu "SPD erstattet Anzeige wegen AfD-Plakat" vom 10.09.2017

Mehr als ein halbes Jahr nach der Einleitung von Ermittlungen gegen den AfD-Fraktionschef Alexander Gauland, wegen Volksverhetzung nach einem Wahlkampfauftritt im thüringischen Eichsfeld, wurde das Verfahren eingestellt. Die Aussagen seien zwar polemisch gewesen, seine Formulierung könne aber unterschiedlich interpretiert werden.

1 DATEN

10.09.2017, Ulm, Internetaufruf: 13.02.2018

QUELLEN

Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg

https://www.swr.de/swraktuell/bw/spderstattet-anzeige-wegen-afd-plakat/-/ id=1622/did=20259838/nid=1622/897vck/

index.html

Heilbronner Stimme

https://www.stimme.de/deutschlandwelt/politik/dw/Ermittlungen-wegen-Volksverhetzung-gegen-Alexander-Gaulandwerden-eingestellt;art295,4029097

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sigmaringen kam es am 11. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

n DATEN

11.09.2017, Sigmaringen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Schweinekopf auf Baugelände von Flüchtlingsunterkunft

In der Nacht zum 9. September hat ein Unbekannter auf dem Grundstück einer geplanten Flüchtlingsunterkunft einen Schweinekopf aufgespießt und ein Schriftstück hinterlassen, in dem er sich gegen Asylbewerber aussprach. Die Polizei ging von einer fremdenfeindlichen Straftat aus und bat Zeugen, sich zu melden.

n DATEN

11.09.2017, Gottmadingen (Landkreis Konstanz),

Internetaufruf: 13.02.2018

Q QUELLE

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/ gottmadingen/Aufgespiesster-Schweinekopf-auf-Baugelaende-von-Fluechtlingsunterkunft-Polizeivermutet-fremdenfeindliche-Tat;art372442,9407976

Hakenkreuze an Flüchtlingswohnungen

Mehrere Hakenkreuze haben Unbekannte in der Nacht zum 11. September in der Gemeinde Eggingen gesprüht. Die Hakenkreuz-Schmierereien waren an Fassaden von Wohnhäusern, die als Unterkünfte für Geflüchtete genutzt werden, an zwei Gaststätten und auf Wahlplakaten verschiedener Parteien aufgesprüht. Die Polizei hat das Staatsschutzdezernat der

Kriminalpolizei in die Ermittlungen eingeschaltet und bat um Hinweise von Zeugen.

DATEN 12.09.2017, Eggingen (Landkreis Waldshut), Internet-

aufruf: 13.02.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/hochrhein/ eggingen/Hakenkreuze-an-Fluechtlingswohnungen-in-

Eggingen; art 372593,9408373

Hakenkreuz auf Radweg

Am 11. September wurde auf einem Radweg zwischen den Aalener Ortsteilen Treppach und Dewangen ein mit grüner Farbe aufgesprühtes circa ein Meter großes Hakenkreuz entdeckt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

ATEN 12.09.2017, Aalen (Ostalbkreis), Internetaufruf:

13.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3733569

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rheinstetten kam es am 13. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten §126 StGB.

13.09.2017, Rheinstetten (Landkreis Karlsruhe)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuz in Parkbank geritzt

Die Polizei gab bekannt, dass bereits in der zweiten Augusthälfte Unbekannte auf einer Aussichtsplattform im Rudersberger Teilort Mannenberg mehrere verbotene Symbole wie Hakenkreuze in das Holz einer Parkbank geritzt haben. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

naten 13.09.2017, Rudersberg (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 13.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3734690

Hakenkreuz im Hauseingang

Im Vorraum eines von einer kurdischen Familie bewohnten Hauses in Friedrichshafen haben Unbekannte in der Nacht zum 15. September ein Hakenkreuz auf eine Wand geschmiert. Die Polizei hat Ermittlungen wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen sowie Sachbeschädigung aufgenommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

🕺 DATEN 15.09.2017, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internet-

aufruf: 19.02.2018

Q QUELLE Schwäbische Zeitung

http://www.schwaebische.de/region_artikel,-Hakenkreuz-

im-Hausgang-_arid,10736290_toid,310.html

Waffen von "Reichsbürgern" beschlagnahmt

In Stuttgart hat die Polizei am 15. September Waffen in den Wohnungen von vier sogenannten "Reichsbürgern" beschlagnahmt, deren Namen in der Waffenbesitzerkartei entdeckt worden waren. Neben den Ermittlern, die in die Wohnungen gingen, war aus Sicherheitsgründen ein Sondereinsatzkommando an dem Einsatz beteiligt. Insgesamt wurden circa 60 legal erworbene Schusswaffen eingezogen.

Die Waffenbesitzer hätten sich laut einem Sprecher der Stadt bei verschiedenen Anlässen selbst als sogenannte "Reichsbürger" zu erkennen gegeben, woraufhin ihre Namen mit der Waffenbesitzerkartei abgeglichen worden waren. Bei der Beschlagnahmung ihrer Waffen hätten sich die Männer kooperativ verhalten.

In Stuttgart werden rund 200 Personen der "Reichsbürger"-Szene zugeordnet. Anfang 2017 hatte das baden-württembergische Innenministerium die Stadt- und Landkreise angewiesen, als sogenannte "Reichsbürger" identifizierten Personen eine erteilte Waffenerlaubnis zu entziehen. Im Jahr zuvor war in Bayern ein Polizist von einem Anhänger der "Reichsbürger"-Bewegung erschossen worden, als er dessen Wohnung durchsuchen wollte.

15.09.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 13.02.2018

Q QUELLE Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ordnungsamtstuttgart-stadt-nimmt-reichsbuergern-die-waffen-weg. a5b9aa50-413c-4dab-a59b-a57596fcaf48.html

Randalierer des jüdischen Friedhofs in Sarre-Union verurteilt

Fünf Jugendliche, die am 12. Februar 2015 auf dem jüdischen Friedhofs von Sarre-Union (Bas-Rhin) 250 der 400 Gräber schwer beschädigt hatten, wurden vom Jugendgericht in Saverne für ihre Tat verurteilt. Die Jugendlichen, die zum Tatzeitpunkt 15 bis 17 Jahre alt waren, hatten rechtsextreme und antisemitische Parolen wie "Heil Hitler" und "Dreckige Juden" (sales juifs) auf die Grabstätten geschmiert, Grabsteine zerstört und insgesamt einen Schaden von 850.000 Euro angerichtet. Der Anführer der Gruppe

wurde zu 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, drei weitere Täter zu je einem Jahr auf Bewährung und ein letzter zu acht Monaten auf Bewährung. Zudem sollen sie für die Wiederherstellung des Friedhofes aufkommen und müssen Sozialstunden ableisten.

nternetaufruf:

03.04.2018

Q QUELLE L'Est Republicain

https://www.estrepublicain.fr/actualite/2017/09/16/les-

profanateurs-du-cimetiere-juif-condamnes

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Gerlingen kam es am 16. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

16.09.2017, Gerlingen (Landkreis Ludwigsburg)

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ludwigsburg kam es am 18. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🕺 DATEN 18.09.2017, Ludwigsburg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten

In Ludwigsburg kam es am 18. August zu islamfeindlichen und antimuslimischen Straftaten. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

🕺 DATEN 18.09.2017, Ludwigsburg

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Prozess gegen mutmaßliche Terrorhelfer

Am 19. September begann vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht der Prozess gegen zwei 40 und 27 Jahre alte Männer, die die dem sogenannten "Islamischen Staat" (IS) nahestehende Jamwa Gruppe in Syrien unterstützt haben sollen. In Deutschland ist die Jamwa als terroristische Vereinigung eingestuft.

......

Der jüngere Bruder des 40-jährigen Angeklagten war im August 2013 nach Syrien gereist und hatte sich dort der radikal-islamistischen Jamwa angeschlossen, um gegen die Truppen des Machthabers Assad zu kämpfen. Im Oktober 2013 war er nach Stuttgart zurückgekommen, um Ausrüstungsgegenstände für die Jamwa Terrorgruppe einzukaufen. Das Geld dafür hat dann sein Bruder, der 40-Jährige Angeklagte, von einem Firmenkonto der Familie abgehoben. Außerdem hat der 40-Jährige ein Auto für den Transport der Einkäufe nach Syrien besorgt. Beim Einkauf der Ausrüstungsgegenstände hat der 27-jährige Angeklagte den jüngeren der Brüder begleitet, mit dem er befreundet war. Gemeinsam haben sie ein Nachtsichtgerät, Medikamente und Militärkleidung erworben, die der 27-Jährige dann in seiner Wohnung aufbewahrt hat.

Für ihre Mithilfe bei der Ausrüstungsbeschaffung wurden die beiden Männer wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland angeklagt, zudem hätten sie Hilfe bei der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat geleistet.

Folgemeldung zu "Prozess gegen mutmaßliche Terrorhelfer" vom 19.09.2017

Die beiden als Unterstützer der islamistischen Terrorvereinigung Jamwa angeklagten Männer sind vom Oberlandesgericht Stuttgart zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Weil beide umfassende Geständnisse abgelegt hatten und ihre Handlungen auf familiäre und freundschaftliche Gründe zurückzuführen seien, billigten die Richter ihnen Strafrabatte zu. Der 40-Jährige erhielt 22 Monate, der 27-Jährige zwölf Monate Haft auf Bewährung.

<u>ជំ</u> DATEN 19.09.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 13.02.2018

Q QUELLEN Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt. mutmassliche-terrorhelfer-in-stuttgart-vor-gericht-isterror-von-stuttgart-aus-unterstuetzt.e7483c88-b3ff-

4f20-9b8b-16200499d4e1.html

Stuttgarter Nachrichten

https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt. oberlandesgericht-stuttgart-verurteilt-zwei-

terrorunterstuetzer-terrorhelfer-bleiben-frei.d129cc41-

7a07-4031-9b4d-ce3539671a0b.html

Rassismus-Vorwürfe bei Fußballspiel

Bei einem Fußballspiel der Kreisklasse C in Gaggenau soll ein dunkelhäutiger Gaggenauer Spieler von einem Spieler der Gastmannschaft aus Ötigheim mit den Worten "Heil Hitler, du Scheiß Nigger" beschimpft worden sein. Nach Spielende soll außerdem ein weiterer Spieler aus Ötigheim den Hitlergruß an die eigenen Zuschauer gerichtet haben, die daraufhin mehrheitlich applaudiert hätten, berichtete ein Trainer des VFB Gaggenau den Badischen

Neuesten Nachrichten. Seine Schilderungen seien von einem Ötigheimer Vereinsmitglied bestätigt worden, das auch von "rechtsradikalen Tendenzen beim FV Ötigheim" gesprochen habe, berichtete die Zeitung weiter. Der Vereinsvorsitzende des FV Ötigheim und der Südbadische Fußballverband kündigten Maßnahmen zur Aufklärung des Vorfalls an.

Folgemeldung zu "Rassismus-Vorwürfe bei Fußballspiel" vom 19.09.2017

Die beiden beschuldigten Kreisliga-Spieler des FV Ötigheim vom Bezirkssportgericht Baden-Baden wurden für jeweils neun Monate gesperrt. Das Sportgericht sah die ihnen vorgeworfenen Taten nach der Auswertung von Stellungnahmen der Vereine und Aussagen von Zeugen als erwiesen an. Außerdem berichtete der SWR, die Staatsanwaltschaft Baden-Baden habe bestätigt, dass sie Ermittlungen gegen die beiden Spieler aufgenommen habe.

19.09.2017, Gaggenau (Landkreis Rastatt), Internetaufruf:

QUELLEN Badische Neueste Nachrichten

https://bnn.de/nachrichten/rassismus-vorwuerfe-in-der-

Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg https://www.swr.de/swraktuell/bw/karlsruhe/staatsanwaltschaft-ermittelt-sperre-fuer-rassismus-aufdem-fussballplatz/-/id=1572/did=20387314/nid=1572/xhnii9/

Unternehmen werben mit rassistischem Plakat für Bundestagswahl

Ein Unternehmen in Egesheim hatte auf seinem Betriebsgelände ein von drei weiteren regionalen Firmen unterstütztes rassistisches Wahlplakat aufgestellt. Das Plakat zeigte unter dem Titel "Deutschland 2030" ein Foto eines blonden Jungen inmitten dunkelhäutiger Menschen und darunter die Frage: "Woher kommst du denn?" Das umstrittene Wahlplakat verhalf der kleinen Gemeinde zu trauriger Berühmtheit und sorgte für Schlagzeilen in den bundesweiten Nachrichten. Vorübergehend wurde das Foto durch Thilo Sarrazins Spruch "Deutschland schafft sich ab" ersetzt. Nach intensiven Gesprächen mit dem Egesheimer Bürgermeister sagte der Firmenchef dem Abbau des Aufstellers schließlich zu.

19.09.2017, Egesheim (Landkreis Tuttlingen), Internetaufruf: 12.04.2018

Q QUELLE Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreistuttlingen/egesheim_video,-firma-wirbt-mitrassistischem-wahlplakat-und-baut-es-wieder-ab-_ vidid,140410.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Wildberg kam es am 19. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

19.09.2017, Wildberg (Landkreis Calw)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Hakenkreuze auf Wahlplakaten

Unbekannte Täter haben bereits zwischen dem 6. und dem 8. September zwei Wahlplakate in Schorndorf mit Hakenkreuzen und rechten Parolen besprüht. Es entstand ein Schaden von mehreren hundert Euro.

naten 20.09.2017, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 12.02.2018

Q QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3740166

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Pforzheim kam es am 20. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN 20.09.2017, Pforzheim

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Kirchheim unter Teck kam es am 20. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

naten 20.09.2017, Kirchheim unter Teck (Landkreis Esslingen)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 21. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 21.09.2017, Reutlingen

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900146.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 22. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

្បី DATEN 22.09.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Freiburg im Breisgau kam es am 22. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

👸 DATEN 22.09.2017, Freiburg im Breisgau

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Schmierereien in Murrhardt

In der Nacht zum 23. September haben Unbekannte in Murrhardt mit silberner Sprühfarbe und rotem Filzstift islamfeindliche Schriftzüge an eine Moschee geschmiert. Später, um die Mittagszeit, wurde, ebenfalls mit silberner Farbe, die Motorhaube eines Autos mit einem Hakenkreuz besprüht. Auch am gleichen Tag entdeckte Schmierereien auf der Fassade eines Mehrfamilienhauses und Parolen auf einem Stein, mit dem die Eingangstür eines anderen Hauses eingeworfen worden war, waren mit silberner Sprühfarbe und rotem Filzstift ausgeführt. Hier hatten die Inhalte aber einen sexuellen Hintergrund. Die Polizei vermutete, dass die Taten zusammenhängen und hat Zeugen gebeten, sich zu melden.

DATEN 25.09.2017, Murrhardt (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf: 27.02.2018

QUELLEN Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.murrhardtmoschee-auto-und-haus-beschmiert.253dd126-bcca-

40ea-911b-16642d726ae3.html

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/001/1900148.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Hinterzarten kam es am 25. September zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

👸 DATEN 25.09.2017, Hinterzarten (Landkreis Breisgau-Hoch-

schwarzwald)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Hitlergruß auf Partybild von Diskothek

Im Facebook Auftritt einer Balinger Diskothek waren Ende September auf einem der Bilder von einer Mottoparty zwei Personen zu sehen, die den Hitlergruß zeigten. Nachdem von Besuchern der Seite massenhaft empörte Kommentare zu dem Bild eingegangen waren, wurde das Foto von der Diskothek gelöscht, die sich von dem Vorfall distanzierte und die Veröffentlichung des Bildes aufs Schärfste verurteilte. Gegenüber dem Schwarzwälder Boten erklärte die Geschäftsleitung, dass die Bilder noch in der Nacht der Veranstaltungen von den Fotografen selbst hochgeladen worden seien, dabei sei das Bild, wohl auch aufgrund von Müdigkeit, übersehen worden. Der betreffende Fotograf habe sich dafür entschuldigt, dürfe aber trotzdem nicht mehr für die Diskothek arbeiten. Die beiden abgebildeten Personen hätten Hausverbote erhalten.

🐧 DATEN 26.09.2017, Balingen (Zollernalbkreis), Internetaufruf:

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

14.02.2018

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.balingenhelle-aufregung-um-partybild-mit-hitlergruss.8d66565dc7be-4be7-8e31-a3caeb8a6273.html

Verwüstungen in Kapelle

Zwischen dem Nachmittag des 22. und dem Morgen des 23. September haben Unbekannte eine Kapelle in Billigheim verwüstet. Auf den Boden sowie die Innen- und Außenwände wurden rechtsextreme Parolen geschmiert, alle vier Fensterscheiben eingeschlagen und eine Holzbank zerstört. Die Kriminalpolizei schätzte den Sachschaden auf mindestens 5.000 Euro und hat Ermittlungen aufgenommen. Zeugen wurden gebeten, Hinweise zu geben.

🕺 DATEN 26.09.2017, Billigheim (Neckar-Odenwald-Kreis),

Internetaufruf: 14.02.2018

QUELLE Polizeipräsidium Heilbronn

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110971/3745676

Großes Hakenkreuz auf Straße geschmiert

Im Oberndorfer Ortsteil Lindenhof haben Unbekannte in der Nacht zum 24. September ein zwei auf zwei Meter großes Hakenkreuz auf eine Straße gesprüht. Die Polizei bat Zeugen, sich zu melden.

n DATEN

26.09.2017, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil),

Internetaufruf: 14.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Tuttlingen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110978/3745252

Antimuslimische Schmierereien in Murrhardt

Vermutlich am Wochendende des 23. und 24. September haben Unbekannte an eine Toilette des Murrhardter Bahnhofs das Wort "Moslemschampe" – mit Schreibfehler – geschmiert. Außerdem wurde an dem Wochenende eine Schmiererei an der örtlichen Moschee entdeckt. Die Polizei vermutete, dass beide Schmierereien von denselben Tätern stammen. Am selben Wochenende war in Murrhardt auch in den Lack eines Autos ein Hakenkreuz eingeritzt worden. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu den Vorfällen.

n DATEN

27.09.2017, Murrhardt (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

14.02.2018

Q QUELLE Stu

Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.murrhardtnoch-eine-schmiererei-aufgetaucht.7a8d2d11-6cef-45fd-

8162-9db549b77a08.html

Anschlag auf Bürgerbüro der Linkspartei

In der Nacht zum 28. September haben Unbekannte eine Schaufensterscheibe und die Glastür des Bürgerbüros der Partei Die Linke in Karlsruhe eingeschlagen. Die Staatsschutzabteilung der Polizei hat wegen des Verdachts einer politisch motivierten Straftat die Ermittlungen übernommen.

.....

Der Karlsruher Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Michael Brandt, teilte zu dem Vorfall mit: "Der Anschlag auf unser Büro steht in einer ganzen Reihe von Angriffen auf antifaschistische Büros und Kultureinrichtungen in Karlsruhe in letzter Zeit. [...] Wir werden uns davon aber nicht einschüchtern lassen, sondern uns noch entschlossener weiterhin gegen Rassismus und Rechtsextremismus einsetzen."

DATEN

QUELLE

28.09.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 14.02.2018
Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
https://www.swr.de/swraktuell/bw/karlsruhe-scheibenvon-die-linke-eingeschlagen/-/id=1622/did=20367586/
nid=1622/102b08e/index.html

Ausländerfeindliche Kommentare gegen Erstklässler

Eine an einer Heilbronner Grundschule ausgehängte Liste mit den Namen von Erstklässlern ist abfotografiert und bei Facebook hochgeladen worden, anschließend wurde die Namensliste im Internet weiterverbreitet. Weil die Namen der Kinder alle auf einen Migrationshintergrund hindeuten, sind daraufhin mehrere ausländerfeindliche Kommentare im Internet aufgetaucht. Die Schulleiterin hat wegen der Veröffentlichung der Namensliste eine Strafanzeige angekündigt, wer die Fotos von der Liste gemacht hat, war nicht bekannt. Nach Auskunft der Polizei verstieße die öffentliche Verbreitung der Namen gegen das Urheberrecht.



29.09.2017, Heilbronn, Internetaufruf: 14.02.2018
Südwestrundfunk, SWR aktuell Baden-Württemberg
https://www.swr.de/swraktuell/bw/heilbronn/
klassenliste-aus-heilbronn-bei-facebook-aufgetaucht/-/
id=1562/did=20374252/nid=1562/cii8l1/index.html

Oktober 2017

Brandstiftung an neu errichteter Unterkunft für Asylbewerber

Gleich zwei Brandanschläge haben Unbekannte auf eine neu errichtete Unterkunft für Geflüchtete in Tettnang verübt. Nachdem in der Nacht zum 30. September das Anzünden der Fassade des Gebäudes gescheitert war, wurden in der Nacht zum 1. Oktober Brandbeschleuniger im Eingangsbereich des dreigeschossigen Hauses angesteckt. Da Anwohner das Feuer schnell entdeckt hatten, konnte die Feuerwehr den Brand früh löschen und Schlimmeres verhindern. Die Unterkunft war noch nicht bezogen, Menschen kamen deshalb nicht zu Schaden. Die Polizei ging davon aus, dass es sich bei beiden Anschlägen um denselben bzw. dieselben Täter handelte.

Folgemeldung zu "Brandstiftung an neu errichteter Unterkunft für Asylbewerber" vom 01.10.2017

Laut Polizei war auch ein Schwelbrand, der sich wenige Tage vor den beiden Brandanschlägen auf ein Haus für Asylbewerber im zur Unterkunft gehörenden Nachbarhaus ereignet hatte, auf Brandstiftung zurückzuführen. Die Ermittler teilten weiter mit, es sei von fremdenfeindlichen Motiven auszugehen, konkrete Hinweise auf den oder die Täter lägen allerdings trotz einer ausgesetzten Belohnung von 10.000 Euro noch nicht vor. Wegen des fremdenfeindlichen Hintergrunds hat die zuständige Schwerpunktstaatsanwaltschaft in Stuttgart die Ermittlungen übernommen. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

Um ein Zeichen gegen Rassismus und gegen die Brandanschläge zu setzen, haben Tettnanger Bürger am 21. Oktober eine kleine Demonstration organisiert und eine Unterschriftenliste mit dem Statement "Nicht in meinem Namen" in einem Geschäft ausgehängt.

n DATEN

01.10.2017, Tettnang (Bodenseekreis), Internetaufruf:

14.02.2018

Q QUELLEN Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/

bodenseekreis-oberschwaben/tettnang/

Unbekannter-setzt-noch-nicht-

bezogene-Asylbewerberunterkunft-in-

Brand; art 372494, 9435159

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/

btd/19/008/1900889.pdf

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreisoberschwaben/friedrichshafen/Brandanschlaegeauf-Asylunterkunft-Polizei-ohne-heisse-Spur;art372474,9487493

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Heilbronn kam es am 2. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN Q QUELLE

02.10.2017, Heilbronn

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Tübingen kam es am 2. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

02.10.2017, Tübingen

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Albstadt kam es am 2. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

02.10.2017, Albstadt (Zollernalbkreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/008/1900889.pdf

"Reichsbürger" widersetzt sich Festnahme

Zwei Stunden Zeit und sechs Polizeibeamte erforderte die Festnahme eines sogenannten "Reichsbürgers" Ende September im Bad Wildbader Stadtteil Calmbach. Eine Polizeisprecherin berichtete, der 48-Jährige habe sich massiv gewehrt und auch beim Transport noch geschrien und für die "Reichsbürger"-Szene typische Parolen gerufen. Weil der Mann über gesundheitliche Probleme geklagt habe, sei auch ein Arzt hinzugezogen worden.

Grund des Polizeieinsatzes war eine nicht bezahlte vierstellige Geldstrafe, weshalb der Festgenommene eine Gefängnisstrafe antreten musste. Außerdem haben die Polizeibeamten einen Gerichtsvollzieher unterstützt sowie den Führerschein des Mannes eingezogen, weil ihm das Landratsamt zuvor die Fahrerlaubnis entzogen hatte.

DATEN 02.10.2017, Bad Wildbad (Landkreis Calw), Internetaufruf: 14.02.2018

Q QUELLE Schwarzwälder Bote

https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.bad-wildbad-reichsbuerger-wehrt-sich-massiv-bei-festnahme.1dcc0824-3b2d-482d-8966-71fb65ebd73a.html

Hakenkreuz auf PKW-Anhänger

Ein in Fellbach abgestellter Pkw-Anhänger ist in der zweiten Septemberhälfte von Unbekannten beschmiert worden. Durch ein aufgesprühtes Hakenkreuz und weitere Symbole und Schmierereien entstand ein Schaden von circa 1.000 Euro. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 02.10.2017, Fellbach (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3750787

Rassismus-Vorwürfe im Fußballbezirk Schwarzwald

Der Südkurier berichtet von einer Zunahme rassistischer Vorfälle bei Fußballspielen im Schwarzwald. Innerhalb weniger Tage seien mehrmals Spieler und Schiedsrichter von Zuschauern unmissverständlich beleidigt worden. Nach einem Spiel des FC Löffingen II gegen den SV Göschweiler habe der Göschweiler Trainer von massiven rassistischen Beleidigungen gegen Spieler seiner Mannschaft berichtet. Wenige Tage danach sei ein Spiel des SV Rietheim gegen den FC Triberg sogar in der 70. Minute abgebrochen worden, weil der Schiedsrichter mit Beschimpfungen, wie er solle lieber in die Moschee als auf den Fußballplatz gehen, beleidigt worden sei. Dem Trainer des TuS Oberbaldingen sei nach einem Spiel seiner Mannschaft gegen den SV Gündelwangen zugetragen worden, dass seine Spieler von Zuschauern als "schwarze Schweine" bezeichnet worden seien und es Sprüche wie "der TuS hat den Zoo mitgebracht" gegeben habe.

Aufgrund der Vorwürfe habe der Südbadische Fußballverband angekündigt, beim Thema Rassismus durchgreifen zu wollen, berichtet die Zeitung weiter. Bei einen Urteil gegen zwei Spieler, die wegen des Hitlergrußes und der rassistischen Beleidigung eines Gegenspielers für neun Monate gesperrt worden waren, habe der Verband dies bereits getan.

🐧 DATEN 04.10.2017, Region Schwarzwald, Internetaufruf:

14.02.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/sport/regionalsport/ regionalsport-schwarzwald/Rassismus-auf-Fussballplaetzen-im-Schwarzwald-Vorwuerfe-gegen-

Zuschauer;art2816,9439822

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwäbisch Hall kam es am 5. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

.....

n DATEN 05.10.2017, Schwäbisch Hall

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Skinheadkonzert in Bad Wurzach

Rund 250 Besucher kamen in der Nacht zum 7. Oktober nach Bad Wurzach, um ein Skinheadkonzert auf einem Privatgrundstück zu besuchen. Begleitet wurden sie von einem Großaufgebot der Polizei, die bereits auf der Anfahrtstrecke Kontrollen durchführte und berichtete, einen Schlagstock, ein Messer und ein Paar Quarzhandschuhe beschlagnahmt zu haben. In zwei Fällen seien verfassungsfeindliche Symbole festgestellt worden. Straftaten oder verbotene Texte habe es bei dem Konzert selbst nicht gegeben, ein Konzertbesucher habe aber einen Journalisten leicht verletzt, der Bilder von der Veranstaltung machen wollte.

Weil ein Teil der Besucher aus Bayern angereist sei, seien auch Polizisten aus Bayern an dem Einsatz beteiligt gewesen.

🐧 DATEN 08.10.2017, Bad Wurzach (Landkreis Ravensburg),

Internetaufruf: 14.02.2018

Q QUELLE Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/skinheadkonzert-in-baden-wuerttemberg-loest-grosseinsatz-der-polizei-aus

Asylbewerber in S-Bahn niedergeschlagen

Am Abend des 7. Oktober wurde ein 26-jähriger Asylbewerber aus Afghanistan auf seiner Fahrt in der S-Bahn von Ludwigsburg nach Stuttgart niedergeschlagen und erlitt dabei eine Risswunde am Kopf, die im Krankenhaus behandelt werden musste.

••••••

Mit dem 26-Jährigen, der mit Freunden unterwegs war, waren nach einem Bericht der Stuttgarter Zeitung in Ludwigsburg auch ein 40-jähriger kräftiger Mann und eine 28-jährige Frau eingestiegen. In der Bahn sollen die beiden den Afghanen und seine Freunde mit den Worten "Du hast mein Geld geklaut, du bist ein Ausländer" des Diebstahls bezichtigt und in die Taschen eines Rucksacks gegriffen haben. Als der 26-jährige Geflüchtete sie aufgefordert habe, ihm und seinen Freunden nicht in die Taschen zu greifen, sei er niedergeschlagen und am Kopf verletzt worden. Ob der Mann den Afghanen niedergeschlagen habe oder die Frau und ob dessen Verletzung von einer dabei eingesetzten Bierflasche oder einer Getränkedose verursacht wurde, blieb zunächst unklar.

Beim nächsten Halt der S-Bahn in Kornwestheim wurden der 40-jährige Mann und die 28-jährige Frau auf dem Bahnsteig von der Polizei festgenommen und der niedergeschlagene Asylbewerber nach einer Erstversorgung durch den Zugführer von einem Rettungswagen abgeholt. Später hat der Afghane wegen des Vorfalls Anzeige erstattet. Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung wurden eingeleitet.

DATEN
QUELLE

10.10.2017, Ludwigsburg, Internetaufruf: 14.02.2018 Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.angriff-in-s-bahn-bei-kornwestheim-frau-schlaegt-afghanen-krankenhausreif.859143a4-fa5b-4bdc-b1be-e4c840b779da.html

Kreis Ludwigsburg entwaffnet "Reichsbürger"

Nachdem Innenminister Thomas Strobl (CDU) Anfang 2017 alle Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg angewiesen hatte, sogenannte "Reichsbürger" zu entwaffnen, wurden im Kreis Ludwigsburg bis zum Oktober bei vier Personen zusammen gut 100 meistens großkalibrige Waffen sichergestellt. Insgesamt sind im Landkreis 55 sogenannte "Reichsbürger" überprüft worden, die aufgrund ihres Verhaltens oder entsprechender Äußerungen als Anhänger der "Reichsbürger"-Bewegung identifiziert worden waren.

n DATEN

12.10.2017, Landkreis Ludwigsburg, Internetaufruf:

15.02.2018

Q QUELLE

Südwest Presse

https://www.swp.de/suedwesten/landkreise/lkludwigsburg/aufmacher-ueberschrift-auf-der-erstenlokalseite-23692603.html

Student der Hochschule für Management Straßburg wegen Nazi-Anspielung vorgeladen

Ein Student der Hochschule für Management (École de management; EM) in Straßburg wurde aufgrund eines "geschmack-

losen Witzes" (blague de gout mauvaise) vor den Disziplinarrat der Hochschule geladen. Er hatte auf Facebook eine Seite mit dem auf das Kürzel der Schule anspielenden Titel "Waff'EM SS" erstellt und dort ein Bild von Nazi-Würdenträgern eingestellt, die den Hitlergruß zeigen. Diese Tat wurde vom Direktor der Hochschule als "unverantwortlich" (irresponsable) verurteilt. Als Folge auf diesen Vorfall wurden Maßnahmen zur Sensibilisierung gegen Rassismus und Antisemitismus an der EM angekündigt.

<u>ព</u> DATEN

13.10.2017, Straßburg, Internetaufruf: 04.04.2018

Q QUELLE France Info

https://www.francetvinfo.fr/societe/education/ strasbourg-un-etudiant-convoque-pour-une-mauvaiseblague-en-reference-aux-nazis_2417407.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rastatt kam es am 15. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

15.10.2017, Rastatt

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

"Identitäre Bewegung" verhüllt Konstanzer Imperia

In Konstanz wurde am Morgen des 14. Oktober die Hafen-Statue Imperia mit einem schwarzen Tuch verhüllt, das an eine Burka muslimischer Frauen erinnerte. Auf einem darunter angebrachten Banner befand sich die Aufschrift "Aus meinem Schoß gedeih" / Europas neue Tyrannei". Auf ihrer Facebook-Seite bekannte sich die "Identitäre Bewegung" zu der Aktion, die sich gegen die "unterdrückerische Gesinnung des Islams" und den Familiennachzug von Flüchtlingen gerichtet habe.

Zur Entfernung von Tuch und Banner musste die Höhenrettung der Feuerwehr hinzugezogen werden. Staatsanwaltschaft und Polizei haben Ermittlungen aufgenommen, ob der Vorfall den Straftatbestand einer Sachbeschädigung erfüllt.

ndaten Quelle

16.10.2017, Konstanz, Internetaufruf: 15.02.2018

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/Staatsschutz-uebernimmt-Ermittlungen-nach-Imperia-Verhuellung;art372448,9453874

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Offenburg kam es am 18. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache

nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinschädliche Sachbeschädigung §304 StGB.

DATEN

QUELLE

18.10.2017, Offenburg (Ortenaukreis)
Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Fußballzuschauer geraten aneinander

In der Schlussphase eines Kreisligaspiels des SC Reute gegen den 1. FC Mezepotamien Freiburg kam es am 15. Oktober zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen Zuschauern der Heimmannschaft und mitgereisten Fans der Gäste aus Freiburg. Dabei sollen die Mezepotamien Fans rassistisch beleidigt worden sein. Als die Situation nach dem Ende des Spiels eskalierte und in Tätlichkeiten überging, wurde eine unbeteiligte Frau durch einen umherfliegenden Stuhl am Kopf verletzt, ein Freiburger Fan wurde ebenfalls leicht verletzt.

Folgemeldung zu "Fußballzuschauer geraten aneinander" vom 20.10.2017

Nach den Ausschreitungen bei einem Kreisligaspiel in Reute hat der Fußballbezirk Freiburg alle Mannschaften des 1. FC Mezepotamien Freiburg für zwei Monate gesperrt und eine Geldstrafe von 200 Euro verhängt. Für den Wiederholungsfall wurde dem Verein ein Ausschluss aus dem Verband angedroht. Den Vorwurf des Vereins, Zuschauer aus Reute hätten die Eskalation durch rassistische Beleidigungen ausgelöst, ließ der Bezirksvorsitzende nicht gelten. Rassistische Beleidigungen rechtfertigten nicht das Stürmen eines Clubheims. Gegen den SC Reute war wegen der möglichen rassistischen Provokationen ebenfalls ein sportrechtliches Verfahren mit einer möglichen Geldstrafe anhängig.

n DATEN

20.10.2017. Reute (Landkreis Emmendingen). Internet-

aufruf: 15.02.2018

Q QUELLEN Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/f-kreisliga-

breisgau/randale-beim-fussball-in-

reute--143681008.html

Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/f-kreisliga-

breisgau/1-fc-mezepotamien-fuer-zwei-monate-

gesperrt--144052737.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rottenburg am Neckar kam es am 22. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.



22.10.2017, Rottenburg am Neckar (Landkreis Tübingen)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Banner der "Identitären Bewegung" an Mensa

Am 23. Oktober hing an der Tübinger Uni-Mensa für wenige Minuten ein mehrere Meter großes Transparent der rechtsextremen "Identitären Bewegung", die damit auf den angeblichen "linken Einheitsbrei" an deutschen Universitäten aufmerksam machen wollte. Auf der Facebook-Seite der "Identitären Bewegung" sind zwei Aktivisten deutlich zu erkennen, wie sie das Plakat aufhängen. Die Botschaft des Plakats lautete "Willkommen auf unserem Campus". Das Studierendenwerk Tübingen-Hohenheim hat bei der Polizei Anzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet. Politische Propaganda werde in den Räumen des Studierendenwerks nicht geduldet, da es sich als politisch neutral sehe.

DATEN
Q QUELLE

25.10.2017, Tübingen, Internetaufruf: 12.04.2018

Schwäbisches Tagblatt

https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Rechte-gruesstenauf-unserem-Campus-351361.html

Vertreter einer Bildungseinrichtung nennt Sechsjährigen "Negerle"

Als eine Frau mit ihrem 6-jährigen Sohn sich an einem verkaufsoffenen Sonntag über das Angebot einer Friedrichshafener Bildungseinrichtung erkundigen wollte, sprach ein Vertreter der Einrichtungen den Jungen als "Negerle" an. Daraufhin von der Mutter wütend wegen der Diskriminierung zur Rede gestellt, habe ihr der Mann, statt einer Entschuldigung, mitgeteilt, dass er der Chef sei und sie sich deshalb nirgendwo beschweren brauche, berichtete sie dem Südkurier. Auch als die Frau am nächsten Tag bei der Antidiskriminierungsstelle im Landratsamt erfragen wollte, wie sie sich gegen das Verhalten des Mannes wehren könne, habe sie erst nach zehn Tagen eine schriftliche Antwort erhalten, in der ihr mitgeteilt worden sei, dass man keine Beratung für Betroffene anbiete.

Erst eine Nachfrage des Südkurier beim Landratsamt habe dann zu einer Entschuldigung geführt, berichtet die Zeitung weiter. "Das ist wirklich nicht glücklich gelaufen und hätte anders laufen können und müssen", habe ein Pressesprecher mitgeteilt. Auch wenn es beim Landratsamt keine explizite Diskriminierungs-Beratungsstelle gebe, hätte man anbieten können, die Verantwortlichen der Bildungseinrichtung zu einer Stellungnahme aufzufordern und deutlich zu machen, dass solche Äußerungen von einer in der Öffentlichkeit und mit Kindern arbeitenden Person nicht akzeptabel seien.

Auch der Berater der Bildungseinrichtung habe gegenüber dem Südkurier beteuert, sein Verhalten täte ihm leid und das Wort sei ihm "rausgerutscht". Er werde sich dafür bei der Frau und ihrem Sohn in aller Form entschuldigen.

👖 DATEN 26.10.2017, Friedrichshafen (Bodenseekreis), Internet-

aufruf: 15.02.2018

Q QUELLE Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/bodenseekreisoberschwaben/friedrichshafen/Alltagsrassismus-

wider-Willen-Mann-nennt-Haefler-Kind-

Negerle;art372474,9471708

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Offenburg kam es am 27. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

naten 27.10.2017, Offenburg (Ortenaukreis)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Nazi-Hetze auf Bauzaun von Flüchtlingsunterkunft

Mit Hakenkreuzen, SS-Runen und ausländerfeindlichen Parolen haben Unbekannte in der Nacht zum 28. Oktober den Bauzaun einer entstehenden Unterkunft für Flüchtlinge in Baienfurt beschmiert. Die Polizei hat Ermittlungen wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen aufgenommen und bat Zeugen, sich zu melden.

🕺 DATEN 30.10.2017, Baienfurt (Landkreis Ravensburg), Internet-

aufruf: 15.02.2018

Q QUELLEN Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreisravensburg/baienfurt_artikel,-hakenkreuze-aufbaienfurter-bauzaun-gespr%C3%BCht-_arid,10761741.

html

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schliengen kam es am 30. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

1 DATEN 30.10.2017, Schliengen (Landkreis Lörrach)
QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Leutkirch im Allgäu kam es am 30. Oktober zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Sachbeschädigung §303 StGB.

ndaten Quelle

30.10.2017, Leutkirch im Allgäu (Landkreis Ravensburg)

ELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

November 2017

Alpaka mit Hakenkreuz besprüht

In der Gemeinde Kleines Wiesental haben Unbekannte zwischen dem Abend des 31. Oktober und dem Morgen des 2. November auf einer umzäunten Weide ein Alpaka mit einem Hakenkreuz besprüht. Die Polizei hat Ermittlungen eingeleitet und bat Zeugen, sich zu melden.

n DATEN

03.11.2017, Kleines Wiesental (Landkreis Lörrach),

Internetaufruf: 15.02.2018

Q QUELLE

Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/kleines-wiesental/alpaka-im-kleinen-wiesental-mit-hakenkreuz-besprueht--144448109.html

Randalierer bespuckt Polizei

Ein 37-jähriger Mann hat am Abend des 2. November Polizei-kräfte beleidigt und bespuckt, als sie ihn zu ihrer Dienststelle transportieren wollten. Zuvor soll der Mann in einer Konstanzer Gaststätte randaliert, antisemitische Parolen gerufen und den Hitlergruß gezeigt haben, weswegen die Polizei zu Hilfe gerufen worden war. Nach seiner Spuckattacke haben ihm die Beamten einen Mundschutz angelegt.

n DATEN

03.11.2017, Konstanz, Internetaufruf: 15.02.2018

QUELLE

Südkurier

https://www.suedkurier.de/region/kreiskonstanz/konstanz/Hitlergruss-und-rechte-Parolen-Polizei-ermittelt-gegen-37-jaehrigen-

Randalierer; art 372448, 9480280

Hitlergruß und Belästigungen in der Stuttgarter Stadtbahn

In einer Stuttgarter Stadtbahn hat ein aggressiver Passagier andere Fahrgäste am 9. November angepöbelt, beleidigt und in aggressiver Weise belästigt. Der 28-jährige Mann sei im Stadtteil Bad Canstatt in die Bahn eingestiegen und habe unvermittelt Fahrgäste mit Hitlergrüßen und Beleidigungen belästigt sowie zwei unbekannte Frauen nach sexuellen Handlungen gefragt, berichtete die Polizei. Von Zeugen herbeigerufene Polizisten konnten den Mann im Stadtteil Untertürkheim, wo er noch Kinder angepöbelt haben soll, festnehmen, nachdem er die Stadtbahn verlassen hatte. Zeugen und Geschädigte wurden gebeten, sich bei der Polizei zu melden.

n DATEN

09.11.2017, Stuttgart, Internetaufruf: 15.02.2018

Q QUELLE Stuttgarter Zeitung

https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt. stuttgart-beleidigungen-in-stadtbahn-zeugenund-geschaedigte-gesucht.0eff9c54-e66d-424e-

8a60-4c86e48f2e7b.html

Haftentlassener ruft rechte Parolen und beleidigt Polizei

Nur wenige Stunden nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis hat ein 56-Jähriger im Karlsruher Hauptbahnhof lautstark ausländerfeindliche Parolen gerufen und Beamte der Bundespolizei beleidigt und beschimpft. Die Polizisten waren gerufen worden, weil der alkoholisierte 56-Jährige und drei andere, ebenfalls angetrunkene Männer ein Schnellrestaurant nicht verlassen wollten, in dem sie sich lautstark verhielten. Da der Mann so stark alkoholisiert war, dass er beim Laufen gestützt werden musste, nahmen die Beamten ihn mit auf die Wache, wo er seine Beleidigungen und Schimpftiraden fortsetzte. Bei seiner Durchsuchung wurden Betäubungsmittel gefunden.

Nach dem Vorfall wurden gegen den 56-Jährigen, der ein Jahr wegen Diebstahls und Beleidigung inhaftiert war, erneut Ermittlungen wegen Beleidigung sowie der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz eingeleitet.

n DATEN

16.11.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 20.02.2018

QUELLE

Polizeiinspektion Karlsruhe https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/116093/3789828

Hakenkreuz auf Wanderwegtafel

Am Vormittag des 16. November wurden an einem Weg nahe Schorndorf Schmierereien auf einer dort aufgestellten Wegwanderkarte entdeckt. Die unbekannten Täter hatten unter anderem ein Hakenkreuz aufgesprüht. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

1 DATEN

17.11.2017, Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), Internet-

aufruf: 20.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Aalen https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3791137

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Rudersberg kam es am 17. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts

......

Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN

QUELLE

17.11.2017, Rudersberg (Rems-Murr-Kreis) Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/ btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

•••••

In Aalen kam es am 18. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gemeinschädliche Sachbeschädigung §304 StGB.

n DATEN

18.11.2017, Aalen (Ostalbkreis)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Motorhaube mit Hakenkreuz zerkratzt

Im Zeitraum zwischen 6 Uhr am 17. und 10 Uhr am 20. November haben Unbekannte in Adelsheim ein circa 50 mal 50 Zentimeter großes Hakenkreuz in die Motorhaube eines Autos geritzt. Außerdem wurden alle vier Reifen des Fahrzeugs zerstochen. Es entstand dabei ein Schaden von circa 500 Euro. Zeugen wurden gebeten, sich zu melden.

n DATEN

21.11.2017, Adelsheim (Neckar-Odenwald-Kreis),

Internetaufruf: 20.02.2018

Q QUELLE

Polizeipräsidium Heilbronn

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110971/3794253

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ebersbach an der Fils kam es am 24. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

<u>ព័</u> DATEN

24.11.2017, Ebersbach an der Fils (Landkreis Göppingen)

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

••••••

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Ebersbach an der Fils kam es am 24. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Bedrohung §241 StGB.

n DATEN

24.11.2017, Ebersbach an der Fils (Landkreis Göppingen)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Oberndorf kam es am 29. November zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Beleidigung §185 StGB.

n DATEN

29.11.2017, Oberndorf am Neckar (Landkreis Rottweil)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Dezember 2017

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Singen kam es am 2. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

DATEN 02.12.2017, Singen Hohentwiel (Landkreis Konstanz)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Hakenkreuz auf Anhänger

Im Fellbacher Stadtteil Schmiden wurde ein Autoanhänger mit einem Hakenkreuz beschmiert. Der Vorfall ereignete sich zwischen dem 30. November und dem 3. Dezember. Die Polizei bat um Hinweise zu den unbekannten Tätern.

DATEN 04.12.2017, Fellbach (Rems-Murr-Kreis), Internetaufruf:

QUELLE Polizeipräsidium Aalen

https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/110969/3806230

Angreifer mit Hakenkreuz-Tattoo attackiert Rollstuhlfahrer

Wie die Polizei berichtete, wurde am 25. November ein 57-jähriger Rollstuhlfahrer im Mosbacher Bahnhof von zwei Männern im Alter zwischen 19 und 25 Jahren attackiert. Die beiden hatten ihn in einer Fußgängerunterführung angesprochen und nach Zigaretten gefragt. Nachdem er ihnen keine geben wollte, drückte ihn einer der beiden Männer in seinen Sitz und beschimpfte ihn. Erst als der Rollstuhlfahrer sich wehrte ließ der Angreifer von ihm ab. Dann wurde der zweite Angreifer aktiv und beschädigte mit einem Tritt den Rollstuhl des 57-Jährigen. Er soll am Hals ein Hakenkreuz und am linken Unterarm die Zahl 88 tätowiert haben. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise.

DATEN 04.12.2017, Mosbach (Neckar-Odenwald-Kreis), Internetaufruf: 20.02.2018

Q QUELLE Rhein-Neckar-Zeitung

https://www.rnz.de/nachrichten/mosbach_artikel,bahnhof-mosbach-angreifer-soll-hakenkreuz-tattoo-amhals-haben- arid,321245.html

Blogger wegen Leugnung des Holocausts verurteilt

Ein arbeitsloser Blogger aus Freiburg wurde vom Amtsgericht bereits zum zweiten Mal wegen Leugnung des Holocausts verurteilt,

zu einer Geldstrafe von 1.000 Euro. In seinem öffentlich zugänglichen Blog vom 30. November 2016 hatte der 58-Jährige den Holocaust unter anderem als Verschwörungstheorie bezeichnet, für die es keine Beweise gebe. Der Angeklagte war seit November 2016 einschlägig vorbestraft und hatte Einspruch gegen den Strafbefehl eingelegt. Im Gericht gab der Blogger offen zu, für die Zeilen verantwortlich zu sein und sprach in einem langen Schlussvortrag noch von zahlreichen anderen Verschwörungstheorien. Der Verurteilte hat beim Landgericht Berufung eingelegt.

DATEN 06.12.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: nur mit
Abo verfügbar

QUELLE Badische Zeitung
http://www.badische-zeitung.de/freiburg/bloggeraus-freiburg-wegen-leugnung-des-holocaustsverurteilt--146248325.html

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Radolfzell am Bodensee kam es am 8. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Gefährliche Körperverletzung §224 StGB.

DATEN 08.12.2017, Radolfzell am Bodensee (Landkreis Konstanz)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Rechtsextreme identitäre Gruppierung "Bastion Social" eröffnet Lokalsektion in Straßburg

Die rechtsextreme und identitäre Gruppierung "Bastion Social" hat sich am 9. Dezember versammelt, um eine Lokalsektion für Straßburg zu gründen und eine eigene Bar zu eröffnen. Die Gruppierung, die vorgeblich soziale Zwecke verfolgt und angibt Bedürftige zu unterstützen, agiert fremdenfeindlich und diskriminierend und bedient sich Parolen wie "Wir vor den anderen" (Les nôtres avant les autres). Zur Gründung waren zwischen 60 und 100 Angehörige der "Bastion Social" gekommen, die etwa 350 bis 500 Gegendemonstrierenden gegenüberstanden.

DATEN 09.12.2017, Straßburg, Internetaufruf: 17.01.2018

QUELLEN Dernières Nouvelles D'Alsace
http://www.dna.fr/actualite/2017/12/09/manifestationcontre-le-local-du-bastion-social
Dernières Nouvelles D'Alsace
http://www.dna.fr/edition-de-strasbourg/2017/12/12/
agression-en-marge-de-l-inauguration-d-un-bar-identitaire

Nazi-Symbole an Konzerthaus geschmiert

Das Ravensburger Konzerthaus wurde von Unbekannten mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen und die Tatzeit der Schmierereien auf den Zeitraum zwischen 12 Uhr am 7. Dezember und 9.30 Uhr am 8. Dezember eingegrenzt.

ndaten Quelle

10.12.2017, Ravensburg, Internetaufruf: 21.02.2018

Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreisravensburg/ravensburg_artikel,-hakenkreuze-amkonzerthaus-_arid,10784811.html

31-jährige Frau belästigt

In Böblingen hat am 10. Dezember ein unbekannter Mann auf einer Brücke über die A81 eine Passantin belästigt. Als die 31-jährige Frau auf der Brücke an dem Mann vorbeilief, der an einer Bushaltestelle urinierte, drehte sich dieser mit entblößtem Geschlechtsteil zu ihr um und beleidigte sie auf fremdenfeindliche und sexuelle Weise. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen und Zeugen gebeten, sich zu melden.

DATEN
Q QUELLE

11.12.2017, Böblingen, Internetaufruf: 21.02.2018

Polizeipräsidium Ludwigsburg

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110974/3812775

Durchsuchung bei "Reichsbürger"

In Rheinfelden haben Beamte der Bundespolizei am 12. Dezember die Wohnung eines sogenannten "Reichsbürgers" durchsucht. Der 56-jährige Mann habe einen falschen Reisepass mit der Aufschrift "Deutsches Reich" als amtliches Dokument für Auslandsreisen verwendet und stehe deshalb unter dem Verdacht der Urkundenfälschung, teilte die Polizei zu dem Einsatz mit. Auf den Mann aufmerksam geworden waren die Behörden, weil er in den Medien mit seinen Reisen mit dem falschen Pass geprahlt hatte.

n DATEN

12.12.2017, Rheinfelden (Landkreis Lörrach), Internet-

aufruf: 21.02.2018

QUELLE Esslinger Zeitung

https://www.esslinger-zeitung.de/region/badenwuerttemberg_artikel,-pass-vom-,,deutschenreich"-polizeiaktion-gegen-,,reichsbuerger"-_ arid.2167528.html

......

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Singen kam es am 13. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

n DATEN

13.12.2017, Singen Hohentwiel (Landkreis Konstanz)

QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sandhausen kam es am 14. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen §86a StGB.

1 DATEN

14.12.2017, Sandhausen (Rhein-Neckar-Kreis)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Passanten beleidigt und bedroht

In Radolfzell hat sich am Abend des 8. Dezember ein 27-Jähriger vier orientalisch aussehenden Männern in den Weg gestellt und sie ohne erkennbaren Anlass bedroht. Nach Auskunft unbeteiligter Zeugen habe er sie dabei erst massiv mit ausländerfeindlichen Parolen und Gesten beleidigt und sei dann tätlich gegen die vier Männer geworden. Als Passanten eingriffen, zog der Angreifer ein Messer, ging auf sie los und entfernte sich anschließend. Später wurde er von der Polizei in Gewahrsam genommen. Gegen den Mann wurden Ermittlungen der Kriminalpolizei wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Beleidigung, Bedrohung und versuchter gefährlicher Körperverletzung aufgenommen. Die vier geschädigten Männer, die sich nach dem Vorfall ebenfalls entfernt hatten, wurden gebeten, sich zur Klärung des Sachverhalts zu melden.

n DATEN

15.12.2017, Radolfzell (Landkreis Konstanz), Internet-

aufruf: 21.02.2018

QUELLE

Polizeipräsidium Konstanz

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110973/3817167

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Mannheim kam es am 15. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN

15.12.2017, Mannheim

Q QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

.....

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Singen kam es am 16. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

DATEN
QUELLE

16.12.2017, Singen Hohentwiel (Landkreis Konstanz)

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

"Identitäre Bewegung" nutzt Terror-Jahrestag für Propaganda

Den Jahrestag des Terroranschlags auf den Berliner Weihnachtsmarkt, der sich am 19. Dezember 2016 ereignet hatte, hat die rechtsextremistische "Identitäre Bewegung" genutzt, um mit Flyern in Schömberger Briefkästen Propaganda für ihre Ansichten zu verbreiten. Die Frage "Vorbereitet auf die Weihnachtszeit?" war die Überschrift eines großen Fotos des Anschlags. Auf der nächsten Seite wurde beschrieben, wie sich das Leben in Deutschland angeblich verändert habe und es wurden Forderungen der Gruppierung aufgeführt.

n DATEN

18.12.2017, Schömberg (Landkreis Calw), Internetaufruf:

21.02.2018

QUELLE Pforzheimer Zeitung

https://www.pz-news.de/region_artikel,-Schoemberger-veraergert-ueber-FlyerAktion-der-Identitaeren-

Bewegung-_arid,1203354.html

"Reichsbürger" wegen versuchter Nötigung in 39 Fällen verurteilt

Zu zwei Strafen von jeweils zwei Jahren Haft auf Bewährung hat das Heidelberger Schöffengericht am 18. Dezember einen arbeitslosen 64-Jährigen verurteilt, der der "Reichsbürger"-Bewegung angehören soll.

Ein Anklagepunkt waren Nötigungsversuche mit wirren Briefen, die der Mann über mehrere Jahre hinweg verschickt hatte und in denen er Politiker, Justizmitarbeiter und Bankenvertreter beispielsweise aufforderte, nicht existierende amtliche Legitimationen oder beglaubigte "Gründungsurkunden" der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Baden-Württemberg vorzulegen – ansonsten würden hohe Geldbeträge zwischen 30.000 und 10 Millionen Euro fällig. In einigen Fällen hatte der Mann die unberechtigten Forderungen sogar in ein Schuldnerverzeichnis in den USA eintragen lassen und außerdem versucht, einen der Beträge von einem Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen.

Die zweite Anklage betraf eine gefälschte Unterschrift, mit der der 64-Jährige zu Unrecht Geld von seiner Schwester eingefor-

dert hatte, was das Gericht als besonders schwerwiegend einstufte.

ndaten Quelle

19.12.2017, Heidelberg, Internetaufruf: 21.02.2018

LLE Rhein-Neckar-Zeitung

https://www.rnz.de/nachrichten/heidelberg_artikel,-heidelberg-reichsbuerger-gab-sich-als-buergermeister-

aus-_arid,324836.html

Wahrscheinlicher islamistischer Terroranschlag verhindert

Am 20. Dezember wurde in Karlsruhe ein terrorverdächtiger 29-Jähriger verhaftet. Der mutmaßliche IS-Unterstützer soll geplant haben, mit einem Fahrzeug einen Anschlag auf eine Eisbahn vor dem Karlsruher Schloss zu verüben. Der in Freiburg geborene Mann mit irakischen Wurzeln war bereits geraume Zeit zuvor im Visier der Fahnder und wurde abgehört und observiert. Dabei wurde beobachtet, dass er ab Ende August 2017 begonnen hatte, die Gegend um das Karlsruher Schloss auszukundschaften.

Erstmals aufgefallen war der Verdächtige in Zusammenhang mit der Aktion "Lies!", mit der Salafisten junge Menschen angeworben und radikalisiert hatten, von denen dann viele zur Unterstützung der IS-Terrormiliz in Kampfgebiete gereist waren. Der Terrorverdächtige selbst soll sich 2015 und 2016 im Irak aufgehalten und dem sogenannten "Islamischen Staat" angeschlossen haben. Für die IS-Terrormiliz soll er dann auch Propagandavideos erstellt und im Internet verbreitet haben.

Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) betonte, der Polizei sei "ein wichtiger Schlag gegen den islamistischen Terror gelungen", er sagte weiter: "Wir müssen davon ausgehen, dass wir es mit einer sehr ernsten Bedrohung zu tun hatten."

DATEN
Q QUELLE

21.12.2017, Karlsruhe, Internetaufruf: 08.01.2018

Südkurier

https://www.suedkurier.de/nachrichten/politik/ news/Terrorverdaechtiger-von-Karlsruhe-in-U-Haft;art407,9549507

OB-Kandidat in Freiburg hetzt gegen Flüchtlinge

Ein Freiburger Geschäftsmann, der für die Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt im April 2018 kandidiert, sorgte mit einem Facebook-Beitrag im März für Aufregung. Er teilte einen Artikel über die Internierung von Flüchtlingen in ein Containerdorf in Ungarn und kommentierte ihn mit "Ich find's klasse. Danke Ungarn". Dazu postete er ein Bild vom Tor des KZ Auschwitz mit dem Kommentar: "Ich stifte das Tor dazu".

Anschließend beteuerte er mehrmals, dass es sich nur um Satire gehandelt habe, er habe damit gegen das Einsperren von Flüchtlingen protestieren wollen. Der Geschäftsmann war schon zuvor mit negativen Äußerungen zu Flüchtlingen aufgefallen. Nun wurden gegen ihn zwei Anzeigen wegen Volksverhetzung erstattet.

22.12.2017, Freiburg im Breisgau, Internetaufruf: nur mit n DATEN

Abo verfügbar

Q QUELLE **Badische Zeitung**

http://www.badische-zeitung.de/freiburg/bloggeraus-freiburg-wegen-leugnung-des-holocausts-

verurteilt--146248325.html

Jüdischer Chanukkaleuchter beschädigt

Ein von der lüdischen Gemeinde anlässlich des Chanukkafestes in der Heilbronner Innenstadt aufgestellter neunarmiger Leuchter wurde von Unbekannten stark beschädigt. Am Vormittag des 25. Dezember entdeckte ein Passant, dass mehrere Lampen und dazugehörige Glaskartuschen des drei Meter hohen Chanukkaleuchters heruntergeschlagen waren. Ein Polizeisprecher sagte auf Anfrage der Heilbronner Stimme, der Staatschutz werde in die Ermittlungen eingeschaltet.

n DATEN Q QUELLE

26.12.2017, Heilbronn, Internetaufruf: 22.02.2018

Heilbronner Stimme

http://www.stimme.de/heilbronn/nachrichten/stadt/ lokales/Juedischer-Chanukka-Leuchter-an-der-Alleebeschaedigt;art140895,3960937

••••••••••••••••••••••••••••••••

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Reutlingen kam es am 26. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 26.12.2017, Reutlingen

QUELLE

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Ausländerfeindliche Schmierereien in Aalen

Ausländerfeindliche Parolen und verbotene Symbole haben Unbekannte auf eine Stützmauer entlang einer Straße in Aalen gesprüht. Eine Passantin hat die mehrere Quadratmeter großen Schmierereien am Morgen des 26. Dezember bemerkt. Die Polizei bat Zeugen um Hinweise zu Tatzeit und den Verursachern.

.....

n DATEN 27.12.2017, Aalen, Internetaufruf: 22.02.2018 Q QUELLE

Schwäbische Zeitung

https://www.schwaebische.de/landkreis/ostalbkreis/ aalen_artikel,-rechtsradikale-parolen-auf-

.......

st%C3%BCtzmauer-gespr%C3%BCht-_arid,10793854.html

Garagentor mit Hakenkreuz beschmiert

Am Wochenende des 23. und 24. Dezember haben Unbekannte ein Hakenkreuz auf ein Garagentor in Winnenden gesprüht. Die Polizei hat Ermittlungen aufgenommen und bat Zeugen um Hinweise.

n DATEN 27.12.2017, Winnenden (Rems-Murr-Kreis), Internet-

> aufruf: 27.02.2018 Polizeipräsidium Aalen

Q QUELLE

https://www.presseportal.de/blaulicht/

pm/110969/3824900

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Klettgau kam es am 29. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 29.12.2017, Klettgau (Landkreis Waldshut) Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwäbisch Hall kam es am 30. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 30.12.2017, Schwäbisch Hall

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Schwäbisch Hall kam es am 30. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Hilfsorganisationen und ehrenamtlichen Helfern. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politischmotivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

n DATEN 30.12.2017, Schwäbisch Hall

Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 Q QUELLE

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Vandalismus und Hakenkreuz-Schmierereien

In einem Parkhaus in Titisee-Neustadt wurden in der Nacht zum 30. Dezember zahlreiche Autos schwer beschädigt. Die unbekannten Täter haben Reifen zerstochen, Antennen und Außenspiegel abgebrochen und das Dach eines Cabrios aufgeschlitzt. Im Bereich

des Parkhauses wurden außerdem Beleidigungen gegen die Polizei und ein Hakenkreuz aufgesprüht. Ähnliche Schmierereien und ein großes Hakenkreuz fanden sich auch im Umfeld einer in der Nähe gelegen Unterkunft für Geflüchtete und auf dem Weg von dem Parkhaus dorthin. Der Schaden wurde von der Polizei auf mehrere tausend Euro geschätzt. Zeugen und weitere Geschädigte wurden gebeten, sich zu melden.

DATEN 30.12.2017, Titisee-Neustadt (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald), Internetaufruf: 27.02.2018

QUELLEN Badische Zeitung

http://www.badische-zeitung.de/vandalen-zerstoerenautos-und-hinterlassen-hakenkreuze-in-neustadt Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889 http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

In Sonnenbühl kam es am 31. Dezember zu Protesten und Übergriffen gegenüber Flüchtlingsunterkünften. Die Bundestagsdrucksache nennt im Bereich politisch-motivierte Kriminalität rechts Vorfälle gemäß Volksverhetzung §130 StGB.

.......

••••••

1 DATEN 31.12.2017, Sonnenbühl (Landkreis Reutlingen)

Q QUELLE Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889

http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/008/1900889.pdf

Quellen

Regionale Zeitungen in Baden-Württemberg

- Backnanger Kreiszeitung
- Badische Zeitung
- Badisches Tagblatt
- Böblinger Bote (Kreisztg.)
- Esslinger Zeitung
- Gmünder Tagespost
- Heilbronner Stimme
- Leonberger Kreiszeitung
- Mannheimer Morgen
- Mittelbadische Presse Zeitungen der Ortenau
- Mühlacker Tagblatt
- Nürtinger Zeitung
- Pforzheimer Zeitung
- Rems-Zeitung
- Reutlinger Generalanzeiger
- Rhein-Neckar-Zeitung
- Schwäbische Post
- Schwäbische Zeitung
- Schwäbisches Tagblatt
- Schwarzwälder Bote
- Stuttgart Journal
- Stuttgarter Nachrichten
- Stuttgarter Zeitung
- Südkurier
- Südwestpresse Ulm
- SWR
- Tauber-Zeitung, Fränkische Nachrichten
- Teckbote
- Zeitungsverlag Waiblingen
- Waiblinger Kreiszeitung
- Zollern-Alb-Kurier

Landtagsdrucksachen

Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 16/2019

Bundestagsdrucksachen

- Deutscher Bundestag, Drucksache 19/146
- Deutscher Bundestag, Drucksache 18/13592
- Deutscher Bundestag, Drucksache 19/889
- Deutscher Bundestag, Drucksache 19/148

DEMOKRATIEZENTRUM

BADEN-WÜRTTEMBERG

Schloßstr. 23 74372 Sersheim

Tel.: 0 70 42/83 17 47 Fax: 0 70 42/83 17 40

E-Mail: info@demokratiezentrum-bw.de

www.demokratiezentrum-bw.de